

INHALT:

Kinder und Jugendgutachten der Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

KINDER- UND JUGENDGUTACHTEN

#MITMISCHEN MV

der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“
– Ergebnisse des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV



#mitmischenMV ist eine Initiative der
Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ des Landtags M-V



Kinder und Jugendgutachten der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg- Vorpommern“

**Ergebnisse des Beteiligungsprozesses
#mitmischenMV**

**Sekretariat der Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“
März 2026**

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Einordnung der Ergebnisse.....	3
2.1. Grundlage und Struktur	3
2.2. Zusammenfassung der Ergebnisse.....	7
2.3. Zielgruppe	8
2.4. Formate und Veranstaltungen des Beteiligungsprozesses	13
2.5. Kooperationsnetzwerk.....	17
2.6. Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen	18
3. Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und deren Herausforderungen	20
3.1. Soziodemografischer Überblick Mecklenburg-Vorpommern	20
3.2. Allgemeine Zufriedenheit junger Menschen	22
4. Themencluster „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“	34
4.1. Beteiligungsstrukturen und -kultur in M-V	34
4.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen	37
5. Themencluster „Formale und non-formale Bildung“	41
5.1. Bildung als Lebensmittelpunkt der Jugend (Schulentwicklung, Bildungschancen, Ausbildung, Studieren in M-V, Freizeit).....	41
5.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen	47
6. Themencluster „Gesundes und sicheres Aufwachsen“	50
6.1. Erfahrungen mit Sucht, Diskriminierung und schwierigen Lebenslagen	50
6.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen	55
7. Themencluster „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume“ ..	59
7.1. Der öffentliche Raum – kinderfreundlich? Von wegen!	59
7.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen	62
8. Reflexion des Beteiligungsprozesses	65
9. Literatur- und Abbildungsverzeichnis	71

1. Einleitung

Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde auch beschlossen, dass begleitend zur Arbeit der Kommission ein Beteiligungsprozess erfolgen solle. Dieser sollte der Zielgruppe ermöglichen, sich mit eigenen Perspektiven und Vorschlägen zu den Themen der Enquete einzubringen.

Mit der Entwicklung und Durchführung des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV hatten jungen Menschen in M-V die Möglichkeit, sich auf unterschiedliche Weise zu für sie wichtige Themen zu äußern. Zentraler Punkt waren dabei ihre Erfahrungen, Meinungen und Ideen und damit die Ermittlung von Bedarfen der Zielgruppe. Die Ergebnisse des #mitmischenMV-Beteiligungsprozesses sollten in die Formulierung von Handlungsempfehlungen einfließen. Damit wurde auch der Charakter des Beteiligungsprozesses und die Stufe der Beteiligung, die sich demnach auf „die Mitwirkung an der Formulierung von Handlungsempfehlungen“ beschränkte, festgelegt. Der weitere Umgang mit den Ergebnissen lag und liegt in der Verantwortung der einzelnen Fraktionen. Zudem besitzt eine Enquete-Kommission keine konkrete Handlungskompetenz, was die Umsetzung ihrer Ergebnisse und Forderungen anbelangt. Ihr Ergebnis sind Empfehlungen an den zukünftigen Landtag. Eine Verbindlichkeit der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses konnte damit weder versprochen, noch gewährleistet werden.

Grundlage des Gutachtens ist der Einsetzungsbeschluss zur Enquete-Kommission (vgl. Drs. 8/256), in dem es heißt:

[Im Beteiligungsprozess] setzen sich die Kinder und Jugendlichen parallel zur Enquete-Kommission mit den dort diskutierten Themen auseinander und erarbeiten Lösungsvorschläge aus ihrer Sicht. Diese Lösungsvorschläge gehen als „Kinder- und Jugend-Gutachten“ (sic) in die Beratung der Enquete-Kommission ein und werden gleichrangig zu möglichen weiteren thematisch gleich gelagerten Gutachten beraten.

Ausgangsmaterial der vorliegenden Darstellungen sind die vier thematischen Zusammenstellungen der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV von Pia Rohr und Philipp Blank vom Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e. V. (IRIS e. V.) in Zusammenarbeit mit Dr. Thomas Markert von der Hochschule Neubrandenburg.¹

In dem durch die Kommission beschlossenen Beteiligungskonzept wurde festgelegt, dass das Kinder- und Jugendgutachten „durch das Sekretariat in enger Zusammenarbeit mit den jungen Menschen und den Kooperationspartner:innen erstellt“ wird (vgl. K Drs. 8/2-1). Es ist demnach Aufgabe des Sekretariats, die

¹ Die Berichte von IRIS e. V. sind unter K Drs 8/74, 8/116, 8/157, 8/198 und 8/227 abrufbar

Dokumentation und das Aufbereiten der Ergebnisse zu gewährleisten (KDrs. 8/69). Ein wichtiges Anliegen bei der Erstellung des Gutachtens sollte es sein, einen einfachen Zugang zu den Ergebnissen zu bieten und das Gutachten in verständlicher Sprache zu verfassen (vgl. KDrs. 8/2-1).

Zudem wurde im Beteiligungskonzept bestimmt, welche Anforderungen das Gutachten erfüllen soll: „Die Qualifizierung der Ergebnisse der Kommissionsarbeit durch ein empirisch gestütztes Kinder- und Jugendgutachten, welches in die Entscheidungen der Enquete-Kommission einfließt, gewährleistet:

- die Lebensverhältnisse junger Menschen in M-V sichtbar zu machen
- Ziele zur Verbesserung der Lebenssituation und Perspektiven von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu formulieren
- Maßnahmen zur Erreichung dieser Verbesserung in Form von Lösungsvorschlägen zu formulieren“ (KDrs. 8/6).

Die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess sollten dabei verschiedene Formate beinhalten können (Texte, Plakate, Songs, Podcasts etc.), die alle gleichermaßen berücksichtigt wurden. In dem vorliegenden Gutachten werden die Ergebnisse des gesamten Beteiligungsprozesses thematisch sortiert und übersichtlich dargestellt, um so die Situation der jungen Menschen in M-V aus ihrer Perspektive zu skizzieren.

Das Gutachten stellt dabei zunächst die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des Beteiligungsprozesses, u. a. die Zielgruppenerreichung und Umsetzung mit Formaten und Methoden, vor. Das Kapitel 3 stellt die Situation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in Kennzahlen und wissenschaftlichen Erkenntnissen der Kommission dar. Die Kapitel 4 bis 7 führen schließlich die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses der einzelnen Themencluster auf. Hier werden die Meinungen und Perspektiven der am Prozess Beteiligten dargestellt. Punktuell werden Ergebnisse mit denen anderer Studien und Jugenderhebungen kontextualisiert. Aus den vielen Einzelforderungen, Ideen und Wünschen der jungen Teilnehmenden folgen jeweils Forderungskataloge mit zehn durch das Sekretariat zusammengefasste Hauptforderungen, die schließlich, durch ein Ranking von Kindern und Jugendlichen, in 15 zentralen Gesamtforderungen des Beteiligungsprozesses münden. Die Vertiefungsthemen des Themenclusters 5 sind dabei in den ersten vier Themenclustern aufgegangen bzw. finden sich in drei der 15 Forderungen wieder. Kapitel 8 enthält zum Abschluss eine Reflexion zum Ablauf des Beteiligungsprozesses.

Neben dieser textlichen Aufarbeitung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses gehören zum Kinder- und Jugendgutachten ein von Teilnehmenden der 5. Jugendkonferenz gestaltetes Faltblatt mit den 15 wichtigsten Forderungen und eine Podcast-Folge.

2. Einordnung der Ergebnisse

2.1. Grundlage und Struktur

Grundlage für den Beteiligungsprozess bildete der Einsetzungsbeschluss des Landtages, in dem die unmittelbare Beteiligung von Kindern und Jugendlichen festgelegt wird. Darüber hinaus sollten dafür „geeignete Strukturen und Verfahrensweisen[n] durch die Kommission geschaffen werden“ (Drs 8/256).

In der Folge wurde durch das Sekretariat der Enquete-Kommission der breit angelegte und methodisch vielfältige Beteiligungsprozess #mitmischenMV organisiert. Dieser orientierte sich an den strukturierten Themenclustern der Kommission und war demnach eng mit der Arbeit dieser verzahnt. Als Themencluster (TC) wurden festgelegt:

- Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen (TC 1),
- formale und non-formale Bildung (TC 2),
- gesundes und sicheres Aufwachsen (TC 3),
- kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume (TC 4)
- die Vertiefung einiger vorhergehenden Themen (Bedeutung von KI, Migration, Ganztagschule, Coronafolgen und Jugendstrategie) (TC 5).

Jedes Themencluster wurde in Unterthemen gegliedert. Der inhaltliche Ablauf der Enquete-Kommission verlief entlang dieser Einteilung:

	Themencluster 1 Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen	Themencluster 2 Formale und non-formale Bildung	Themencluster 3 Gesundes und sicheres Aufwachsen	Themencluster 4 Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/ Lebensräume	Themencluster 5
Schwerpunkte aus dem Einsetzungsbeschluss inkl. Ergänzungen	Teilhabe, Mitwirkung und bürgerschaftliches Engagement Strukturen Rechtliche Regelungen Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz	Kita Schule Ausbildung und Beruf Hochschule Übergänge Kultur Freizeit Medienkompetenz Interkulturelle Kompetenzen	Gesundheit, gesunde Ernährung und Sport Kinder- und Jugendschutz Medienschutz Gewalt Extremismus Kinderarmut und Chancengerechtigkeit	Wohnen und Raumplanung Mobilität	Kann gefüllt werden mit 1. Input junger Menschen und/oder 2. Themen, die sich im Laufe der Zeit ergeben
Querschnittsthemen	Bekämpfung der Pandemiefolgen Klimaschutz Digitalisierung Ländliche Räume Diversity (u.a. Geschlechter, Behinderungen, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Klasse, sexuelle Orientierungen und Religion)				
Grundfragen des Zusammenlebens	Miteinander der verschiedenen Generationen Verhältnis von individueller Verantwortung und staatlicher Daseinsfürsorge Organisation von Chancengerechtigkeit				

Abb.1 Übersicht der Themencluster

In diesem Schema aus der Planungsphase der Enquete-Arbeit ist das Themencluster 5 noch nicht richtig dargestellt. Das Themencluster 5 wurde mit fünf Vertiefungsthemen gefüllt.

Damit der Beteiligungsprozess und die Arbeit der Kommission optimal aufeinander abgestimmt waren, orientierte sich der Beteiligungsprozess an dem inhaltlichen Ablaufplan der Kommission. Es galt für #mitmischenMV einen Zeitplan aufzustellen, der einerseits genug Zeit zur Umsetzung lieferte, andererseits so nah an den

Abläufen der Enquete-Kommission lag, dass die Erkenntnisse aus #mitmischenMV in den Sitzungen und bei der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen berücksichtigt werden konnten. Daraus ergab sich, dass der Beteiligungsprozess thematisch den Sitzungen immer leicht voraus sein musste.

Ablaufplan Bearbeitung eines Themenclusters

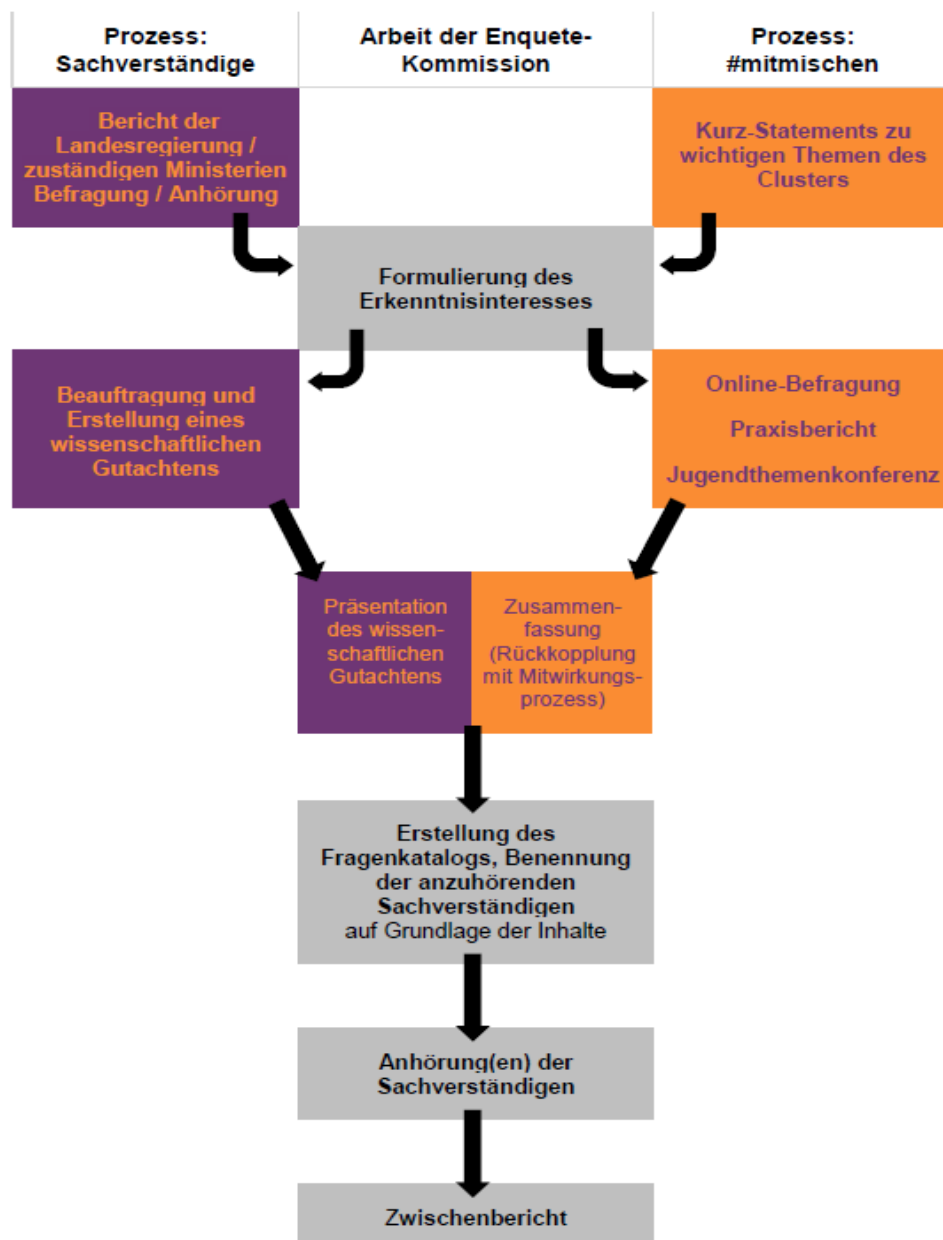


Abb. 2: Ablauf eines Themenclusters

Der Ablauf des Beteiligungsprozesses sah vor, dass es eine kleine Vorabfrage zu den Interessen und Schwerpunktsetzungen der Zielgruppe an dem jeweiligen

Themencluster gab. Die Ergebnisse dieser Vorabfrage wurde den Kommissionsmitgliedern im Vorfeld der Formulierung des spezifischen Erkenntnisinteresses der Kommission zum jeweiligen Thema vorgestellt. Auf Grundlage des Erkenntnisinteresses wiederum wurden eine digitale Umfrage für das Themencluster und thematische Schwerpunkte für den Beteiligungsprozess abgeleitet. Die Zwischenergebnisse der Beteiligung zum Thema wurden der Kommission jeweils zeitnah zurückgespielt, um wiederum in der weiteren Arbeit der Kommission berücksichtigt werden zu können.

Konkret wurde der Beteiligungsprozess von Frühling 2023 bis November 2025, also etwa zweieinhalb Jahre, aktiv durchgeführt wurde.

Schritte Themenbereiche	Abfrage Themen- schwerpunkte	Heiße Phase Beteiligungs- prozess	Jugend- konferenz
Gesellschaftliche Beteiligung		Mai – Juli 2023	August/Sept. 2023
Bildung	Juni – Juli 2023	Sept. 2023 – Jan. 2024	Februar 2024
Gesundes und sicheres Aufwachsen	Nov. – Dez. 2023	März – Mai 2024	Juli 2024
Infrastruktur / Lebensräume	Juni – Aug. 2024	Nov. 2024 – Jan. 2025	März 2025
Offenes Thema	Februar – März 2025	Juni – Sept. 2025	November 2025

Abb. 3: Zeitliche Planung Beteiligungsprozess

Um die Umsetzung zu konkretisieren, erhielt das Sekretariat der Enquete-Kommission den Auftrag, einen geeignetes Konzept auszuarbeiten, welches die aktuellen Qualitätsstandards für Beteiligung berücksichtigt, Kooperationspartner:innen einbezieht und geeignete Methoden bereitstellt. Auf KDrs 8/6-n verabschiedete die Kommission schließlich ein Beteiligungskonzept, welches die Grundlage für den gesamten Beteiligungsprozess war.

Das Konzept sieht drei Schritte vor, die aufeinander folgen:

1. **Kurzumfrage via Social Media** zur Spezifizierung eines Themenclusters aus Sicht der Zielgruppe mit der Frage: Was bewegt junge Menschen hinsichtlich der jeweils festgelegten Schlagworte des Themenclusters?
2. Einen oder mehrere **quantitative Fragebögen**, durch die vertiefende Informationen zu einzelnen Themenkomplexen gesammelt wurden. In **qualitativen Workshops** konnten Kinder und Jugendliche zu

verschiedenen Themen ihre Meinungen und Wünsche erarbeiten und formulieren.

3. Jeweils eine **Jugendkonferenz** als thematischen Abschluss eines Themenclusters. Kinder und Jugendliche arbeiten vertiefend zu den bisher gesammelten Ergebnissen.

Der gesamte Beteiligungsprozess wurde nach den Maßstäben der Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung (vgl. BMFSFJ) entwickelt. Als besonders wichtig für den Prozess #mitmischenMV wurden folgende vier Kriterien beurteilt:

- **Transparenz** - den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden barrierearm Informationen zur Struktur der Enquete-Kommission, zum Ablauf, zu Möglichkeiten und Grenzen des Beteiligungsprozesses und zu den erarbeiteten Ergebnissen zur Verfügung gestellt. Dafür werden analoge und digitale Möglichkeiten genutzt.
- **Zielgruppenorientiert** - bei allem Tun im Rahmen von #mitmischenMV wird auf Kriterien wie angemessene Zeit und Ort/Plattform der Ansprache, Qualität der verwendeten Sprache, Keyword-Verwendung, angemessene Komplexität und Handhabbarkeit der Information sowie auf die zielgruppenorientierte, visuelle Aufbereitung geachtet.
- **Gleichberechtigt** - die Kommunikation mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgt auf Basis der Freiwilligkeit und auf Augenhöhe.
- **Ernst genommen** - die von den jungen Menschen gesammelten Fragestellungen, Problemlagen, Ideen und Änderungsvorschläge werden zusammengetragen und aufbereitet, um in Form eines Kinder- und Jugendgutachtens in die Entscheidungen der Enquete-Kommission einzufließen.

Berücksichtigt werden sollte dabei vor allem, dass sich junge Menschen

1. mit entsprechenden Themen ihrer Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen,
2. als Dialogpartner:innen auf Augenhöhe, also als gleichwertige Akteur:innen im Prozess, wahrnehmen,
3. barrierearm, unkompliziert und verständlich jeder Zeit über Struktur, Ablauf, Möglichkeiten und Grenzen des Prozesses informieren können (digital als auch analog),
4. freiwillig und im Rahmen ihrer Möglichkeiten (methodisch, zeitlich etc.) einbringen können.

Diese Umsetzung der Qualitätskriterien sollte sicherstellen, dass sich Kinder, Jugendlichen und junge Menschen nicht nur nach eigenem Ermessen einbringen können, sondern auch im Prozess wohlfühlen und wiederfinden.

Der Beteiligungsprozess #mitmischenMV wurde wissenschaftlich durch das Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e. V. (IRIS e. V.) in Zusammenarbeit

mit der Hochschule Neubrandenburg begleitet. Darin eingeschlossen war die Beratung des Sekretariats bei der Umsetzung des Beteiligungsprozesses und die Auswertung eines Großteils der Ergebnisse. Daten und Erkenntnisse wurden dabei sowohl quantitativ als auch qualitativ erhoben. Während die quantitativen Daten deskriptiv analysiert wurden, erfolgte die Auswertung der qualitativen Daten inhaltsanalytisch (vgl. IRIS e. V. 2023: 4). Dies erfolgte als Zusammenfassung aller Ergebnisse der jeweiligen Themencluster. Lediglich die Ergebnisse zur non-formalen Bildung sowie zu den vertiefenden Themen wurden im Rahmen des Beteiligungsprozesses vom Sekretariat der Enquete-Kommission ausgewertet.

Um die Auswertung zu vereinfachen, orientierten sich durch das Sekretariat erarbeitete qualitative Methoden an dem Ablauf einer Zukunftswerkstatt. Einzelne Workshops und Veranstaltungen konnten so klarer strukturiert und miteinander verglichen werden. Diese folgten, nach individuellen Einführungen ins Thema, dem Schema:

- Wie ist die Situation?
- So soll es sein/Das ist mein Wunsch!
- Das ist meine Idee/Lösungsvorschlag dazu!

2.2. Zusammenfassung der Ergebnisse

Eine der größten Herausforderungen des Beteiligungsprozesses bestand im Umgang mit den Ergebnissen.

Um möglichst viele und unterschiedliche junge Menschen zu erreichen, wurden verschiedenste Formate und Methoden angewandt. Dies führte dazu, dass die Ergebnisse dem Sekretariat der Enquete-Kommission in unterschiedlicher Form übermittelt wurden. So gab es neben den quantitativen Ergebnissen aus den Online-Umfragen und dem gut vergleichbaren Ideenhafen auch Ergebnisse von Kooperationspartner:innen, die ein anderes Format gewählt haben, wie etwa Videos oder Fotos. Diese Form der Ergebnissicherung ist zwar deutlich kinder- und jugendgerechter, unterliegt aber größerem Interpretationsspielraum. Ebenso nahm die Enquete-Kommission Stellungnahmen von Dritten an, beispielsweise von Vereinen und Verbänden aus der Jugendarbeit, aber auch von Einzelpersonen. Umso wichtiger war hier die Zusammenarbeit mit IRIS e. V., die alle Ergebnisse zusammentrugen und inhaltsanalytisch auswerteten. Mit der Auswertung durch IRIS e. V. sollte sichergestellt werden, dass die Ergebnisse neutral und gleichwertig im Vergleich zu anderen bewertet und gewichtet werden.

Zum Abschluss eines jeden Themenclusters fasste IRIS e. V. alle Ergebnisse in einem Zwischenbericht zusammen und ergänzte eine Einordnung der Ergebnisse in den aktuellen Forschungskontext. Zusätzlich fassten sie die Ergebnisse zu Handlungsvorschlägen zusammen. Diese Zwischenberichte wurden der Kommission in Form einer Kommissionsdrucksache als Basis für die weitere inhaltliche Ausgestaltung zur Verfügung gestellt. Zudem wurden sie auf der Projektwebsite www.mitmischen-mv.de veröffentlicht, um die Sichtbarkeit und

Wirksamkeit der Mitwirkung der jungen Menschen in Zwischenschritten und insbesondere den Teilnehmenden den Zugang zu den Ergebnissen zu ermöglichen.

Um abschließend die Vielzahl an Vorschlägen noch einmal zu sortieren, wurde ein Ranking entwickelt. Für jedes der vier zentralen Themencluster wurden zehn umfassende Forderungen entwickelt. Diese insgesamt 40 Forderungen konnten dann auf verschiedenen Veranstaltungen und Workshops noch einmal von Kindern und Jugendlichen in ihrer Wichtigkeit bewertet werden. Insgesamt stimmten 735 junge Menschen über die einzelnen Forderungen ab. Grundgedanke der Abstimmung war zum einen die praktische Weiterarbeit: Welche Forderungen sind besonders drängend und sollen zeitnah angegangen werden? Zum anderen sollten die Forderungen öffentlichkeitswirksam darstellbar sein.

Zu beachten ist schließlich auch, dass die von den Jugendlichen eingebrachten Meinungen zunächst von IRIS e. V. zusammengefasst und dann für dieses Gutachten noch einmal notwendigerweise verkürzt wurden.

2.3 Zielgruppe

Mit dem Beteiligungsprozess sollte die junge Generation in ihrer Heterogenität und ihrer Vielfalt im Beteiligungsprozess erreicht werden. Die Zielgruppe war mit dem Alter 0 bis 27 weitreichend gesetzt (vgl. K Drs. 8/6-n). Weitere einschränkende Vorgaben zur Zielgruppe gab es seitens der Enquete-Kommission nicht. Aus Gründen der Praktikabilität wurde der Schwerpunkt auf eine Altersklasse von ca. 6 bis 19 Jahren gesetzt. Diese Gruppe lässt sich im Allgemeinen durch die Schule, Vereine oder andere organisierte Freizeiteinrichtungen gut erreichen. Zwar gab es auch vereinzelte Kooperationen mit Kindergärten, hier war das Interesse seitens der Kinder als auch der Kooperationspartner:innen jedoch deutlich geringer als zum Beispiel bei Schulklassen. Kinder zwischen 0 bis 3 Jahren wurden nicht einbezogen. Hier war davon auszugehen, dass vor allem Eltern die Rückmeldungen geben würden. Auch sprachen praktische Gründe der Umsetzbarkeit dagegen. Zwar wurden Inhalte auch in Symbolkarten umgesetzt, um das Unvermögen zu lesen auszugleichen, jedoch ist der Aufwand, Kinder dieses Alters mit ihren verschiedenen Bedürfnissen und einem hohen Betreuungsaufwand einzubeziehen, auch mit Unterstützung eines Kooperationsnetzwerkes nicht darstellbar gewesen.

Junge Erwachsene, die sich nicht mehr in (Berufs-)Schule oder anderweitig organisierten Bildungseinrichtungen befinden, sind ebenfalls unterrepräsentiert. Hier konnten vor allem die erreicht werden, die sich bereits langfristig engagierten und ein grundlegendes Interesse hatten.

Das Akquirieren der Teilnehmenden war insbesondere durch die Zusammenarbeit mit Netzwerkpartner:innen erfolgreich. Es erwies sich als besonders wirksam, Beteiligungsmoderator:innen und (Schul-)Sozialarbeiter:innen auf die Veranstaltungen und Konferenzen aufmerksam zu machen. Auch Lehrpersonal wurde angesprochen. Diese hatten aufgrund ihrer Arbeit Kontakt zu Gruppen junger Menschen, die sich dann teilweise im Verbund anmeldeten.

Hervorzuheben ist, dass bei den Jugendkonferenzen die Durchmischung an Teilnehmenden mit unterschiedlichen sozialen und bildungsaffinen Hintergründen gut gelungen ist und Teilnehmende zusammengebracht werden konnten, die sich sonst sehr wahrscheinlich nicht gemeinsam mit bestimmten Themen beschäftigt hätten.

Beteiligung am Prozess #mitmischenMV

Bei einer Gesamtteilnahme von ca. 4.500 jungen Menschen ergibt sich eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von etwa 900 Teilnehmenden pro Umfrage. Jedoch ist deutlich, dass Themencluster 2 „Bildung“ die meisten Teilnehmenden hatte.

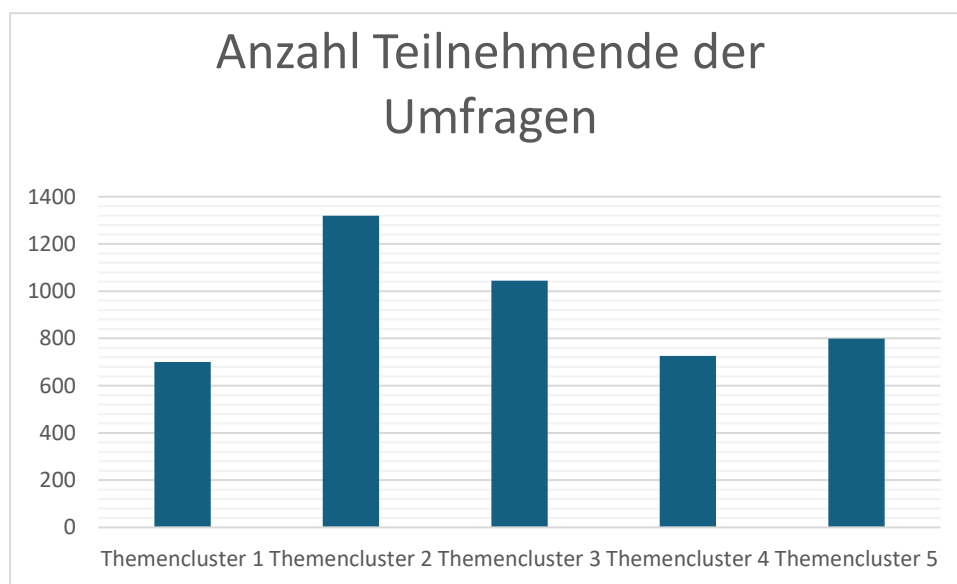


Abb. 4: Anzahl der Teilnehmenden der Umfrage

In der Altersverteilung der Teilnehmenden sieht man sehr deutlich, dass ein Großteil zwischen 12 bis 17 Jahren ist. Dies ist einfach erklärbar, da diese Altersgruppe häufig in Schule und anderen organisierten Bildungseinrichtungen erreichbar ist. So nahmen Jugendliche häufig im Klassenverband an Umfragen teil, wobei das Themencluster 2 (Bildung) von besonderem Interesse war.

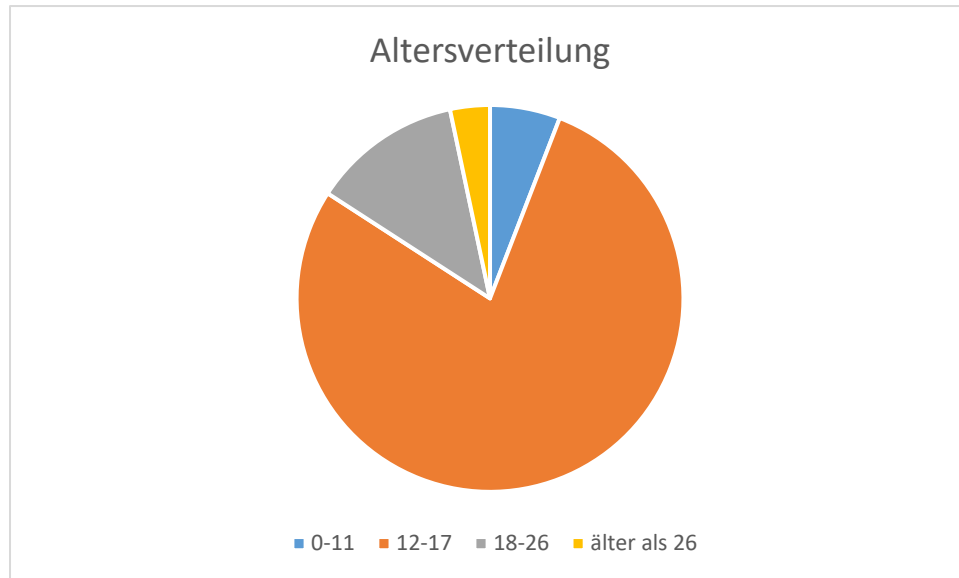


Abb. 5: Altersverteilung

Die Altersverteilung findet sich auch in der Darstellung des Bildungshintergrundes der Teilnehmenden wieder. Hier ist die größte Gruppe Schüler:innen, mehrheitlich an Gymnasien, gefolgt von Schüler:innen der Regionalen- und Gesamtschulen. Junge Menschen, die sich außerhalb dieser Altersspanne und damit auch außerhalb der Erreichbarkeit im Kontext Schule befinden, wurden, wie oben dargestellt, weniger erreicht.

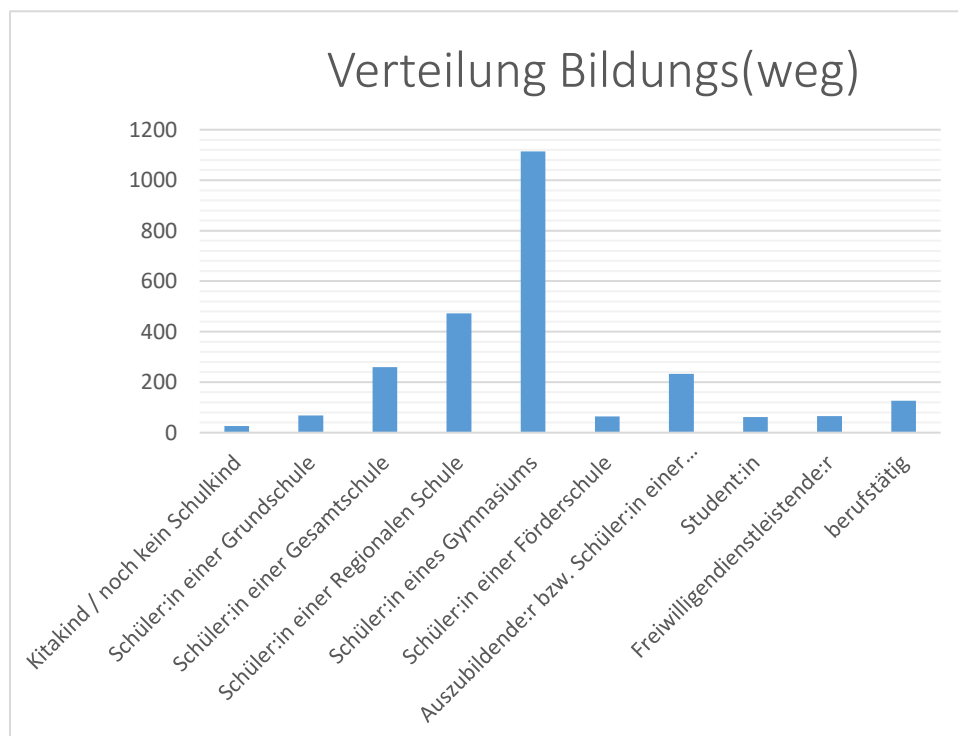


Abb. 6: Verteilung Bildungs(weg)

Beteiligung – Überblick zu den einzelnen Themenclustern

Themenccluster 1 „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“

In diesem Themenccluster gab es vier Online-Befragungen zu unterschiedlichen Aspekten der Beteiligung und des Engagements:

- Jugendbeteiligung
- Engagement
- Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz
- Kinderbeteiligung

Die Umfrage „Kinderbeteiligung“ richtete sich dabei mit altersgerechter Methodik explizit an eine jüngere Alterskohorte im Kindergarten- und Grundschulalter. Insgesamt verzeichneten diese Umfragen knapp 700 Teilnehmende, worunter die Onlinebefragung zur „Jugendbeteiligung“ mit 482 Teilnehmenden die stärkste Befragung war (vgl. IRIS e. V. 2023: 6 f.).

Die Umfrage zu „Jugendbeteiligung“ wurde vor allem von älteren Kindern und minderjährigen Jugendlichen beantwortet, mehr als ein Viertel der Befragten waren jedoch junge Erwachsene. Daher waren es vor allem Schüler:innen der Sekundarstufen sowie junge Menschen in Ausbildung und Studium, die sich an der Onlinebefragung beteiligten. Vertreten waren alle Regionen von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin war dabei deutlich überpräsentiert, während der Landkreis Vorpommern-Greifswald unterpräsentiert war.

Für den offenen Mitwirkungsprozess lassen sich nur schätzungsweise Zahlen ableiten. Auf Grundlage der erhobenen Angaben ist davon auszugehen, dass sich rund 350 junge Menschen im Alter von 5 bis 27 Jahren an den analogen Formaten des Beteiligungsprozesses beteiligt haben. In die Auswertung einbezogen wurden zudem die Ergebnisse der 1. Jugendkonferenz vom 22. - 24. September 2023 und die in der Kommission am 17. März 2023 von jungen Menschen gegebenen Praxisberichte.

Themenccluster 2 „Formale und non-formale Bildung“

ZU den Themen formale und non-formale Bildung wurde jeweils eine Umfrage durchgeführt. Die Umfrage zur formalen Bildung wurden von IRIS e. V. ausgewertet, die zur non-formalen Bildung vom Sekretariat der Enquete-Kommission. Mit 1.166 auswertbaren Antworten war die Online-Befragung zur formalen Bildung die im Gesamtprozess teilnehmerstärkste Umfrage (vgl. IRIS e. V. 2024: 5). Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden waren Gymnasiast:innen. Dementsprechend lag auch die Altersspanne der Umfrageteilnehmer:innen überwiegend zwischen 14 und 19 Jahren (vgl. IRIS e. V. 2024: 6). In die Dokumentationen des offenen Mitwirkungsprozesses flossen zudem über 300 Antworten ein.

Zum Thema non-formale Bildung wurden jeweils eine Online-Befragung für jüngere Kinder, für Kinder und Jugendliche sowie für Studierende durchgeführt (vgl. IRIS e. V. 2024: 5). Bei der Befragung für Kinder und Jugendliche konnten 105

Rückmeldungen ausgewertet werden. Bei der Onlinebefragung für die jüngeren Kinder gab es 17 Teilnehmende im Alter zwischen 8 und 10 Jahren und bei der Umfrage für Studierende 32 vollständige Rückmeldungen.

Bei der Befragung für die Kinder und Jugendlichen waren 38 Prozent der Teilnehmenden Gymnasiast:innen, 28 Prozent Regionalschüler:innen sowie fast zu einem Viertel Berufstätige. Die Mehrzahl der Teilnehmenden stammte aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, während bei der Online-Befragung der jüngeren Kinder die Antworten vor allem aus Schwerin stammten. 20 junge Menschen äußerten sich zu diesem Thema beim offenen Mitwirkungsprozess.

Themencluster 3 „Gesundes und sicheres Aufwachsen“

In diesem Themencluster gab es eine Umfrage mit insgesamt 1.044 Antworten, wovon 73 Prozent von 11- bis 18-Jährigen stammten. Aber auch jüngere Kinder unter 11 Jahren sowie junge Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren nahmen daran teil (jeweils 12 Prozent). Die meisten Teilnehmenden mit 186 Antworten kamen hierbei aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte.

Im offenen Mitwirkungsprozess konnten ca. 400 junge Menschen erreicht werden.

Themencluster 4 „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur“

In der vierten Umfrage konnten 292 Datensätze bei einer Teilnehmerzahl von 726 ausgewertet werden. Die meisten Teilnehmenden waren zwischen 12 - 17 Jahre alt, gefolgt von der Gruppe der 18- bis 26-Jährigen. Insgesamt waren Mädchen/Frauen die Mehrheit der Befragten. 38 Prozent der Teilnehmenden besuchten ein Gymnasium, 19 Prozent die Regionale Schule und 8 Prozent die Gesamtschule.

Alle Regionen des Bundeslands waren wiederum beteiligt, wobei sich vor allem junge Menschen aus Nordwestmecklenburg und Schwerin an der Umfrage beteiligten. Rund 250 Teilnehmende wurden innerhalb des offenen Mitwirkungsprozesses erreicht.

Themencluster 5 „Vertiefungsthemen“

Das fünfte Themencluster umfasste ebenfalls eine Umfrage, welche im Sekretariat der Enquete-Kommission ausgewertet wurde.

Bei einer Teilnehmendenzahl von 799 konnten 210 Datensätze ausgewertet werden. Wie in den vorherigen Umfragen war auch hier der größte Anteil der Teilnehmenden zwischen 12 und 17 Jahre alt. Mit 76 Prozent stellten zudem Schüler:innen eines Gymnasiums die am häufigsten vertretene Schulform dar. 120 Personen gaben an, weiblich zu sein, 81 männlich, drei non-binär und sechs Personen machten keine Angabe. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim konnte die höchste Anzahl von Teilnehmenden mit 42 Prozent verzeichnen. Wenn auch unterschiedlich stark, waren dennoch alle Landkreise vertreten. Die Verteilung der Bewohner:innen von Städten oder dem ländlichen Raum war ausgewogen.

Im offenen Mitwirkungsprozess, der u. a. durch Veranstaltungen, Workshops, Praxisberichte und Jugendkonferenzen umgesetzt wurde, erfolgte im Gegensatz zu

den Online-Befragungen keine systematische Dokumentation von Anzahl, Alter, Geschlecht, Schulart, Wohnort usw., weshalb sich die Auswertung ausschließlich auf die Teilnehmenden der Umfragen bezieht. Insgesamt war das Sekretariat der Enquete-Kommission auf über 80 Veranstaltungen mit Workshops und Infoständen vertreten.²

2.4. Formate und Veranstaltungen des Beteiligungsprozesses

Wie oben schon erläutert richteten sich alle angewandten qualitativen Formate an der Grundstruktur einer Zukunftswerkstatt aus:

- Kritikphase – Was ist das Problem?
- Fantasiephase – Wie soll es sein?
- Umsetzung – Lösungsvorschlag

Durch diese Vorstrukturierung konnten die späteren Ergebnisse besser verglichen und ausgewertet werden.

Alle Methoden und Formate sollten dem Anspruch gerecht werden, einfach umsetzbar zu sein und den Kooperationspartner:innen so wenig zusätzliche Arbeit wie möglich abzuverlangen. So wurde jedes Format umfangreich getestet und mit Kooperationspartner:innen in Hinblick auf seine Anwendbarkeit ausgewertet.

Im Folgenden wird beispielhaft die Methodik eines Themenclusters detailliert vorgestellt.

1. Vorabumfrage via Social Media

Das Sekretariat der Enquete-Kommission führte Kurzumfragen durch, in denen Kinder und Jugendliche Schlagworte zu einem Themencluster abgeben konnten. Diese Umfragen fanden unter der Fragestellung: „Worüber müsste deiner Meinung nach rund ums Thema xy gesprochen werden?“. Anhand der Rückmeldung wurden so vertiefende Themen für das jeweilige Themencluster gefunden.

2. Fragebogen

Um quantitative Ergebnisse zu generieren, wurde zu jedem Themencluster ein umfangreicher Fragebogen entwickelt. Basis der Inhalte waren die Themenvorschläge der Kommission sowie die Ergebnisse der Kurzumfrage. Die Umfragen wurden mittels eines Online-Tools (Lama-Poll) erstellt und auf der Website veröffentlicht. Der Fragebogen wurde in Kooperation mit der Hochschule Neubrandenburg erstellt.

3. Workshops

Die einzelnen Workshops sollten einen bewusst qualitativen Charakter haben. Aufgrund der heterogenen Zielgruppe sowie der sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen der Kinder und Jugendlichen unterschieden sich die einzelnen Workshops teils deutlich, wobei die Grundstruktur jedoch immer gleich blieb. Die

² Eine Liste aller Veranstaltungen findet sich im Anhang.

Länge der Workshops betrug zwischen 45 Minuten und mehreren Stunden, je nach Möglichkeit und Interesse der Kooperationspartner:innen und Teilnehmenden. Workshops fanden zum Beispiel im Rahmen von Sitzungsbesuchen von Schüler:innengruppen, im Kontext von Projekttagen an Schulen, in Jugendeinrichtungen und bei Freiwilligendiensten statt.

Zu Beginn eines Workshops wurde gemeinsam mit den Teilnehmenden in einer Art Brainstorming gesammelt, was sie zu dem Themencluster bewegt und worüber sie sprechen möchten. Hier konnten mehrere Themen gesammelt werden, die in einem zweiten Schritt in Kleingruppen bearbeitet wurden. Die Gruppen beschäftigten sich dann mit einer Situation, in der es akute Probleme gibt, wie beispielsweise der Lehrkräftemangel an Schulen. In einem nächsten Schritt überlegten sie gemeinsam, wie die Situation idealerweise aussehen sollte. In einem letzten Schritt wurden Ideen gesammelt, wie der Wunschzustand erreichen werden könnte.

Die einzelnen Workshops wurden dabei zum Teil von Mitarbeitenden aus dem Sekretariat durchgeführt, teilweise auf Einladung von Kooperationspartner:innen. Einige Workshops fanden jedoch auch in Eigenregie der jeweiligen Partner:innen statt. Die Ergebnisse aller Workshops wurden im Sekretariat zusammengetragen und zur Auswertung an IRIS e. V. übermittelt.

4. Besuchergruppen

Das Angebot von Workshops mit dem bereits genannten Ideenhafen wurde häufig in Verbindung mit dem Besuch einer Enquete-Sitzung in Anspruch genommen. Das Sekretariat der Enquete-Kommission entwickelte gemeinsam mit dem Besucher:innendienst des Landtages schon früh ein Besuchsangebot der Sitzungen für Jugendgruppen, das um einen anschließenden Workshop erweitert wurde.

Zu Beginn eines jeden Besuchs gab es ein Abgeordnetengespräch, in dem die Schüler:innen ihre Fragen rund um den Alltag und Themen der Enquete-Kommission stellen konnten. Dann folgte als Höhepunkt ein Sitzungsbesuch der Kommission. Dieser bot Schüler:innen auch die Möglichkeit, einen siebenminütigen Redebeitrag vor der Kommission zu halten, was fast immer von den Besuchergruppen in Anspruch genommen wurde. Diese Gelegenheit nutzten die jeweiligen Redner:innen für Beschreibungen ihrer Lebenslage, Kritik gegenüber langsamen politischen und administrativen Prozessen in ihrem Umfeld, aber auch für konstruktive Vorschläge. Ob diese Redebeiträge erfolgen sollten, wurden zu Beginn der Kommissionsarbeit in der Kommission diskutiert.

Anschließend folgte die Gruppe der Sitzung für eine begrenzte Zeit auf der Besucher:innentribüne. Im Anschluss fand in den Räumlichkeiten des Sekretariats ein Workshop statt, bei dem die Schüler:innen zum aktuellen Themencluster ihre Anliegen und Forderungen im Stil des Ideenhafens „Problem, Vision, Lösung“ bearbeiteten.

Insgesamt haben 22 Besuchergruppen einer Sitzung beigewohnt.

5. Ideenhafen

Der Ideenhafen stellte die Möglichkeit dar, ein spezifisches Thema mit einer Problembeschreibung, der Darstellung einer Vision, wie es besser gehen könnte, und schließlich einem konkreten Umsetzungsvorschlag zu bearbeiten. Dazu wurde auf der Website www.mitmischen-mv.de der Ideenhafen interaktiv eingebettet. Ziel dieses methodisch ebenfalls der Zukunftswerkstatt entlehnten Dreiklangs war es, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, die Schwerpunkte innerhalb eines Themenclusters selbst zu setzen und darüber hinaus zu jedem beliebigen Zeitpunkt des Beteiligungsprozesses ein freies Thema einbringen zu können.

Zudem konnte durch die offene Frage die Gestaltungsfreiheit der Teilnehmenden angesprochen werden. Der Ideenhafen zeigte aber auch ein Realitätsbewusstsein der Jugendlichen und lieferte entscheidende Beiträge im Beteiligungsprozess, die in die Auswertung mit einfließen. Während der Laufzeit der Enquete-Kommission gab es 138 Rückmeldungen, die in regelmäßigen Abständen zur Auswertung an IRIS e. V. geschickt wurden.

6. Aktionsboxen

Für eine Vereinfachung der Durchführung von Workshops entwickelte das Sekretariat der Enquete-Kommission sogenannte Aktionsboxen. Diese enthalten alle Materialien, die zur Umsetzung eines themenspezifischen Workshops notwendig sind. Der Inhalt umfasst u. a.:

- Bedienungsanleitung
- Plakate #mitmischenMV
- Infokarte „5 Wege zum #mitmischenMV“
- Infokarte „Was ist die Enquete-Kommission“
- Türanhänger
- Tischaufsteller
- Klebepunkte
- Stifte
- Traubenzucker
- Flummi
- Auswertungsbogen
- Broschüre Landtag



Abb. 7: Inhalt Aktionsbox

Das Material wurde so erstellt, dass Kooperationspartner:innen mit der Box alleine einen Workshops durchführen konnten. Alle Materialien wurden sorgfältig zusammengestellt und auf deren Umsetzbarkeit geprüft. Mittels einer einfachen Bedienungsanleitung konnten so auch unerfahrene Personen einen Workshop zu den jeweiligen Themen durchführen, ohne sich aufwändig in Themen einarbeiten zu müssen. Die Aktionsboxen konnten kostenlos im Sekretariat bestellt werden und wurden überdies laufend aktualisiert.

Ziel der Aktionsboxen war es, mehr Kooperationspartner:innen für die Umsetzung von Workshops zu gewinnen. Da es häufig die Rückmeldung gab, man wolle zwar #mitmischenMV unterstützen, jedoch fehle es an Zeit, Material und Wissen, sollten

durch die Bereitstellung der Boxen diese Hinderungsgründe aufgefangen werden. Während #mitmischenMV wurden annähernd 600 Boxen versandt, der Rücklauf an Ergebnissen blieb jedoch im einstelligen Bereich.

7. Praxisberichte

Ein Anspruch der Enquete-Kommission war u. a., junge Menschen im Rahmen von Sitzungen auch direkt anzuhören. Dies bedeutete, dass junge Menschen als Expert:innen in eigener Sache in die Kommission eingeladen werden und gleichbedeutend mit Sachverständigen und anderen Expert:innen Gehör finden sollten. Konkret umgesetzt wurde dies durch sogenannte Praxisberichte in jedem Themencluster. Die Vortragenden der insgesamt 5 Praxisberichte sollten nicht älter als 27 Jahre sein. Jede Fraktion hatte das Vorschlagsrecht für jeweils einen Berichtenden in jedem Themencluster. Zur Orientierung und Themeneingrenzung bekamen die berichtenden jungen Menschen vorab einen Fragenkatalog, auf den sie Bezug nehmen konnten. Nach Vorträgen der Eingeladenen bekamen die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit, Fragen zu stellen, welche die jungen Menschen rückblickend meist sehr souverän beantworten konnten.

8. Jugendkonferenz

Zum Abschluss eines jeden Themenclusters fand je eine Jugendkonferenz statt. Insgesamt gab es fünf Konferenzen in:

- Jugendherberge Prora
- Jugendherberge Burg Stargard
- Erholungs- und Freizeithaus Neu Sammit
- Schloss Dreilützow
- Jugendschiff Likedeeler in Rostock

Diese umfasste ein Wochenende von Freitagnachmittag bis Sonntagmittag und lud jeweils bis zu 50 Jugendliche ab 12 Jahren dazu ein, die zuvor bearbeiteten Themen zu vertiefen und gemeinsam zu diskutieren. In jeder Konferenz fanden vier Workshops zu je einem Unterthema des jeweiligen Themenclusters statt. Begleitet wurde die inhaltliche Arbeit von einem Kreativ-Part, der die Ergebnisse zum Beispiel in einem Song oder Theaterstück darstellte. Zu jeder Jugendkonferenz wurden Vertreter:innen der Enquete-Kommission eingeladen, um sich gemeinsam mit den Teilnehmenden auszutauschen und auch um Ratschläge und Hinweise zur weiteren Bearbeitung einzelner Themen zu geben. Die direkten Ergebnisse der Jugendkonferenz können, soweit sie darstellbar waren, auf der Website eingesehen werden. Die 5. Jugendkonferenz wurde genutzt, sich mit den Vertiefungsthemen der Kommission und darüber hinaus mit den 15 wichtigsten Forderungen auseinanderzusetzen. Diese Ergebnisse banden den Beteiligungsprozess demnach auch inhaltlich ab.

9. Weitere Veranstaltungen

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl an Aktionen, die nicht den „klassischen“ Workshopcharakter aufwiesen, aber ebenfalls durch das Sekretariat der Enquete-Kommission in aufsuchender Art und Weise genutzt werden konnten:

- Straßenaktionen in der Fußgänger:innenzone,
- Jugendveranstaltungen von Netzwerkpartner:innen wie das „KiJuPaRaBe“, die „Fette Weide“ der Nordkirche, der Generationendialog des Beteiligungsnetzwerkes MV oder die Jugendkonferenz des Landkreis Rostock,
- Veranstaltungen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wie „Jugend im Landtag“, „Jugend debattiert“ oder der Tag der offenen Tür des Landtages,
- eigene Veranstaltungen wie „Musik und Politik im Schloss“ oder ein zusätzlich initiiertes Generationendialog,
- unterschiedliche Aktionstage mit öffentlichem Publikumsverkehr, so etwa „Reclaim your Streets“ in Rostock, der „MV-Tag“ in Greifswald oder die Leistungsschau in Pasewalk,
- weitere öffentliche Veranstaltungen, so zum Beispiel das Festival „Jamel rockt den Förster“.

Insgesamt wurden über 80 Veranstaltungen durch das Sekretariat der Enquete-Kommission mit Aktionen rund um #mitmischenMV besucht.

2.5. **Kooperationsnetzwerk**

Die Enquete-Kommission hat in ihrem Beschluss auf KDrs. 8/2-1 darauf hingewirkt, dass ein aktives Kooperationsnetzwerk zur Unterstützung und Durchführung des Beteiligungsprozesses eingerichtet wird. Dieses Netzwerk sollte aus Einrichtungen und Verbänden bestehen, „die die Arbeit mit jungen Menschen und für junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gestalten“ (vgl. KDrs 2-1). Das Kooperationsnetzwerk sollte ferner weitere Kriterien erfüllen:

- Mitglieder aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten
- Zugang zur Zielgruppe ermöglichen
- Vermeidung von Parallelstrukturen und erheblichem Mehraufwand für Beteiligte
- Aufzeigen von vorhandenen Ressourcen und Identifizierung von „weißen Flecken“
- enge Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsnetzwerk MV

Um dieses Netzwerk zu gründen, fand 2023 eine Auftaktveranstaltung in Rostock-Warnemünde statt. Hier wurde den etwa 50 Gästen der Aufbau und die Arbeit der Enquete-Kommission sowie erste Ideen zur Umsetzung des Beteiligungsprozesses vorgestellt. Anschließend wurde in Gruppen zu verschiedenen Themen wie etwa Ressourcen, Umsetzung oder Herausforderungen diskutiert. Alle Teilnehmenden wurden eingeladen, sich langfristig an der Umsetzung des Beteiligungsprozesses zu engagieren und Kinder und Jugendliche auf dessen Möglichkeiten aufmerksam zu

machen. Anregungen aus den Diskussionen sind in die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses eingeflossen.

Darauffolgend wurden kleinere Netzwerktreffen zu Beginn eines jeden Themenclusters durchgeführt. Ziel dieser Treffen war es, Fachkräfte über den aktuellen Stand zu informieren und Zwischenergebnisse im Beteiligungsprozess darzustellen, Fragen zu beantworten und Anregungen zur Umsetzung des Beteiligungsprozesses einzuholen. Jeder Termin beinhaltete auch praktische Anteile, in dem auch Fachkräfte die Chance bekamen, inhaltliche Hinweise zu den verschiedenen Themenclustern zu geben. Zusätzlich gab es monatliche digitale Runden, in denen kurzfristige Informationen sowie Neuigkeiten geteilt wurden.

Das Netzwerk umfasst ca. 100 Mitglieder, die sich aktiv über einen längeren Zeitraum im Beteiligungsprozess engagiert haben. Insbesondere bei der Entwicklung von Materialien wie den Aktionsboxen stellte sich das Kooperationsnetzwerk als große Bereicherung heraus. So konnte auf zusätzliche Expertise seitens der Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit zurückgegriffen werden. In mehreren gemeinsamen Beratungsrunden konnte so das Material optimiert und mit kleinen Kinder- und Jugendgruppen getestet werden.

2.6. Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen

Um auf den Beteiligungsprozess aufmerksam zu machen, wurden diverse Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit genutzt.

Vor Beginn der Kampagne #mitmischenMV galt es, ein Logo und ein Designkonzept zu entwickeln. Hierbei hat die Kommission die Farben lila und orange als jugendlich und nicht verwechselbar mit Parteifarben ausgewählt.



Abb.: 7 Logo

Die Werbekampagne sollte sich in erster Linie direkt an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten. Ziel war es, sie zum Mitmachen am Beteiligungsprozess zu bewegen. Die Öffentlichkeitsarbeit zielte in diesem Sinne aber auch in Richtung der Multiplikator:innen. Zudem sollte eine positiv wirkende Wiedererkennung des Beteiligungsprozesses gewährleistet werden.

Es wurden Informations-Produkte wie Flyer, Infoblätter und Postkarten entwickelt, die vorwiegend an Schulen versandt wurden. Ergänzend dazu wurden auch außerschulische Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendtreffs mit grundlegendem Informationsmaterial versorgt. Für jedes Themencluster wurde das Informationsmaterial aktualisiert und themenentsprechend aufbereitet. Für jedes Themencluster gab es ein sogenanntes Leitmotiv, an dem sich alle weiteren Designs orientierten.



Abb.: 8 Plakate

Ergänzend dazu wurden Give-aways wie Festivalbändchen, Schlüsselanhänger und Aufkleber für die Jugendkonferenzen produziert, aber auch eigens gestaltete Blei- und Buntstifte, Flummis oder Traubenzucker als Arbeitsmaterialien in den Aktionsboxen genutzt. Neben diesen Produkten wurde über den Anbieter Ströer in Informationsanzeigen der Regionalzüge und zwei Mal für jeweils 20 Tage auf 40 Großplakatwänden für den Beteiligungsprozess geworben. Ebenfalls über Ströer wurde im Sommer 2025 In-App Werbung zu #mitmischenMV geschaltet, die in einem bestimmten Radius um Schulen in M-V angezeigt wurde. Dabei wurde erfolgreich ein professionelles Targeting genutzt, um bei der Benutzung bestimmter Apps eine eigens entwickelte Werbebotschaft auf mobilen Endgeräten der Zielgruppe zu zeigen.

Um auch junge Erwachsene im Studium zu erreichen, wurde an den Universitäten Greifswald und Rostock sowie an den Hochschulen in Wismar und Neubrandenburg zielgruppengerechte Werbung in Form von Aufstellern und Türschildern in Wohnheimen angebracht.

Im digitalen Raum wurde die Website www.mitmischen-mv.de erstellt und ein Social Media Kanal @mitmischenMV auf Instagram aufgebaut. Die Website enthält alle wichtigen Informationen zum Beteiligungsprozess sowie Links zu den Umfragen und Anmeldebögen der Jugendkonferenzen. Zudem gab es ein Kontaktformular, über das sich anonym mit Verbesserungsvorschlägen und Anmerkungen zum Thema „Jung sein in M-V“ an das Sekretariat gewendet werden konnte. Der Aufbau der Website hat sich dabei an den Dreiklang des Ideenhaftens – Problem, Vision, Umsetzung – orientiert.

Dem Instagram-Kanal folgen Stand Februar 2026 1.336 Person. Hier wurde mehrmals wöchentlich über die Arbeit der Enquete-Kommission informiert, auf Sitzungen hingewiesen, Veranstaltungen beworben und Rückblicke gegeben. Die Zielgruppe für den Kanal waren sowohl Netzwerkpartner:innen und Multiplikator:innen als auch junge Menschen. Eine Kooperation mit dem Instagram-Kanal des Landtages wurde veranstaltungs- oder themenbezogen eingesetzt.

3. Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und deren Herausforderungen

Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen und deren Herausforderungen erschöpfend zu beschreiben, ist aufgrund der heterogenen und differenzierten Gestaltungsmöglichkeiten, die sich der jungen Generation bieten, genauso schwierig wie für die Gesamtbevölkerung. Dies liegt insbesondere auch daran, dass für einen Fokus auf Mecklenburg-Vorpommern in der Regel nicht genügend Daten bereitstehen. Mehrfach wurde in verschiedenen Anhörungen der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ darauf verwiesen, dass es einen Kinder- und Jugendbericht brauche³, um eine umfängliche, aktuelle und evidenzbasierte Beschreibung der Lebenssituation junger Menschen zu erhalten. Daher nähert sich dieses Kapitel ihrer Lebenswelt lediglich aus verschiedenen Perspektiven an.

3.1. Soziodemografischer Überblick Mecklenburg-Vorpommern

Nachfolgend sollen für einen ersten statistischen Überblick grundlegende Kennzahlen zur Altersverteilung, zu Familienhaushalten und zum Wanderungsgeschehen dargestellt werden. Ebenso erscheint eine Beschreibung der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 an dieser Stelle relevant.

Altersverteilung

Im Jahr 2021 waren 15,4 Prozent der 1.611.160 Einwohner:innen in Mecklenburg-Vorpommern unter 18 Jahre alt. Dabei hat sich seit 1990 der Anteil der jungen Menschen unter 30 Jahren verringert. In Folge des starken Geburtenrückgangs nach 1990 ist in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der unter 20-Jährigen von 28 auf 17 Prozent gesunken. Der Anteil der über 65-Jährigen steigt dagegen kontinuierlich und hat sich seit 1990 mehr als verdoppelt (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2023: online). 2022 betrug das Durchschnittsalter 47,4 Jahre, womit Mecklenburg-Vorpommern (Stand 2022) die drittälteste Bevölkerung in Deutschland hat. Festzustellen ist zudem, dass sowohl 1990 als auch 2021 ein Geschlechterungleichgewicht besteht: „Bis zur Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen liegt der Anteil der Jungen 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte über dem der Mädchen, was daran liegt, dass etwas mehr Jungen geboren werden als Mädchen. In den obersten Altersgruppen der 21- bis unter 25-Jährigen und der 25- bis unter 30-Jährigen steigt der Überschuss der jungen Männer auf jeweils 0,5 Prozent an, da mehr junge Frauen als Männer Mecklenburg-Vorpommern in diesem Alter verlassen.“ (Wins et al. 2023: 9)

Dies bestätigt auch eine aktuelle Erhebung aus dem Jahr 2023 (vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2024: 23). Bei einer Gesamtbevölkerung von 1.629.464 Einwohner:innen waren bei den 15- bis 18-Jährigen 22.741 männlich und 21.179 weiblich. In den Altersgruppen der 21- bis 25-Jährigen und 25- bis 30-

³ Dies ist auch als eine Handlungsempfehlung der Kommission aufgenommen worden. Mehr Informationen finden sich im Zwischenbericht der Enquete-Kommission (siehe Landtag Mecklenburg-Vorpommern Drs. 8/4190).

Jährigen gibt es dagegen eine Geschlechter-Differenz von absolut mindestens 3.000 Menschen (21- bis 25-Jährigen: 30.342 männlich, 27.262 weiblich; 25- bis 30-Jährigen: 33.979 männlich, 30.252 weiblich).

Betrachtet man die Verteilung von Kindern und Jugendlichen auf die kreisfreien Städte und Landkreise wird erkennbar, dass die Anteile der Altersgruppen unter 30 Jahren in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Rügen unter den Landesdurchschnitten liegen. Zudem zeigt sich bei der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, dass deren Anteil in Rostock bei 9 Prozent liegt, während er im Landkreis Rostock nur 4,6 Prozent beträgt. Dagegen weisen Schwerin, der Landkreis Rostock, Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim einen überdurchschnittlichen Anteil der 6- bis 14-Jährigen im Vergleich zum Landesdurchschnitt (bis zu +0,8 Prozent) auf. Die statistischen Erhebungen lassen den Schluss zu, dass im ländlichen Raum die meisten Kinder zwischen 0 und 14 Jahren leben.

Familienhaushalte

2020 haben in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 206.100 Familien⁴ mit ledigen Kindern gelebt (vgl. Wins et al. 2023: 9). Darunter zählten 108.500 Ehepaare, 38.800 Lebensgemeinschaften sowie 58.700 Alleinerziehende. 83,8 Prozent dieser Alleinerziehenden in MV waren alleinerziehende Mütter. Bezieht man hier die Einkommensverteilung unter den Familien ein, ergibt sich, dass 69,7 Prozent der Ehepaare mit Kindern ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 3.000 Euro zur Verfügung hatten, während dies bei 69,8 Prozent der Alleinerziehenden weniger als 2.500 Euro betrug. Des Weiteren hat sich der Anteil der Ein-Kind-Familien seit 1991 zulasten des Anteils der Familien mit zwei Kindern vergrößert. Nahezu gleich geblieben ist der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern, der sich auf 9 bzw. 10,3 Prozent belief (vgl. Wins et al. 2023: 10).

Wanderungen

Bezüglich der Abwanderung junger Menschen zeigt sich in den Statistiken der letzten Jahre ein gegensätzlicher Trend, der aber differenziert zu betrachten ist. Im Jahr 2021 zogen demnach in den ausbildungsrelevanten Altersgruppen der 15- bis unter 20-Jährigen sowie der 20- bis unter 25-Jährigen mehr Personen nach Mecklenburg-Vorpommern als von hier weg (vgl. Wins et al. 2023: 11).

⁴ Eine ausführliche Definition dieses Begriffes findet sich bei Wins et al. (2023), Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Wissenschaftliches Grundlagenpapier, Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V., KDRs. 8/51-n.

Wanderungssaldo	15- bis unter 20-Jährige		20- bis unter 25-Jährige	
	positiv	negativ	positiv	negativ
Rostock	+ 878		+ 759	
Schwerin	+ 214		+ 108	
Mecklenburgische Seenplatte		- 106		- 10
Landkreis Rostock		- 244		- 227
Vorpommern-Rügen		- 42	+ 58	
Nordwestmecklenburg		- 75		- 39
Vorpommern-Greifswald	+ 278		+ 242	
Ludwigslust-Parchim		- 227		- 132

Abb. 9: Wanderungssaldo

Diese Zuzüge erfolgten dabei vor allem nach Schwerin und Rostock, die beiden größten Städte des Bundeslands sowie nach Vorpommern-Greifswald, während vor allem bei den flächenmäßig großen Landkreisen Verluste in diesen Altersgruppen zu verzeichnen sind. Insgesamt ist in Mecklenburg-Vorpommern seit 2013 ein Wanderungsgewinn über alle Altersgruppen und Geschlechter hinweg festzustellen. Dies ist auch für alle kreisfreien Städte und Landkreise nachzuweisen (vgl. Statistisches Amt 2024: 28).

Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040

Um künftige Politik zu gestalten, ist es erforderlich, auf die prognostische Bevölkerungsentwicklung zu schauen, um die demografischen Prozesse auch mit der Auswirkung auf junge Menschen abzubilden.

Zusammenfassend zeigt sich dabei, dass in Mecklenburg-Vorpommern bis 2040 der Wandel der Altersstruktur durch geringe Geburtenzahlen, eine steigende Lebenserwartung und selektive Wanderungen weiter fortsetzen wird (vgl. Wins et al. 2023: 13). Optimistische Prognosen gehen im Zeitraum von 2017 bis 2040 von einem minimalen Bevölkerungswachstum von 0,1 Prozent aus, pessimistische dagegen von einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung von -7,3 Prozent und die standardisierte Variante von einer Abnahme der Bevölkerung von -5 Prozent. Es ist anzunehmen, dass lediglich für Rostock, Schwerin, die Landkreise Rostock und Ludwigslust-Parchim der Anteil der unter 18-Jährigen steigen wird. In allen anderen Landkreisen wird dieser sinken, während der Anteil der über 65-Jährigen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen prognostisch zunehmen wird (vgl. Wins et al. 2023: 13).

3.2. Allgemeine Zufriedenheit junger Menschen

Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich strukturell als Flächenland mit vielen ländlichen Räumen, was für junge Menschen bedeutet, dass sie nicht nur in der Fläche verteilt wohnen, sondern auch ihre Lebensorte (Wohnort, Schulort, Freizeit- und Ausbildungsort) räumlich oft auseinanderliegen. Kinder und Jugendliche

müssen diese demnach über teils weite Wege oder virtuell erreichen. Mobilität und damit auch die Erreichbarkeit und Bedarfsorientierung sowie die Digitalisierung sind folglich prominente Jugendthemen. Der Teilhabeatlas ‚Kinder und Jugendliche‘ hat für Mecklenburg-Vorpommern festgestellt, dass bis auf Rostock und dem gleichnamigen Landkreis alle anderen „überwiegend ländliche Kreise mit teils hohen Teilhabebehürden“ (Berlin Institut et al. 2025: 14 f.) seien. Als Indikatoren der Teilhabe wurden u. a. Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit, Erreichbarkeitsindex, Anteil der Schulabgänger:innen ohne Abschluss und Breitbandversorgung festgelegt. Dabei schneide M-V im Indikator Betreuungsquote Vorschulkinder am besten ab, während die Werte beim Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren und beim Anteil der Schulabgänger:innen ohne Abschluss am schlechtesten seien (vgl. Berlin Institut et al. 2025: 15). Dies bedeutet, dass die vergleichsweise wenigen jungen Menschen, die hier leben, in Bezug auf Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven stärker belastet sind.

Aufwachsen in Ostdeutschland

Demnach sind die Lebenssituationen der jungen Menschen auch stets im Kontext der Prägungen in Ostdeutschland zu betrachten. Der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung geht explizit auf die Unterschiede in den neuen und alten Bundesländern. Für junge Menschen und ihre Familien in Ostdeutschland sind auch die materiellen wie finanziellen Bedingungen schlechter und damit auch ihre wirtschaftlichen Perspektiven. Viele verlassen für bessere berufliche Aussichten Ostdeutschland, es beginnen zusätzlich auch weniger ein Studium. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der außerschulischen Bildung sind in einigen Teilen weniger differenziert und stark vorhanden und stehen dabei oft vor erheblichen finanziellen Herausforderungen (vgl. BMFSFJ 2024: 228 f.).

„Junge Menschen im Osten Deutschlands setzen sich [...] mit spezifischen Fragen zur Identität, (biografischen) Brüchen und Konflikten auch der älteren Generationen auseinander“ (BMFSFJ 2024: 229), deren Identität in Diskursen häufig nicht über Stärken und Offenheit, sondern eher in Abgrenzung von Werten und wenig binnendifferenziert kommuniziert wird. Die allgemeine Lebensqualität wird von jungen Menschen im Westen erheblich positiver eingeschätzt (vgl. BMFSFJ 2024: 229).

Lebenszufriedenheit

Betrachtet man dabei einzelne Lebensthemen, zeigt sich vor allem bei den verfügbaren finanziellen Mitteln, der beruflichen Perspektive, der schulischen Situation bzw. die der beruflichen Ausbildung und den zeitlichen Freiräumen eher Unzufriedenheit. Freund:innenkreis, Wohnsituation und die Möglichkeiten zur eigenen Lebensgestaltung generieren hohe Zustimmung bei den jungen Menschen (vgl. BMFSFJ 2024: 150). Der 17. Kinder- und Jugendbericht arbeitet zudem heraus, dass das Bedürfnis nach familiärer Bindung und Sicherheit für Kinder und Jugendliche von zentraler Wichtigkeit sei. Familie stelle einen zentralen Ankerpunkt für sie dar, dicht gefolgt von Freundschaften (vgl. BMFSFJ 2024: 165). Diese sozialen Beziehungen sowie eine hohe Ortsverbundenheit sind laut Studien

Haltefaktoren junger Menschen an ihre Region. Gleichzeitig führen aber mangelhafte strukturelle Bedingungen und eine schlechte Arbeitsmarktsituation dazu, dass junge Menschen meist nach der zunächst vorübergehenden Abwanderung zur Ausbildung oder zum Studium nicht wieder zurückkehren (vgl. Wins et al. 2023: 106 f.).

Auch die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ widmete sich der Frage, wie zufrieden die jungen Menschen sind. Im Ergebnis zeigt sich, dass junge Menschen in Deutschland den höchsten Grad an Zufriedenheit mit ihrer körperlichen Gesundheit, der sozialen Anerkennung und ihren beruflichen Chancen haben. 57 Prozent der jungen Menschen sind zufrieden mit der Lebensqualität. In Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung, zu den politischen Verhältnissen und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt überwiegt die negative Bewertung (vgl. Schnetzer et al. 2022: 6 f.). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es eine große Diskrepanz zwischen der persönlichen Situation und der gesellschaftlichen Lage gibt (vgl. Schnetzer et al. 2022: 6 f., siehe auch BMFSFJ 2024: 150). Junge Frauen sind dabei im Vergleich zu den männlichen Befragten bezüglich ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Zufriedenheit besorgter (vgl. Schnetzer et al. 2023: 8) wie auch Jugendliche mit einem sozioökonomisch prekären Hintergrund ihre eigene Zukunft schlechter einschätzen (vgl. BMFSFJ 2024: 150). Jüngere Befragte im Alter zwischen 12 und 17 Jahren sind deutlich zufriedener als junge Erwachsene. Wertschätzende strukturelle Rahmenbedingungen sollten demnach selbstverständlich sein und den gesellschaftlich anerkannten Eigenwert von Kindern und Jugendlichen determinieren (vgl. Rohr 2020: 29).

Gesellschaftliche Situation der jungen Menschen

Junge Menschen in Deutschland nehmen derzeit verschiedene Krisen als existenzbedrohend wahr, die sich ineinander verschränken und überlagern. Dabei nimmt die Sorge vor Altersarmut und die Spaltung der Gesellschaft (jeweils 40 Prozent) weiter einen hohen Platz in ihrem Sorgen-Ranking ein (vgl. Schnetzer et al. 2023: 10). Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung wird auch in M-V von Jugendlichen häufiger genannt. Sie nehmen auch wahr, dass Angebote und freie Räume für sie oft nicht zu finden sind. Dabei ist es vor dem Hintergrund der Vielfalt der Freizeitinteressen unerlässlich, vor Ort und in Partizipation mit Kindern und Jugendlichen Lösungen zu entwickeln und Angebote umzusetzen (vgl. Rohr 2020: 19). Dies sollte auch selbstbestimmte Räume der Erprobung ermöglichen, die nicht Verdrängungsprozessen oder Konsumzwängen unterliegen.

Junge Menschen wollen sich zudem engagieren und auch ehrenamtlich tätig sein. Dazu stellt der aktuelle Kinder- und Jugendbericht heraus, dass junge Menschen sich vor allem zu Themen wie Umweltschutz, geschlechtliche und sexuelle Diversität sowie für den Schutz und die Rechte geflüchteter Menschen engagieren. Als Motivationen benennen sie, damit Austausch mit anderen zu haben, die Rechte junger Menschen vertreten zu können sowie Schutzräume zu schaffen (vgl. BMFSFJ 2024: 166). Häufig treffen sie dabei auf eine fehlende Vergütung des Ehrenamts, das teilweise die Erfüllung hauptamtlicher Aufgaben umfasst, sowie häufige Neustrukturierungen aufgrund der Fluktuation im Ehrenamt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern werden durch Landesjugendverbände die „Interessen von Kindern und Jugendlichen übergreifend vertreten und ihre Identitätsbildung gefördert“ (Landesregierung M-V 2023: 10), indem durch außerschulische Bildungsangebote individuelle und soziale Kompetenzen vermittelt sowie für ehrenamtliches Engagement qualifiziert wird. Die Zugänge zu außerschulischen Bildungsangeboten sind nach wie vor von sozialer Herkunft und sozioökonomischen Bedingungen beeinflusst (vgl. Wins et al. 2023: 71). Aktuell erhalten 23 Landesjugendverbände mit insgesamt rund 200.000 Mitgliedern bis einschließlich 26 Jahren eine landesseitige Förderung. Derzeit wird von der Landesregierung unter Einbindung der Jugendverbandsvertretung eine Ehrenamtsstrategie für das Bundesland erarbeitet.

Die außerschulischen Beschäftigungen, denen die junge Generation in M-V nachgeht, decken sich mit denen in der Shell-Studie 2019 genannten: Geselligkeit, Sport und Kreativität (vgl. Rohr 2020: 18). Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern wünschen sich, dass Freizeitangebote und Möglichkeiten des freiwilligen Engagements wohnortnah zu finden und attraktiv gestaltet sind (vgl. Rohr 2020: 18, siehe auch BMFSFJ 2024: 238). Große Entfernungen stellen in diesem Bundesland eine wesentliche Barriere für soziale und demokratische Teilhabe dar (vgl. Landesregierung M-V 2024: 5). Der Teilhabeatlas ‚Kinder und Jugendliche‘ konstatiert für weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns, dass Jung und Alt häufig mehr als 40 Minuten fußläufig unterwegs sein müssen, um Busse oder Bahnen nutzen zu können (vgl. Berlin-Institut et al. 2025: 33). Häufig geht Individualisierung und Vereinzelung damit einher. Durch die raumplanerische Strategie mit dem „Zentrale-Orte-System“ soll eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden, die die Zugänge aller zu Bildung, Gesundheit, Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Dienstleistungen berücksichtigt (vgl. Landesregierung M-V 2024: 15). Dies soll auch der Segregation, die vor allem in Rostock und Schwerin festzustellen ist, entgegenwirken.

Psychische Gesundheit der jungen Generation

Die gegenwärtige, krisenhafte Lebenslage schlägt sich auch auf die psychische Befindlichkeit der jungen Menschen nieder. Neben den Auswirkungen globaler Krisen werden als wesentliche Faktoren die Anforderungen des Bildungssystems und finanzielle Unsicherheiten genannt (vgl. BMFSFJ 2024: 168). Die Erkenntnisse aus den COPSYS-Längsschnittstudien (vgl. UKE 2024: online) zeigen, dass sich die Verbreitung von mentalen Störungen unter Jugendlichen während der lang andauernden Corona-Pandemie verdoppelt hat. Auch aktuell leiden 22 Prozent der jungen Menschen weiterhin unter psychischen Auffälligkeiten. Dabei sind die jungen Menschen in Deutschland laut der Trendstudie psychisch vor allem durch Stress (41 Prozent), Antriebslosigkeit (31 Prozent), Erschöpfung (29 Prozent), Depression/ Niedergeschlagenheit und Selbstzweifel (mit jeweils 26 Prozent) belastet (vgl. Schnetzer et al. 2022: 11). Weiterhin wird festgestellt, dass der Anteil junger Menschen, die mit der anhaltenden Dauerbelastung nicht gut umgehen können, leicht gestiegen ist. Bei dieser Gruppe mehren sich die Risikofaktoren wie ein Gefühl von Hilflosigkeit (16 Prozent) oder Suizidgedanken (10 Prozent) (vgl. Schnetzer et

al. 2022: 12). Insbesondere das Thema Einsamkeit spielt bei der jungen Generation eine nicht unerhebliche Rolle. 60 Prozent der befragten jungen Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren gaben an, sich emotional einsam zu fühlen (vgl. Protokoll 43. Sitzung: 17). Festzustellen ist darüber hinaus, dass Einsamkeitsgefühle mit einer Unzufriedenheit mit demokratischen Strukturen in Deutschland korrespondiert. Demnach gaben 63 Prozent der stark einsamen jungen Menschen an, kaum bis gar nicht zufrieden mit der Demokratie zu sein. Auch der Bundesjugendring hat bereits 2023 auf die zunehmende psychische Belastung junger Menschen hingewiesen und attestiert, dass die Jugendverbandsarbeit im Bereich Prävention und Intervention eine wichtige Funktion erfülle, aber bestehende gesellschaftliche Unterstützungsstrukturen nicht ausreichen würden. Dabei sollten nicht nur mehr, sondern nachhaltig angelegte und besser zugängliche Angebote geschaffen werden. Gesellschaftspolitisch relevant sei, die Interessen der jungen Menschen bei der Krisenbewältigung zu berücksichtigen und ihnen Freiräume für selbstorganisiertes Engagement zu gewähren (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2023: 10 ff.). Junge Menschen wünschen sich zudem, dass die Lehrinhalte in der Schule um Themen wie Gesundheit, Diversität, aber auch politische Bildung erweitert werden. Die Schule solle einen stärkeren Fokus auf Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Integration legen (vgl. BMFSFJ 2024: 53).

Herauszustellen ist des Weiteren, dass in Mecklenburg-Vorpommern schätzungsweise bis zu 73.000 Kinder und Jugendliche – das sind ca. 30 Prozent aller hier lebenden Kinder - mit einem vorübergehend, wiederholt oder dauerhaft psychisch oder suchterkrankten Elternteil zusammenleben (vgl. Landesregierung M-V 2024: 72). Diese stehen nicht nur vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen, sondern haben nachgewiesen ein erhöhtes Risiko, im Verlauf ihres Lebens selbst daran zu erkranken. Es war 2021 festzustellen, dass junge Menschen unter 30 Jahren in der Bundesrepublik vor allem aufgrund von exzessiver Mediennutzung, Cannabinoide-Problemen und Essstörungen eine (Sucht-)Beratungsstelle aufsuchten (vgl. Wins et al. 2023: 91). Darüber hinaus bedrohen auch die gestiegenen Fälle von Mobbing, Misshandlung oder Vernachlässigung sowie Gewalt an Schulen (vgl. NDR 2024: online) die Gesundheit und Sicherheit von Kindern und Jugendlichen.

In Mecklenburg-Vorpommern sind bei den hiesigen Jugendämtern im Jahr 2021 insgesamt 4.613 Fälle zur Prüfung einer Kindeswohlgefährdung nach § 8 Absatz 1 SGB VIII eingegangen. In 28,3 Prozent dieser Fälle wurden akute oder latente Gefährdungen des Kindeswohls festgestellt (vgl. Wins et al. 2023: 91). Finanzielle wie systemische Problemlagen, die bei Familien zu Überforderung, Gewalt oder Vernachlässigung führen können, spielen eine Rolle. Die Kinder- und Jugendschutzkonferenz 2024 in Mecklenburg-Vorpommern resümierte als Ursache aber auch den zunehmenden Fachkräftemangel in der Betreuung und Behandlung von jungen Menschen sowie fehlende Qualifikationen bei Fachkräften. Mit Hilfe des derzeit in der Anhörung befindlichen Kinderschutzgesetzes soll darauf mit Verbesserungen, z. B. in der Fortbildung von pädagogisch tätigem Personal und der

Weiterentwicklung von Kinderschutzstandards, reagiert werden (vgl. NDR 2024: online).

Finanzielle Lage der jungen Menschen

In der Trendstudie vom Winter 2022/23 gaben 20 Prozent aller 14- bis 29-Jährigen an, Schulden zu haben, und 12 Prozent äußerten, von Armut bedroht zu sein. In der Trendstudie vom Sommer 2023 gibt fast jede:r Fünfte an, von Armut bedroht zu sein (vgl. Schnetzer et al. 2022: 18 f.; siehe auch Schnetzer et al. 2023: 48). Hier ist also ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur Befragung vom November 2022 zu verzeichnen. Laut dem Statistischen Taschenbuch 2024 von Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Statistisches Amt 2024: 45) beträgt die Armutsgefährdungsquote 2023 im Ländervergleich für das Bundesland 17,3 Prozent. Brandenburg und Bayern weisen eine Quote von 15 bzw. 12,8 Prozent auf, während in Sachsen-Anhalt und Berlin höhere Armutsgefährdungsquoten von 19,4 Prozent und 20 Prozent festzustellen waren. Ursache der Armutsgefährdungsquoten ist das niedrige Einkommensniveau in Mecklenburg-Vorpommern. Altersspezifisch zeigt sich, dass vor allem Kinder und Jugendliche deutlich häufiger von Armut betroffen sind als andere Altersgruppen. 2021 waren 22,4 Prozent der unter 18-Jährigen sowie 34,5 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren armutsgefährdet (vgl. Wins et al. 2023: 91). Deutlich erhöht ist das Armutsrisiko bei Kindern, die mit alleinerziehenden Elternteilen oder Elternteilen mit Migrationsbiografie aufwachsen (vgl. BMFSFJ 2024: 309): „Familiale Rahmenbedingungen bestimmen nach wie vor die Möglichkeitsräume von Jugendlichen. Entsprechend wirken sich ökonomisch benachteiligte Familienkontexte auf die Zukunftsorientierung der Jugendlichen aus, soziale Benachteiligungen werden so über Generationen fortgeschrieben.“ (Rohr 2020: 29) Dies betrifft sowohl die Bildungs- als auch Einkommensarmut und kann somit als ein strukturelles Problem beschrieben werden, das Chancenungleichheit fördert und zu einer dauerhaften Alltagsbelastung führen kann. Wins et al. weiten die Dimensionen von Armut darüber hinaus auf die Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe aus (vgl. Wins et al. 2023: 92). In der Folge erfahren von Armut betroffene oder bedrohte junge Menschen zumeist ungünstige Entwicklungsbedingungen in Bezug auf Lernen, Mobilität, soziale Teilhabe, Beschämung, Stigmatisierung und Ausgrenzung, Benachteiligung im Bildungssystem oder verfügen über eine schlechtere psychische wie physische Gesundheit (vgl. Protokoll 42. Sitzung: 16 f.). Zur finanziellen Situation junger Menschen zählt ebenfalls der Aspekt der Eigenständigkeit. In der Trendstudie gaben Befragte an, mit einer eigenen Wohnung oder einem eigenen Haushalt die starke Belastung durch die Inflation sehr direkt spüren (vgl. Schnetzer et al. 2022: 10). Die Trendstudie stellt zudem fest, dass es deutliche Geschlechterunterschiede im Einkommen gibt, die den Gender Pay Gap in Deutschland unterstreichen (vgl. Schnetzer et al. 2023: 47). Junge Frauen finden sich häufiger in Berufen mit schlechteren Ausbildungsbedingungen und niedrigeren Ausbildungsvergütungen wieder und sind „insgesamt aufgrund der strukturellen Benachteiligungen in den von jungen Frauen bevorzugten Berufen unzufriedener“ (BMFSFJ 2024: 219). Daher sehen Jugendliche vor allem Geld (60 Prozent) als Hauptmotivation, um Leistung zu erbringen (vgl. Schnetzer et al. 2023:

27 f.). Dies entspringe aber weniger einem materialistischen Denken als vielmehr der Erkenntnis, sich finanziell für die Zukunft absichern zu müssen. Junge Menschen sehen Geld damit als Grundvoraussetzung, um Spaß zu haben (43 Prozent) und eigene Ziele erreichen zu können (33 Prozent).

Bildung und Arbeit

Kinder haben in Mecklenburg-Vorpommern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule bei Erfüllung der Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Kindertagesförderung. Seit dem 1. Januar 2020 übernimmt das Land die Kosten für alle Förderarten der Kinderbetreuung (d. h. Krippe, Kindergarten, Kindertagesbetreuung und Hort) und entlastet die Eltern durch gänzliche Beitragsfreiheit. 115.045 Mädchen und Jungen besuchten 2021 in M-V eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflegestelle (vgl. Landesregierung M-V 2023: 6). Mit der Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder soll demnach einer sozialen Benachteiligung entgegengewirkt und Chancengleichheit ermöglicht werden (vgl. Landesregierung M-V 2024: 73). Damit und mit der nachfolgenden Förderung in den Schulen könne es gelingen, allen begabten Kindern die gleichen Möglichkeiten einzuräumen. Auswertungen zeigen, dass frühzeitige Bildungsmöglichkeiten die Chancen erhöhen, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Nach wie vor studieren meist Kinder, die bereits aus Akademiker:innenhaushalten stammen. Demnach würden von 100 Kindern aus nicht-akademischen Elternhäusern nur 45 Kinder die Sekundarstufe 2 abschließen und damit die Zugangsberechtigung für die Hochschule erhalten; 21 beginnen in der Folge ein Hochschulstudium (vgl. Landesregierung M-V 2023: 28).

Insgesamt ist festzustellen, dass der Anteil der Schulabgänger:innen mit Hochschulzugangsberechtigung (von 29,6 Prozent auf 39,8 Prozent) stieg, gleichermaßen aber auch der Anteil der Schüler:innen mit einer sonderpädagogischen Förderung von 5,9 Prozent auf 7,8 Prozent (vgl. BMFSFJ 2024: 309).

Hinsichtlich der formalen Bildung wird Mecklenburg-Vorpommern vom Kinderrechte-Index 2025 ein überdurchschnittliches Ergebnis ausgestellt. Die Investition für die Kindertagesbetreuung hatte 2023 mit 1,52 Prozent des Bruttoinlandproduktes gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den zweithöchsten Anteil im Ländervergleich (vgl. Stegemann 2025: 7). Auch die Bildungsbeteiligungsquote der unter 3-Jährigen lag 2024 mit 60,3 Prozent im Bundesdurchschnitt am höchsten. Ausbaufähig ist jedoch der Personal-Kind-Schlüssel in Gruppen bis zum Schuleintritt. Hier belegt Mecklenburg-Vorpommern einen der letzten Plätze im Ländervergleich (vgl. Ebd: 8).

Im Schulbildungsbereich belegt Mecklenburg-Vorpommern sogar den letzten Platz im Verhältnis von Lehrkraft je Schüler:in. An allgemeinbildenden und beruflichen Schulen kommen im Jahr 2023 auf 15,2 Schüler:innen lediglich eine Lehrkraft (vgl. Ebd.: 8). Ebenfalls kritisch zu betrachten ist, dass im Land im Jahr 2025 mehr als jede:r zehnte Schüler:in die Schule ohne Abschluss verließ (vgl. NDR 2025b: online

verfügbar). Der Bundesdurchschnitt liegt hier mit 7,8 Prozent um mehr als 2 Prozentpunkte niedriger (vgl. Statistisches Bundesamt 2025b: online verfügbar). Gut schneidet Mecklenburg-Vorpommern hingegen bei der Studienberechtigungsquote ausländischer Jugendlicher ab, die mit 9,9 Prozent etwas mehr als 2 Prozent höher ist als der Bundesdurchschnitt (vgl. Bildungsmonitor 2025: online verfügbar). Doch trotz der guten Quote bei Studienberechtigungen ist der Beginn der Schulpflicht asylsuchender Kinder oft verzögert durch Verwaltungsabläufe. Der Zugang zu einer Regelschule nach spätestens drei Monaten kann oft nicht eingehalten werden (vgl. Stegemann 2025: 7).

Grundlegend zeigt sich, dass die Struktur des schulischen Alltags, aber auch die Rahmenbedingungen der beruflichen Ausbildung den jungen Menschen sehr viel Stress, Überforderung und Leistungsdruck bereiten. Damit hängt eine Verdichtung der Lehrinhalte zusammen, aber auch finanzielle Unsicherheiten durch z. B. niedrige oder fehlende Ausbildungsvergütungen, geringes BAföG oder gesellschaftliche Ansprüche an die Wahl des beruflichen Weges (vgl. BMFSFJ 2024: 53). Die Rahmenpläne der hiesigen Schulen werden seit 2017 hinsichtlich einer thematischen und kompetenzorientierten Ausrichtung überarbeitet, bei der die Nutzung offener Unterrichtsmethoden die Grundlage bildet (vgl. Landesregierung M-V 2023: 9). Laut dem Bericht der Landesregierung geht diese von einem „umfassenden Bildungsbegriff aus, der im Sinne des lebenslangen Lernens von der Kita bis zum Erwachsenenalter reicht sowie die Bereiche der formalen, non-formalen und informellen Bildung beinhaltet“⁵ (Ebd.: 5). Dies ermögliche jungen Menschen demnach nicht nur die leistungsorientierte Vermittlung formaler Kenntnisse, sondern auch das soziale und außerschulische Lernen, was jeweils einzeln, aber auch im Gesamten zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung beitrage. Seit 2014 wurde vor allem der quantitative Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der Ganztagschulen durch unterschiedliche Maßnahmen vorangetrieben und mit dem Schuljahr 2021/2022 abgeschlossen. Damit erhöhte sich der Umfang ganztägiger Angebote sowie die Anzahl der Teilnehmenden (hier: Zunahme von 13.339 Teilnehmenden). Rund die Hälfte der öffentlichen Grundschulen sind ganztägig organisiert, bei den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen sind es ca. $\frac{3}{4}$ (vgl. Ebd.: 9). Dies entspricht damit dem Wunsch vieler Jugendlichen, mehr Beschäftigungs- und Bewegungsmöglichkeiten im Kontext Schule zu haben (vgl. Rohr 2020: 18). Schule bietet darüber hinaus „die meisten Ansatzpunkte für Veränderung“ (Ebd.: 23), weil hier lebenswelt- und alltagsbezogene Zusammenhänge systematisch wahrgenommen und im Zusammenspiel von schulischen und außerschulischen Akteur:innen besprochen werden können. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Aspekt in Bezug auf Chancengleichheit und Teilhabechancen. Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern gingen dabei häufiger auf Schulen, die in Wohnortnähe liegen, anstatt auf die, die für sie geeignet wären (vgl. Berlin-Institut et al. 2025: 29 f.). Doch nicht nur das erschwert die Zugänge und die Bildungsteilhabe dieser jungen Menschen, sondern auch materielle Einschränkungen wie fehlende

⁵ Weitergehende Ausführungen zu den Definitionen finden sich in der angegebenen Quelle.

Laptops oder ein eigener Schreibtisch und umfassende außerschulische Erfahrungsräume (vgl. Ebd.: 30).

Eine weitere, spezifisch für Mecklenburg-Vorpommern zu benennende Herausforderung ist die des Fachkräftemangels. Dies betrifft nicht nur die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen des Landes, sondern grundlegend auch diejenigen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden (vgl. Wins et al. 2023: 70 f.). Demnach ist zukünftig von Belang, den Unterricht und die pädagogische Betreuung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, aber auch langfristig den Bedarf an Arbeits- und Fachkräften zu decken. Die Bevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter (15 bis 24 Jahre) ist nicht einmal halb so groß wie die Gruppe der mittelfristig aus dem Arbeitsleben ausscheidenden 55- bis 64-Jährigen.

Bezüglich der beruflichen Situation wird in der jungen Generation, wie bereits erwähnt, genug Geld (65 Prozent) als ein wichtiges Wunsch-Kriterium genannt. Doch auch eine bessere Balance von Arbeit und Freizeit (32 Prozent) sowie eine gute Arbeitsatmosphäre (30 Prozent) und Aufstiegsmöglichkeiten (29 Prozent) sind für die meisten Jugendlichen und Heranwachsenden ausschlaggebend, um sich für einen Beruf bzw. Arbeitgeber zu entscheiden (vgl. Schnetzer et al. 2022: 36). Interpretiert wird dies mit einem gesteigerten Bedürfnis nach Sicherheit und Konzentration auf das eigene Wohlbefinden im Angesicht vieler Dauerkrisen. In der nachfolgenden Studie wurde eine gute Arbeitsatmosphäre aber wieder signifikant häufiger als die Work-Life-Balance genannt (vgl. Schnetzer et al. 2023: 29). Unter den 14- bis 29-Jährigen sind die drei häufigsten Tätigkeitsbereiche der Vertrieb/Verkauf, das Gesundheitswesen und der IT-Bereich (vgl. Schnetzer et al. 2023: 38).

2022 waren in Mecklenburg-Vorpommern zum Ende September 1.542 Ausbildungsstellen frei, was laut Industrie- und Handelskammer damit zusammenhänge, dass sich mehr junge Menschen für ein Studium entscheiden würden (vgl. Berlin-Institut et al. 2025: 22). Eine weitere Herausforderung sei aktuell, junge Bewerber:innen und Ausbildungsbetriebe zusammenzubringen. Häufig sind das Angebot und die Attraktivität des Berufs nicht passend zu dem, was sich künftige Auszubildende wünschen. Weitere Gründe der Nichtübereinstimmungen sind eine erschwerte Erreichbarkeit der Ausbildungsstelle oder dass die Einstellungs Voraussetzungen bei den Bewerber:innen nicht gegeben sind (vgl. Berlin-Institut et al. 2025: 22). Doch auch der signifikant hohe Anteil der Schulabgänger:innen ohne Abschluss erschwert es, Fuß in der Berufs- und Arbeitswelt zu fassen: „30 Prozent von ihnen befinden sich weder in Ausbildung, noch in der Schule und fallen ganz aus dem System“ (Berlin-Institut et al. 2025: 24). In Mecklenburg-Vorpommern ist mit über sechs bzw. über acht Prozent der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren bundesweit (Durchschnittswert: 4,4 Prozent) am höchsten. Darunter werden Jugendliche und junge Erwachsene erfasst, die weder eine Schule noch Ausbildung besuchen sowie die, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen und eine Arbeit suchen. Dabei betrifft es nicht nur Städte wie vor allem Schwerin, sondern auch die weitläufigen ländlichen Kreise. Hintergrund sind weiterhin wirtschaftliche und strukturelle Probleme.

Politisches Interesse

Die Studie von Schnetzer resümiert: Die Mehrheit der jungen Generation sei grundlegend politisch wach und interessiert. Durch den Krieg in der Ukraine habe sich der Schwerpunkt des politischen Interesses von Umwelt und Klimafragen zur Sicherheitspolitik verschoben. 59 Prozent der Befragten hätten Angst, dass sich der Krieg in der Ukraine auf ganz Europa ausweiten könnte (vgl. Schnetzer et al. 2023: 10). Als Reaktion auf diese Ängste und Sorgen sowie angesichts der Bedrohung des politischen Systems durch demokratiefeindliche Strömungen, die von der jungen Generation umfassend wahrgenommen werden, fordern sie mehr psychologische Unterstützung, mehr Berücksichtigung von jugendlichen Meinungen und Themen im politischen Handeln und damit echte Teilhabe sowie nachhaltige Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krisen (vgl. BMFSFJ 2024: 53 f.).

Jugendliche in M-V stehen dabei als eine relativ kleine Altersgruppe älteren und dominanten Altersgruppen mit größerem politischen Einfluss gegenüber. Gleichzeitig gibt es den formulierten Wunsch, junge Menschen im Bundesland zu halten. Im Kontext der bereits beschriebenen Situationen in ländlichen Räumen können diese Herausforderungen Radikalisierung befördern (vgl. Süddeutsche Zeitung 2025: online, NDR 2025: online). Statistiken des Landeskriminalamts Mecklenburg-Vorpommern belegen, dass insbesondere unter Jugendlichen die politisch motivierte Kriminalität zunimmt. Während 2023 unter den bis 21-Jährigen absolut 1.364 Fälle dokumentiert wurden, waren es 2024 bereits 2.051 Fälle (vgl. Protokoll 42. Sitzung: Anlage). Dabei sind die meisten Gewaltdelikte dem politisch rechten Spektrum zuzuordnen.

Demokratieverständnis fördern, Jugendlichen das Gefühl zu geben, wahr- und ernstgenommen zu werden und sie aktiv zu beteiligen, gelten als wichtige Faktoren der politischen Bildung. Dies unterstreicht die Bertelsmann-Studie, die betont, dass junge Menschen sich mehr politisch engagieren würden, wenn sie wüssten, dass sie Wirksamkeit erfahren und ihre Argumente gehört werden. Demnach müsste Politik mehr auf sie zugehen, ihre Meinungen einbeziehen und sie beteiligen (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2024: online). Die Befragten waren der Meinung, dass sie lokal vermutlich mehr ausrichten könnten als auf nationaler Ebene, aber nur eine Minderheit war darüber informiert, wie sie sich in der kommunalen Politik einbringen könnten. Daher braucht es passgenaue und niedrighschwellige Beteiligungsmöglichkeiten im Umfeld junger Menschen sowie einen Mentalitätswandel zu einer wirksamen Beteiligung auf Augenhöhe.

Hilfreich könnten hierbei u. a. die 20 bestehenden Partnerschaften für Demokratie sein, die sich auf kommunaler Ebene in Mecklenburg-Vorpommern für bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln einsetzen (vgl. Landesregierung M-V 2024: 42). Denn insbesondere Eltern und pädagogische Fachkräfte würden die Haltung junger Menschen gegenüber der Demokratie und dem Umgang mit Andersdenkenden prägen. Daher sei das familiäre, soziale und schulische Umfeld in Hinblick auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch Unterstützungsangebote zu stärken (vgl. Landesregierung 2024: 63f.). In Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur eine vergleichsweise geringe

Wahlbeteiligung junger Erwachsener wahrzunehmen, sondern auch spezifische anti-demokratische bzw. demokratiegefährdende Tendenzen (vgl. Wins et al. 2023: 30). Dies macht eine frühzeitige politische Bildung und vor allem Selbstwirksamkeitserfahrungen erforderlich. Durch das 2024 in Kraft getretene landeseigene Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz ist ein Zuwachs an neu gegründeten Kinder- und Jugendräten in verschiedenen Kommunen des Landes zu beobachten. Ferner wurde ein übergeordneter Verband der Kinder- und Jugendparlamente gegründet. Dabei stehen Kommunen oft vor der Herausforderung, wie sie solche strukturell und personell umsetzen sollen, was u. a. die Unterstützung durch Verwaltungen erforderlich macht (vgl. Wins et al. 2023: 30). Nicht selten ist dies auch von der Größe der Gemeinde, aber auch vom Engagement einzelner Akteure abhängig. Die Landesregierung schreibt dabei der Beteiligung in Kitas und Schulen ebenso einen hohen Stellenwert zu. Belegt sei, dass „junge Menschen in der Schule Demokratie aktiv miterleben sollten, d. h. die Erfahrung von Anerkennung, Zugehörigkeit, Beteiligung, Mitentscheiden-Können und Verantwortungsübernahme“, was durch die §§ 74 ff. SchulG M-V garantierten Mitbestimmungsrechte gesetzlich festgeschrieben sei (Landesregierung M-V 2023: 20). Durch die am 12. März 2025 vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern beschlossene Novellierung des Schulgesetzes wird diesem noch weiter Rechnung getragen. Mit dem Schuljahr 2025/2026 ist es Grundschüler:innen der Jahrgangsstufen 3 und 4 nun möglich, beratend an Schulkonferenzen teilzunehmen. Zudem wird die Teilnahme an Schulkonferenzen bereits ab Jahrgangsstufe 5 möglich und nicht wie bisher ab Jahrgangsstufe 7 (vgl. Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung undatiert: online). Im Vergleich zu anderen Bundesländern verfügt Mecklenburg-Vorpommern aber über kein regelmäßiges wissenschaftliches Monitoring zu Einstellungen und zur politischen Kultur (vgl. Landesregierung M-V 2024: 67; siehe auch Wins et al. 2023: 30).

Digitalisierung und Mediennutzung

Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ist vor allem hybrid, d. h. analog und digital gestaltet und damit von virtuellen und Online-Formaten geprägt (vgl. BMFSFJ 2024: 278 f.). Dabei gibt es für sie keine deutliche Grenze zwischen diesen Welten, sondern sie erleben Zeit-, Raum- und Beziehungsqualitäten darin. Erforderlich ist aber insbesondere eine kritisch-kreative Medienbildung der Kinder und Jugendlichen, um den Umgang mit digitalen Anforderungen, z. B. Einfluss der Algorithmen oder Desinformation, zu erlernen und einschätzen zu können. Knapp die Hälfte der 6- bis 13-Jährigen würde laut Kinder- und Jugendbericht das Handy bzw. Smartphone täglich nutzen; davon ist ein Drittel täglich online (vgl. Ebd.: 276). Auch bei den Kindern zwischen zwei und fünf Jahren findet sich eine Zunahme des Repertoires an Medien (z. B. Tablets oder Spielkonsolen). 2023 verfügten 96 Prozent der 12- bis 19-Jährigen über ein eigenes Smartphone und nutzten dies online durchschnittlich 204 Minuten pro Tag. Dabei gehört die digitale Welt heute bereits bei den Jüngeren zum selbstverständlichen Bestandteil ihrer Lebenswelt. Hervorzuheben (und damit auch in der Entwicklung von Konzepten zu

berücksichtigen) ist, dass weiterhin das Medienhandeln der Eltern als Vorbild für die Kinder und Jugendlichen dient (vgl. Ebd.: 277).

Junge Menschen nutzen dabei vor allem soziale Medien und das Internet als Freizeitbeschäftigung, aber auch zur Informationsbeschaffung und politischen Meinungsbildung. Daher ist dessen Einfluss ein entscheidender Faktor unter jungen Menschen. „Instagram ist unter den 14- bis 29-Jährigen mit 46 Prozent aktuell die Social-Media-Plattform, die am häufigsten verwendet wird, um miteinander zu kommunizieren [...] Außerdem sind Snapchat (37 Prozent) und Facebook (24 Prozent) für den Austausch untereinander wichtig.“ (Schnetzer et al. 2022: 30)

In der Trendstudie vom Sommer 2023 kommt WhatsApp mit 88 Prozent auf den ersten Platz im Ranking der beliebtesten Apps und Social-Media-Plattformen, gefolgt von YouTube mit 78 Prozent und Instagram mit 77 Prozent. Dahinter folgen mit Abstand Snapchat (45 Prozent), TikTok (44 Prozent) und Facebook 36 Prozent (vgl. Schnetzer et al. 2023: 25). Mit dem zum Schuljahr 2018/2019 in Kraft getretenen fächerübergreifenden Rahmenplan „Digitale Kompetenzen“ trägt das Land auch im Schulbereich dieser Entwicklung Rechnung. Seit dem Schuljahr 2019/2020 wird Schüler:innen ab Klasse 5 durch das Unterrichtsfach „Informatik und Medienbildung“ u. a. Wissen über Mediennutzung, -gestaltung und Medienkritik vermittelt. Dennoch zeigen sich auch hier weitergehende Handlungsfelder, um Medienbildung, digital gestütztes Lernen in Präsenz und im Hybridformat sowie notwendige technische Bedienungsfähigkeiten feste Bestandteile in den Schulen werden zu lassen (vgl. Landesregierung M-V 2024: 50). Daher werden die pädagogischen Konzepte in der Regel nicht kritisiert, sondern die „ungleiche Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien, Breitbandanschluss und Fachpersonal“ (Wins et al. 2023: 105). Medienbildung ist zudem Inhalt außerschulischer Angebote und wird auch hier in vielfältiger Weise vermittelt. Die Vermittlung von Medienkompetenzen, die Sicherstellung von digitalen Zugängen und Barrierefreiheit sowie zum Beispiel telemedizinischen Angeboten sind in den unterschiedlichen Bereichen noch umzusetzen bzw. auszubauen. 2019 lag Mecklenburg-Vorpommern beim Breitbandausbau (ein Viertel der Haushalte verfügte nur darüber) deutlich auf den hinteren Plätzen, was bei Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen zu großen Entfernungen und der eingeschränkten Mobilität als weiterer Faktor der Chancenungleichheit hinzukommt (vgl. Rohr 2020: 14 f.).

Insbesondere die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sozioökonomische Einschränkungen die Bildungschancen beeinflussten, da durch beengte Wohnverhältnisse, fehlende digitale Endgeräte oder mangelhafte WLAN-Ausstattung es diesen Kindern erschwert wurde, am Homeschooling teilzunehmen (vgl. BMFSFJ 2024: 256). Laut dem Bericht der Landesregierung waren Ende 2023 jedoch schon 42 Prozent der Haushalte im Bundesland mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet (vgl. Landesregierung M-V 2024: 46). Und auch die Mobilfunkversorgung sei verbessert worden, so dass auch der ländliche Raum zunehmend über mobiles Internet verfüge. So seien demnach derzeit 98,3 Prozent der Landesfläche mit mindestens einem 4G-Empfang und 93,6 Prozent sogar mit 5G-Empfang ausgestattet (vgl. Ebd.).

4. Themenccluster 1: „Gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen“

4.1. Beteiligungsstrukturen und -kultur in M-V

In der Umfrage zu Jugendbeteiligung innerhalb des #mitmischenMV-Prozesses wurden die Teilnehmenden nach ihren Erfahrungen mit Beteiligung gefragt. Dabei gaben 20 Prozent der Jugendlichen an, gute Erfahrungen mit Beteiligungsmöglichkeiten gemacht zu haben. 13 Prozent beteiligen sich regelmäßig und aktiv in bestehenden Gremien. Ebenso viele gaben an, Jugendbeteiligung nicht zu kennen. In dem offenen Eingabefeld, das sich dieser Frage anschloss, benannten die Teilnehmenden als Problem, dass es sich in ihrer Wahrnehmung oft um eine Scheinbeteiligung handele: „Wünsche von Jugendlichen sind zu Genüge bekannt, es sollte ein stärkerer Fokus auf die Umsetzung gelegt werden.“ (vgl. IRIS e. V. 2023: S.8) Junge Menschen sind sich durchaus bewusst, wenn eine Meinungsabfrage nur der Scheinbeteiligung dient: „Kinder und Jugendliche scheinen ein feines Gespür für die Aufrichtigkeit von Angeboten und Strategien zu haben. Das ist ein großes Potenzial für die Ausbildung von Autonomie.“ (Andresen/Möller 2019: 56)

Um genauer festzustellen, ob die Kinder und Jugendlichen damit zufrieden sind, wo sie in welchem Maße beteiligt werden, konnten sie sich an einer entsprechenden Skala orientieren. Deren Pole bewegen sich zwischen „ständiger Beteiligungswunsch bei keiner Beteiligungsmöglichkeit“ und dem entgegengesetzt „kein Beteiligungswunsch bei ständiger Beteiligungsmöglichkeit“. Damit sollte herausgefunden werden, ob die Angebote überhaupt den Bedürfnissen der jungen Menschen im Land entsprechen. Laut Ergebnis ist die Passung bei Freizeiteinrichtungen besonders hoch. Die Hälfte der Befragten empfinden in Freizeiteinrichtungen die Beteiligungsmöglichkeiten ihren Wünschen entsprechend.

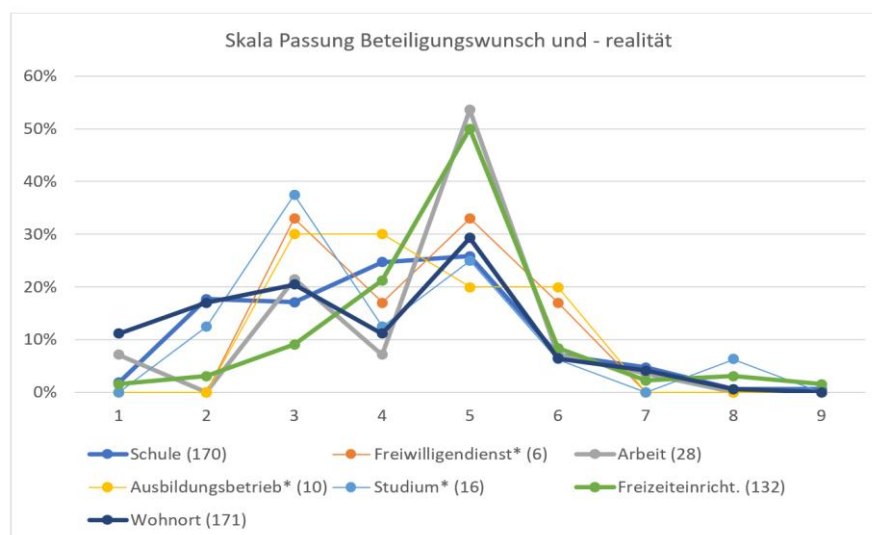


Abb. 10: Passung von Beteiligungswunsch und -realität der Befragten (zu geringe Stichprobengröße markiert (*), Anzahl der Nennungen in Klammern), IRIS Bericht TC1

Freizeiteinrichtungen ermöglichen demnach den Befragten zufolge die beste Beteiligung. Die Einbeziehung der Zielgruppe scheint hier gut zu funktionieren. Ein Grund dafür könnte sein, dass in einer Freizeiteinrichtung, die überdies freiwillig besucht wird, die Entscheidungsspielräume größer sind, im Gegensatz zu Institutionen, die eine festgelegte (Aufgaben-)Struktur haben.

Sowohl der Schule als auch dem Wohnort attestieren die Beteiligten eine deutlich geringere Passung der Beteiligungskultur bei Entscheidungen. In den Wohnorten würden 60 Prozent der Befragten gern mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Im Kinderrechte-Index 2025 gaben sogar nur 6 Prozent der Befragten an, häufig in ihrer Stadt oder in ihrem Ort mitbestimmen zu können (vgl. Stegemann 2025: 3). 13 Prozent können gelegentlich, 27 Prozent selten und 31 Prozent nie mitbestimmen, wenn es um Entscheidungen in ihrer Wohnumgebung geht. Dies sind im Ländervergleich geringe Werte (vgl. Ebd.: 3).

Bezüglich der Schule ist es eine ähnlich große Anzahl mit 61 Prozent der Befragten, die gerne mehr beteiligt werden möchten. Bei dieser Frage wurde Beteiligung als Einbringung der eigenen Meinung definiert. Zu berücksichtigen ist bei dieser Frage auch, dass Beteiligungsgremien im Schulkontext wie Schüler:innenräte und Schulkonferenzen für Schüler:innen nur bedingt zugänglich sind. Ein Wunsch nach mehr Beteiligung ist also nicht uneingeschränkt erfüllt, nur weil es Schulräte gibt. Es gilt zu beachten, welche Zugänge Kinder und Jugendliche haben, um ihrem Wunsch nachzukommen.

Ergänzend zu der Erkenntnis, dass junge Menschen eine Passung der Beteiligungskultur in der Schule als ausbaufähig wahrnehmen, sind auch die Themen, bei denen sie sich beteiligen möchten, abgefragt worden. Auf die Frage, in welchen Bereichen sich junge Menschen beteiligen wollen, waren die drei häufigsten Nennungen: Schule, Schutz vor Gewalt/Mobbing sowie Freizeitmöglichkeiten. Es zeigt sich hier deutlich, dass der Lebensbereich, der für junge Menschen zweifelsohne prägend ist, auch der Bereich ist, in dem sie sich am ehesten beteiligen möchten – in der Schule.

30 Prozent gaben demnach in der Kinder- und Jugendumfrage an, in ihrer Schule oder Klasse auch häufig mitbestimmen zu können (vgl. Stegemann 2025: 2). Gelegentlich ist dies immerhin bei 49 Prozent der Fall. Grundsätzlich sind diese Werte im Vergleich zu anderen Ländern nur geringfügig anders (vgl. Ebd.: 2).

Um die Eigenständigkeit und das Bewusstsein für das Anrecht auf Mitbestimmung zu haben, bedarf es sicherer Räume, in denen sich junge Menschen in der Formulierung von Wünschen, Kritik sowie gemeinsamer Kompromissfindungen ausprobieren können. Diskussionen fangen oft im privaten Raum an, in dem sich häufig und wünschenswerterweise ohne Angst vor Fehlern geäußert werden kann. Sechs von zehn Teilnehmenden der Umfrage diskutieren im Privatraum mit Freund:innen. Dabei bildet sich der Nährboden für Ansichten, Standpunkte und Ideen, die dann in einem Beteiligungsformat ihre Umsetzung finden können.

Dafür muss es die richtigen Ansprechpersonen und Räume geben. Weitere wichtige Medien zur Meinungsäußerung sind unter den Befragten Soziale Medien (43 Prozent) und digitale Befragungen, Abstimmungen und Petitionen (31 Prozent). Dies unterstreicht die Bedeutung von online-basierter Beteiligung. Es ist zu berücksichtigen, dass Beteiligung gelernt sein will. Es braucht eine gute Anleitung, wann sich wo mit welchen Erfolgsaussichten beteiligt werden kann. Dabei müssen sowohl digitale Angebote als auch analoge Ansprechpersonen vor Ort vorhanden sein (vgl. IRIS e. V. 2023: 13ff.).

Rechtliche Grundlage für Kinder- und Jugendbeteiligung in M-V bildet das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz. Ziel dessen ist es, „das Interesse und die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zur aktiven und verantwortungsvollen Teilhabe an der Gemeinschaft vor allem auf der lokalen Ebene als derjenigen mit dem engsten Lebensweltbezug zu wecken.“ (Drs. 8/2714: 5) Das Thema KiJuBG M-V wurde auch im Beteiligungsprozesses #mitmischenMV aufgenommen. Wichtigster Punkt war dabei die Einführung einer verbindlichen Regelung der Mitwirkung. Im Rahmen der Verbandsanhörung zum Gesetzentwurf übermittelte die Kommission der Landesregierung eine Dokumentation ihrer bis dahin gewonnenen Erkenntnisse, unter anderem auch aus dem Beteiligungsprozess #mitmischenMV (vgl. K Drs. 8/67).

An das Beteiligungsgesetz anknüpfend wurde als Vertiefungsthema die Entwicklung einer Kinder- und Jugendstrategie aufgegriffen. Da die Konzeption einer solchen in die Zuständigkeit von politischen Entscheidungsträger:innen fällt, wurde bei der Befragung des Beteiligungsprozesses der Fokus auf die wahrgenommene Sichtbarkeit und konkrete Entscheidungsfelder gelegt. Während sich männliche Befragte zu gleichen Teilen gesehen bzw. nicht gesehen fühlen von der Politik, sind es bei nicht-binären und weiblichen Befragten mehr als zwei Drittel, die sich nicht gesehen fühlen. Gründe für das Gefühl nicht gesehen zu werden, sind vor allem die Wahrnehmungen, dass Politik sich vorrangig für die Interessen älterer Menschen einsetze und allgemein kaum ein Mitspracherecht für junge Menschen möglich scheine (vgl. K Drs. 8/229: 10). Grundsätzlich scheinen nicht mangelnde Motivation oder ein Desinteresse an einer zurückhaltenden Beteiligung schuld zu sein, sondern vielmehr die unzureichenden Strukturen. Eine Kinder- und Jugendstrategie sollte daher berücksichtigen, welche Formen der Beteiligung für junge Menschen passend sind und wo diese bereits existieren oder bekannter gemacht oder generell aufgebaut werden sollten (vgl. BMBFSFJ 2025: 40).

Junge Menschen brauchen Bestärkung, Wertschätzung und Anerkennung für ihr Engagement. Sie scheuen keine Verantwortung, wenn sie in ihrer Arbeit bestätigt werden und Erfolge verzeichnen können. Als Grundlage eines demokratischen Verständnisses muss Beteiligung in den Bereichen integriert und angeboten werden, in denen junge Menschen ihre Bedürfnisse äußern. Beteiligung mag aufwendig, zeitintensiv und langwierig sein, ist aber essenzieller Bestandteil einer lebendigen demokratischer Kultur (vgl. IRIS e. V. 2023: 17).

4.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

In der Auswertung ist deutlich geworden, dass viele Jugendliche, Beteiligungsstrukturen und die Möglichkeiten, sich in verschiedenen Gremien einzubringen, kennen. Gleichzeitig beanstanden sie, dass sich nicht ausreichend Freiwillige finden. Es ist schwierig, junge Menschen dafür zu begeistern, sich langfristig einzubringen, wenn zeitliche Ressourcen bereits im Schul-, Privat- und Freizeitkontext gebunden sind. Zudem gibt es bei jungen Engagierten eine hohe Fluktuation zu verzeichnen, da sich die Lebensumstände alle paar Jahre gravierend ändern können: Schulwechsel, Ausbildung, Studium – hierfür ändert sich häufig auch der Standort.

Trotzdem, oder gerade deshalb, ist eine Förderung von bestehenden Strukturen erforderlich (vgl. BMBFSFJ 2025: 41). Gelegentliche, zeitlich begrenzte finanzielle Förderung erschwert nachhaltige Beteiligung. Es muss ein ausreichendes Budget zum Aufbau von zielgruppengerechter Ansprache und Organisation von Beteiligung geben. Es sollte darauf geachtet werden, dass eine langfristige Kontinuität der Finanzierung angestrebt wird (vgl. Roscher et. al. 2026: 74). Nicht nur für Beteiligungsprozesse an sich, auch für den (digitalen) Zugang zu Beteiligungsverfahren bedarf es eine stabile finanzielle Förderung und Sachmittel (vgl. IRIS e. V. 2023: 15). Dabei sind sowohl Personalkosten für zum Beispiel Jugendsozialarbeiter:innen zu berücksichtigen als auch ein Budget, das junge Menschen eigenverantwortlich verwenden können (vgl. Roscher et al. 2026: 91). Hierdurch können junge Menschen Selbstwirksamkeit und Verantwortung erleben, die wichtiger Bestandteil einer gelungenen Beteiligung sind.

Um gute Bedingungen für eine gelingende Beteiligung junger Menschen zu schaffen, gilt es einige Punkte zu beachten. Wichtig ist die Vereinbarkeit von Schule/Beruf und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Es darf keine Konkurrenz von wichtigen Lebensbereichen geben: Schule und Beteiligung dürfen sich nicht ausschließen, sondern müssen sich ergänzen. Tatsächlich ist aber gerade hier der Spielraum meist sehr eng. Der Aufbau einer partizipativen Bildungskultur sollte hier Maßstab zukünftiger Planung sein, um die Interessen und Rechte der Jugendlichen zu wahren (vgl. Roscher et al. 2026: 28). Eine Mitbestimmung schafft auch Identifikationspotential, welches insoweit erstrebenswert ist, als es neben der persönlichen Entwicklung des Einzelnen auch ein Gemeinschaftsgefühl fördert.

Außerdem bietet sich ein integriertes Format von Beteiligung und Standort Schule an, um Zeit und Weg zu sparen. Sollte eine lokale Zusammenlegung nicht umsetzbar sein, muss zumindest eine zuverlässige Infrastruktur gewährleistet werden, sowohl im Nahverkehr als auch im digitalen Bereich (vgl. IRIS e. V. 2023: 15). Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bündelung von Beteiligung: Eine Organisation und Strukturierung von Beteiligungsmöglichkeiten unterbinden Einzelkämpfe, welche zu Frustration und sogar Resignation führen können. Gelegenheiten, bei denen junge Menschen bereits zusammen sind, sollten daher genutzt werden, um hier ihre Meinung und Wünsche abzufragen und einen Austausch sowohl untereinander als auch mit Entscheidungsträger:innen zu befördern (vgl. Ebd.: 31).

Ein weiteres Kriterium ist die rechtliche Absicherung und regelmäßige Überprüfung von zum Beispiel Antrags- und Rederecht. Verbindlichkeiten müssen hergestellt und eingehalten werden (vgl. Ebd.: 13).

Junge Menschen haben durchaus konkrete Vorstellungen, wie die oben beschriebenen Sachverhalte eine Umsetzung finden können. Zum einen sollte es eine regelmäßige Evaluierung der Jugendclubs geben. Alle drei Jahre soll überprüft werden, welche Angebote gemacht werden und ob diese angenommen werden. Die Einhaltung und Umsetzung von Gesetzen über Rechte und Beteiligung von Jugendlichen, hier insbesondere das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz, muss aus Sicht der Jugendlichen kontrolliert werden. Ein Jugendbeteiligungsscheck bzw. ein Ampel- oder Notensystem nach anerkannten Qualitätskriterien von Beteiligung können diese Kontrolle unterstützen und Ergebnisse transparent machen. Bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Regelungen müssen Konsequenzen folgen.

Des Weiteren ist die Ausgestaltung eines Formats entscheidend für eine erfolgreiche Ansprache der Zielgruppe und Ausführung. Hinsichtlich der Ergebnisse ist es nicht ausreichend, nur Meinungen abzufragen. Diese müssen auch entsprechend ausgewertet werden und Maßnahmen zur Folge haben. Hier müssen Erwachsene ihre Netzwerke und in gewisser Hinsicht auch ihre Autorität dafür einsetzen, dass die Belange der Jugendlichen in weitere Bereiche getragen werden. Ihre Expertise im angebrachten Vorgehen kann ein Türöffner sein. Wichtig ist aber auch hier wieder, dass die Erwachsenen eine unterstützende und keinesfalls bevormundende Rolle einnehmen. Entscheidend ist auch, wie Beteiligungsformate gestaltet werden, um von jungen Menschen angenommen zu werden. Dabei spielen vor allem die Menschen eine Rolle, die das Angebot der Beteiligung machen. Häufig ist es die Vermittlung des Beteiligens durch Sympathieträger:innen, die für eine erfolgreiche Beteiligung den Grundstein legen. In der Umfrage des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV gaben immerhin 45 Prozent der Befragten an, dass sie nette und interessante Menschen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres gewohnten sozialen Umfelds treffen möchten, wenn sie sich für ein Projekt oder ein Anliegen engagieren (vgl. Ebd.: 12).

Darüber hinaus sollte der Bildungsauftrag von Schulen auch die Aufklärung über Beteiligungsmöglichkeiten beinhalten. Hierbei sollte es nicht nur um Wissensvermittlung, sondern zum Beispiel auch um das Ausprobieren von Diskussionsformaten gehen. Anwendung könnten die erworbenen Kenntnisse im regelmäßigen Austausch mit Entscheidungsträger:innen finden, welche von kommunalen Jugendforen angeboten werden, um über konkrete Sachverhalte zu beraten. Gleiches gilt vice versa. Hier könnten konkrete Probleme angesprochen und bestenfalls gemeinsam behoben werden. In diesen Begegnungsräumen mit Entscheidungsträger:innen, die auf Augenhöhe beruhen, müssen Fehler erlaubt sein. Beteiligung darf nicht als einmalige Gelegenheit, sondern muss als Prozess verstanden werden. Bei Entscheidungsträger:innen muss das Bewusstsein herrschen, dass junge Menschen die Betroffenen sind. Sie können ihr Anliegen am

ehesten vertreten. Hier gilt es, nicht nur Verständnis zu zeigen, sondern die Zielgruppe beim Wort zu nehmen und dementsprechend zu handeln. In Beteiligungsprozessen fordern junge Menschen auch Ergebnisse ein.

Um Erfahrungswerte auszutauschen, soll es eine übergeordnete Struktur zur Bündelung einzelner Gremien geben. Hier wurde zum Beispiel ein landesweites Jugendparlament gefordert (vgl. Ebd.: 26). Im Oktober 2025 hat sich ein „Dachverband der Kinder- und Jugendvertretungen M-V“ auf Initiative des Landesjugendringes gegründet. Daneben wünschen sich die Jugendlichen eine zentrale, landesweite Anlaufstelle, die Beratung und Expertise anbietet, um jungen Menschen zu helfen, sich einzubringen. Auch diese ist im Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz vorgesehen.

Außerdem sollen bestehende Strukturen und Abläufe von jungen Menschen verstanden werden. Langfristig soll es aber nicht um eine Anpassung junger Menschen an die bestehenden Strukturen gehen. Stattdessen müssen Strukturen flexibler gestaltet werden (vgl. Ebd.: 13). Sitzungen von Stadträten seien für junge Menschen oft langweilig und lebensfern. Hier muss darauf geachtet werden, dass dies nicht zu einer Überalterung der Strukturen führt. Bereits jetzt werden ehrenamtliche kommunale Gremien häufig als veraltet – nicht nur demografisch, sondern auch in ihrer administrativen Führung und inhaltlichen Ausgestaltung – angesehen. Häufig seien sie hierarchisch geprägt und es gebe kaum Vorstöße, auch digitale Möglichkeiten, etwa hybride Sitzungen, einzubeziehen (vgl. Ebd.: 13).

Auch die Anfangszeiten von Sitzungen werden häufig als unattraktiv für junge Menschen gesehen. Wenn Sitzungen erst abends anfangen, stellen An- und Abreise und Konzentration für junge Menschen Hürden dar. Allgemein soll auf verschiedene Bedarfe eingegangen werden: Beteiligung darf kein starres Konstrukt sein. Es muss nach Meinung der jungen Menschen aktive und passive Ansprachen geben, Mehrsprachigkeit und einfache Zugänge. Beteiligung soll inklusiv und nicht exklusiv konzipiert und umgesetzt werden. Die Bedürfnisse unterschiedlicher Altersgruppen müssten ebenso berücksichtigt werden wie der Wissensstand. Die Komplexität eines mitzuentscheidenden Sachverhaltes soll zielgruppengerecht aufgearbeitet und vermittelt werden.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse der Kinder und Jugendlichen wurden im Sekretariat zehn Forderungen zusammengefasst. Trotz einer Verkürzung der Inhalte wurde darauf geachtet, zentrale Anliegen der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Die verschiedenen Bereiche, in denen junge Menschen sich Beteiligung wünschen – Schule, Freizeit, Arbeit, Familie – haben Eingang, aber unterschiedliche Gewichtung in den Formulierungen der Forderungen gefunden. Wenn bestimmte Anliegen nicht explizit auftauchen, sind sie oft zumindest impliziert. Manche Punkte wurden auch konkretisiert, wie zum Beispiel in der achten Forderung, wenn es um die Bündelung verschiedener Beteiligungsgremien geht.

Insgesamt haben dann 170 junge Menschen über die Reihenfolge abgestimmt mit folgendem Ergebnis:

1. Überall, wo sich junge Menschen beteiligen wollen, soll dies auch möglich sein.
2. Politiker:innen und Verwaltung müssen Jugendliche ernster nehmen und bei der Beteiligung und Umsetzung von Projekten helfen.
3. Vereinbarungen, die aus Beteiligungen entstehen, müssen eingehalten werden und Politiker:innen müssen zu ihrem Wort stehen.
4. Ehrenamtliche Beteiligung sollte erleichtert und attraktiver werden.
5. Informationen zu Beteiligungsrechten und -möglichkeiten müssen in der Schule vermittelt werden.
6. Anträge für Fördermittel für Jugendprojekte müssen leicht verständlich sein.
7. Informationen, die zur konkreten Beteiligung gebraucht werden, müssen jugendgerecht und digital abrufbar sein.
8. In Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir ein landesweites Jugendparlament.
9. In jedem Ort soll kontrolliert werden, ob das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz eingehalten wird.
10. Wer ehrenamtlich aktiv ist, sollte ein Zertifikat oder weitere Anerkennung bekommen.

Die ersten drei Forderungen, die als am wichtigsten bewertet worden sind, legen den Fokus insbesondere auf die Sichtbarkeit und Umsetzung der während einer Beteiligung erarbeiteten Vorschläge. Dies zeigt noch einmal deutlich, dass junge Menschen ernst genommen werden möchten. Dennoch scheint eine Betonung dieser Forderung weiterhin erforderlich. Aus dem Vertiefungsthema der Erarbeitung einer Kinder- und Jugendstrategie ergab sich zudem noch folgende Forderung:

- Eine Mitbestimmung soll vorrangig im Bereich Bildung berücksichtigt werden.

Die besondere Gewichtung des Bedürfnisses im Bereich Bildung mitwirken zu können, zeigt sich auch im nächsten Themencluster.

5. Themencluster 2: „Formale und non-formale Bildung“

5.1. Bildung als Lebensmittelpunkt der Jugend (Schulentwicklung, Bildungschancen, Ausbildung, Studieren in M-V, Freizeit)

Der Themenkomplex der formalen und non-formalen Bildung umfasst eine Vielzahl an Einrichtungen. Neben Kitas, (Berufs-)Schulen, Ausbildungsstätten, und Hochschulen wurde auch der non-formalen Bereich mit kulturellen und Freizeit-Einrichtungen berücksichtigt. Dazu wurden Medien- und Interkulturelle Kompetenzen als einen Bestandteil der Bildung einbezogen.

Teilnehmende der Online-Umfrage haben in Bezug auf die Personalausstattung nicht an erster Stelle den Betreuungsschlüssel kritisiert, sondern vielmehr auf Mängel in der Ausbildung von Lehrkräften hingewiesen. Mehr als die Hälfte der Befragten sehen ein Defizit bei der Ausbildung von Lehrkräften. Insbesondere in den Fächern der Sprachen und Naturwissenschaften wünschen sich Schüler:innen eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte. Ursache in der ausgeprägten Meinung zu Nachholbedarfen in der Ausbildung kann die hohe Neueinstellung von Seiteneinsteigenden in den Schuldienst sein (28 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern).

Insgesamt ist festzuhalten, dass Mecklenburg-Vorpommern bereits viel in formale Bildung investiert⁶. Dass sich diese Investitionen lohnen, kann unter anderem an der Zufriedenheit der Schüler:innen gemessen werden. Die Trendstudie 2024 ergab, dass 44 Prozent der Befragten gern zur Schule gehen. Dieser Wert findet sich auch in der Umfrage des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV wieder: hier gaben 41 Prozent an, gern zur Schule zu gehen. Ein Drittel gab „teils/teils“ an und 25 Prozent gehen ungern zur Schule. Diese Werte decken sich mit dem bundesweiten Durchschnitt.

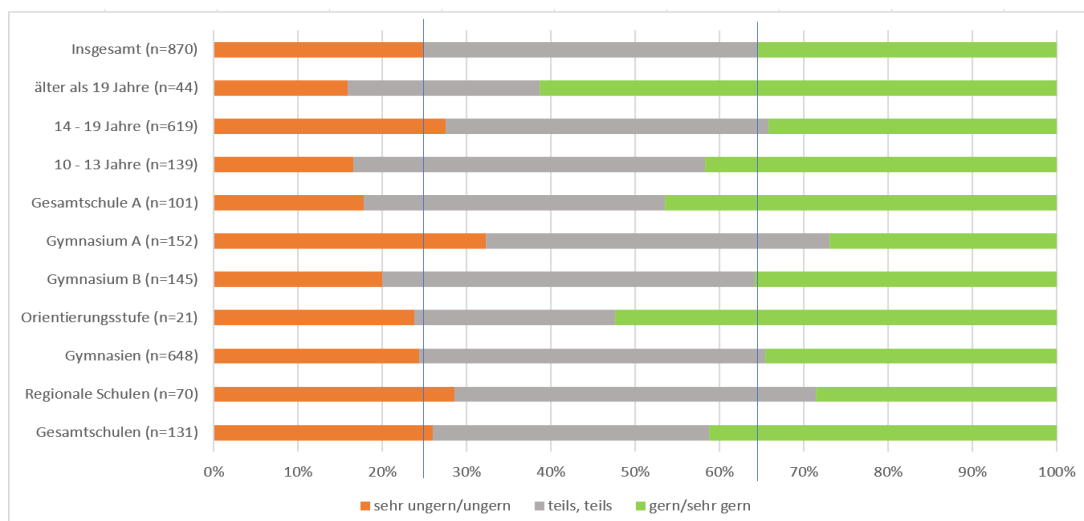


Abb. 11. Verteilung der Zustimmung „Gerne zur Schule zu gehen“

⁶ Eine genauere Auflistung der Investitionen ist dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen (KDRs. 8/52).

Wenn Kinder gern zur Schule gehen, wirkt sich dies auch positiv auf das Identifikationspotential mit derselben aus. Daraus wiederum resultiert eine größere Bereitschaft, sich einzubringen und Gestaltungsmöglichkeiten an der Schule nutzen zu wollen. Schule sollte dementsprechend nicht nur als Lernort verstanden werden. Deutlich wird dies auch daran, dass Schüler:innen weniger gern für die Schule lernen, als sie zur Schule gehen (vgl. IRIS e. V. 2023: 8).⁷ Es erscheint daher naheliegend, dass andere Aspekte zur positiven Wahrnehmung beitragen. Ein Faktor könnte sein, dass Schule als Begegnungsort mit Gleichaltrigen dient. Die soziale Komponente wäre somit wichtiger Bestandteil, den es bei der Betrachtung der Zufriedenheit mit der Schule zu berücksichtigen gilt. Gleichzeitig ist hier zu beachten, dass Schule nicht von allen als ein Ort des Miteinanders wahrgenommen wird. Viele äußerten den Wunsch nach einer gewaltfreien Schule und mehr Maßnahmen gegen Diskriminierung.

Bei der Gegenüberstellung der Schularten wird ersichtlich, dass Schüler:innen einer Gesamtschule eine höhere Freude empfinden als Schüler:innen einer Regionalschule. Weiterhin wird mit einer Schule, unabhängig ihrer Art, weniger Freude verbunden je älter die Schüler:innen werden. Mit zunehmendem Alter wird die Institution Schule kritischer wahrgenommen.

Um die Zufriedenheit mit der eigenen Schule zu erhöhen, geben 86 Prozent der Befragten an, sich mehr Mitbestimmung bei Unterrichtseinheiten zu wünschen. Dies deckt sich mit der ersichtlichen Relevanz aus dem vorherigen Themencluster. Machtverhältnisse auf der Entscheidungsebene für Lehrpläne sollten daher kritisch hinterfragt werden. Auf die Nachfrage nach Wünschen für den Unterricht wurden folgende Nennungen am häufigsten abgegeben:

- Mehr Abwechslung
- Mehr Ausflüge
- Thematische Alltagsnähe
- Geringerer Leistungsdruck.

Dies sind alles inhaltliche Wünsche bzw. ein Vorschlag für ein bestimmtes Format und erst auf dem fünften Platz folgte der Wunsch nach kürzeren Schultagen. Die thematische Alltagsnähe wird zum Beispiel von 90 Prozent der Befragten in dem Wunsch nach mehr Informationen zu Steuern, Verträgen, Rechnungen u. ä. konkretisiert. Zu einem besseren Umgang mit Stress und über Informationen zum Berufseinstieg möchten jeweils 68 Prozent mehr lernen. Dies sind beides Themengebiete, die Pflichtaufgaben der schulischen Bildung sind und daher ohnehin Bestandteil der Lehrpläne sein sollten. Gründe für eine Vernachlässigung dieser Bereiche können aus der Umfrage nicht abgeleitet werden.

⁷ Genauere Einblicke gibt die Auswertung der Befragung „Wie lernen Kinder und Jugendliche?“ des Instituts für Demoskopie Allensbach, 2020.

Im Vertiefungsthema zu Ganztagschulen wurde der Fokus der Umfrage in Anlehnung an die Wünsche der Schüler:innen nach mehr Abwechslung auf vorhandene Angebote und Verbesserungsvorschläge gelegt. Dabei konnte festgestellt werden, dass Kreativangebote wie auch Exkursionen und Fahrten positiv hervorgehoben wurden. Zentraler Bestandteil einer Ganztagschule ist zudem das Angebot eines Mittagessens. Verbesserungsvorschläge bezogen sich vorrangig auf die Einstellung von mehr Fachpersonal und dem Ausbau von Angeboten. Es wurde deutlich, dass sich für die Teilnehmenden die beiden Wünsche nach mehr Personal und einem abwechslungsreicheren Angebot gegenseitig bedingen: Um vielfältige Angebote ausbauen zu können, braucht es entsprechendes Personal (vgl. K Drs. 8/229: 8).

Weiteres wichtiges Anliegen ist der Abbau von Stress. Dieser Wunsch des geringeren Leistungsdrucks korrespondiert mit den Ergebnissen der Trendstudie 2024. Hier gaben 54 Prozent der Befragten an, dass die Anforderungen in der Schule zu Leistungsdruck führen. Daran anknüpfend wurde in der Studie „Wie lernen Kinder und Jugendliche?“ (2020) erfasst, welche negativen Assoziationen damit einhergehen. Hier gaben die Befragten Anstrengung, Zeitaufwand, Zwang, Druck und Frust an (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2020: 5). Um diesen Empfindungen entgegenzuwirken wurden die Teilnehmenden nach Vorschlägen gefragt. Hierbei wurden von jeweils 63 Prozent und 61 Prozent die Optionen „Unterricht bis maximal 14 Uhr“ und „keine Hausaufgaben“ gewählt. Beide Wünsche sind Ausdruck einer besseren Regulierung des Aufwands, der für die Schule betrieben wird. Parallel gibt es den Wunsch nach einer Bewertung, die entlastend und fair ist. Der schon angesprochene Leistungsdruck soll ebenso abgebaut und Bewertungen gerechter gestaltet werden. Ziel ist es, den Fokus stärker auf den individuellen Lernerfolg und die persönliche Entwicklung zu legen. In Fächern wie Sport und Musik soll die Benotung insgesamt überdacht werden.

Grundsätzlich regten die Teilnehmenden des Beteiligungsprozesses an, umfassende und innovative Reformen des Bildungssystems anzugehen. Dazu gehört für sie die Kürzung und Modernisierung der Lehrpläne sowie die Integration von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz in diesen.

Das Vertiefungsthema Nutzungsverhalten und Kenntnisse junger Menschen zu Künstlicher Intelligenz (KI) hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 92,4 Prozent KI für Recherchen und als Lernunterstützung nutzen. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Vodafone-Stiftung, in der auch darauf hingewiesen wird, dass Schüler:innen KI insbesondere als Unterstützung in naturwissenschaftlichen Fächern und Sprachen anwenden (vgl. Vodafone Stiftung 2024: 14). Daneben ist KI auch als Tool für Bild- und Textbearbeitung bekannt und dabei unter anderem für Fehlinformationen verantwortlich. Viele sind sich darüber hinaus bewusst, dass KI auch für Manipulationen und Straftaten genutzt werden kann. Als Konsequenz ergibt sich daraus aber keine mehrheitliche Ablehnung der Befragten gegenüber Künstlicher Intelligenz. Vielmehr wird eine reflektierte Haltung eingenommen, welche die Nützlichkeit und Gefahren wie Abhängigkeiten, Datenschutz und

Ressourcenverbrauch abwägt. Dies scheint auch allgemein die Sichtweise auf KI bei jungen Menschen darzustellen. Zu gleichen Anteilen befürworteten junge Menschen bei der Befragung der Vodafone-Stiftung, dass sie sowohl eine sinnvolle Nutzung als auch gleichzeitig die mit KI verbundenen Gefahren und den Umgang mit ihnen besser verstehen möchten (vgl. Vodafone Stiftung 2024: 18). Auf die Frage, wie gut sich die Teilnehmenden vorbereitet fühlen, mit KI umzugehen, wurde dies von einer Mehrheit positiv eingeschätzt. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass sich 32,1 Prozent der männlichen Teilnehmenden sehr gut auf den Umgang mit KI vorbereitet fühlen, aber dagegen nur 9,2 Prozent der weiblichen Teilnehmenden (vgl. KDrs. 8/229: 5). Dies deckt sich mit den Ergebnissen der JIM-Studie 2025, in der konstatiert wird, dass Mädchen sich KI gegenüber skeptischer zeigen als Jungen (vgl. Feierabend et al. 2025: 64). KI ist dennoch bei allen ein integrierter und unerlässlicher Bestandteil des Alltags.

Dementsprechend wurde bereits in der Umfrage zu formaler Bildung auf die Wünsche junger Menschen zu digitalem Lernen eingegangen. Hier wird deutlich, dass sich die Teilnehmenden mit hoher Zustimmung für ein stabiles und zugängliches WLAN an der Schule aussprechen. Ebenso besteht der Wunsch nach mobilen Endgeräten. Die Bereitstellung von Geräten kann eine Hürde zu mehr Bildungsgerechtigkeit abbauen. Der kostenfreie Zugang zu Internet und Geräten trägt zum Ausgleich von Benachteiligungen bei.

Als ein Zusammendenken von formaler und non-formaler Bildung kann der Wunsch von 64 Prozent der Befragten nach einer Nutzung der Schulräume außerhalb des Unterrichts verstanden werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Freizeitangeboten kann durch die Bereitstellung von Räumen gefördert werden. Idealerweise sollten Freizeitangebote auch am Schulstandort zu finden sein, damit sie in den Schulalltag integriert werden oder sich direkt daran anschließen können. Verständlicherweise bietet sich die Nutzung der Räume in der Schule nicht für alle Freizeitaktivitäten an. Unter anderem Sportangebote sind meist außerhalb des Schulstandortes verortet, obgleich sich eine Vielzahl der Befragten über die Nutzung der Sporthalle ihrer Schule freuen würden (vgl. KDrs. 8/117: 9). Das außerschulische Bildungsangebot der Sportvereine kennen immerhin 84 Prozent (n=86) der Befragten.⁸ Darauf folgen Jugendgruppen der Freiwilligen Feuerwehr bzw. des Technischen Hilfswerks mit 69 Prozent (n=70). In der Nutzung der Angebote zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die Kategorie der Schulart/Hochschule lässt geringfügig erkennen, dass Schüler:innen der Realschule sowie Studierende häufiger als Schüler:innen eines Gymnasiums Sportvereine nutzen. Auch Jugendtreffs werden häufiger von Realschüler:innen als von Gymnasiast:innen genutzt (vgl. Ebd.: 7).

Die Zufriedenheit mit den Angeboten der non-formalen Bildung fällt unter den Befragten eher gering aus. Es wird sich über fehlende Informationen zu den

⁸ Es ist zu beachten, dass die Umfrage zu non-formaler Bildung eine andere ist, als die zu formaler Bildung. Unter anderem unterscheiden sich die Umfragen auch in der Anzahl der Teilnehmenden. Für die vollständige Auswertung der Umfrage zu non-formaler Bildung siehe KDrs. 8/117.

möglichen Angeboten und mangelnde Zeit, diese Angebote dann wahrnehmen zu können, beschwert (vgl. Protokoll 26. Sitzung: 9). Durch den Stunden- und Lernumfang des Schulunterrichts sind die Kapazitäten für die Freizeitgestaltung eingeschränkt. Hinzu kommt die teilweise schwere Anbindung und lange Fahrtzeiten im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern. Auch damit einhergehende Kosten sind ein Faktor, der eine Beteiligung bei Freizeitangeboten erschwert. Im Rahmen des Praxisberichts wurde von einer „Doppelbelastung“ gesprochen, die sich aus der aufzubringenden Zeit für die Schule und dem Wunsch, Freizeitaktivitäten nachzukommen, ergebe. Wenn über 60 Prozent der Befragten einen Schulalltag wie eine Arbeitswoche von 31-40 Wochenstunden haben, muss entschieden werden, wofür die geringe Freizeit, die übrig bleibt, aufgewendet wird. Insofern ist hier eine „Doppelbelastung“ zwischen dem Zeitaufwand für den Schulalltag (formale Bildung) auf der einen und der wenigen Freizeit, die Engagement und persönliche Entfaltung in Vereinen oder anderen non-formalen Institutionen ermöglichen könnte, auf der anderen Seite festzustellen.

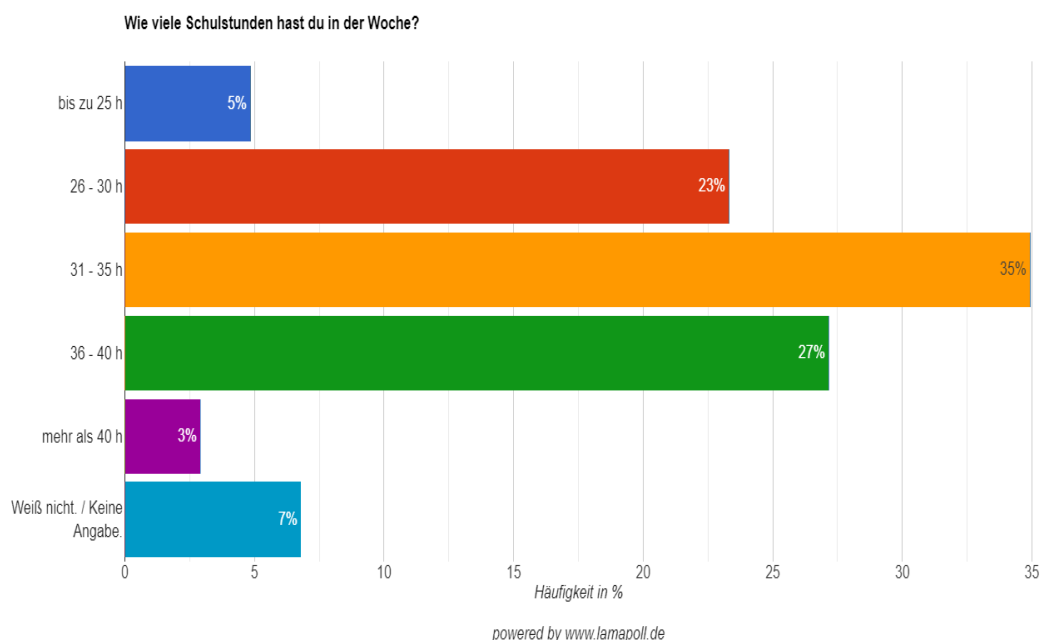


Abb. 12: Häufigkeitsverteilung des wöchentlichen Umfangs der Schulstunden

Während im ländlichen Raum insbesondere die Anbindung an Sporteinrichtungen wie Schwimmhallen und Fitnessstudios gewünscht ist, betonen junge Stadtbewohner:innen ihr Interesse an mehr Outdoor-Möglichkeiten.

Die außerschulische Bildung, zum Beispiel im Rahmen von Kirchengemeinden oder Verbänden, ist hierneben auch ein Thema. Hier nutzen junge Menschen Qualifikationsangebote, um zum Beispiel als Trainer:in oder Gruppenleiter:in tätig werden zu können. Bereits vorhandenes Interesse und die Motivation zeigen sich dabei als Vorteile für das weitere Engagement (vgl. KDrs. 8/117: 9). Denn der Fokus liege auf dem Gemeinschaftserleben, das Lernen passiere nebenbei, beschreiben junge Menschen im Rahmen eines Praxisberichts (vgl. Protokoll 24. Sitzung: 20).

Politische Betätigung unterliegt dabei einem Wandel hin zu persönlichen Anliegen und der Beteiligung in Projektformen.

Das Lernfeld Nachhaltigkeit hat im Problembewusstsein junger Menschen an Bedeutung gewonnen. Wenn auch die Veränderungen im eigenen Leben zugunsten von mehr Nachhaltigkeit eher kritisch gesehen werden, wünschen sich Jugendliche mehr Nachhaltigkeitsbezüge in der (auch non-formalen) Bildung. Trotz des Bewusstseins über die Dringlichkeit solcher Themen wie Klimakrise und Ausgrenzung bzw. Diskriminierung steht dem eine geringe Wirksamkeitsüberzeugung gegenüber (vgl. Protokoll 19. Sitzung: 9). Die Teilnehmenden der Befragung möchten mehr Wissen zu den Themenbereichen vermittelt und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt bekommen. Gleichzeitig ist aber erkennbar, dass eigene Handlungsmöglichkeiten dann an ihre Grenzen stoßen, wenn der eigene Lebensstandard zu sehr in Bedrängnis gerät. Auch stellt sich die Frage nach dem individuellen Handlungsspielraum bei einer komplexen und gesamtgesellschaftlichen Krise. Somit ist es auch kaum überraschend, dass „dauerhaftes politisches oder soziales Engagement als Reaktion auf eine Krise“ die Ausnahme bleibt (vgl. SINUS 2024: 168).

In Bezug auf die Erfahrung von Diskriminierung und Ausgrenzung wünschen sich junge Menschen Begegnungsräume, um Vorurteile abzubauen und Zugangshürden zu solchen Räumen abzubauen. Dies beinhaltet einen barrierefreien Zugang genauso wie Unterstützung von Schulen und außerschulischen Institutionen in Form von ansprechbaren Vertrauenspersonen und Mediator:innen, wenn es zu Diskriminierung und Anfeindungen kommt (vgl. Protokoll 24. Sitzung: 15).

Über die Angebote in organisierten Strukturen hinaus bilden die Freizeitbeschäftigungen „Treffen mit Freund:innen“, „Musik hören“, die „Nutzung von Social Media“, „Fernsehen schauen“ und „chillen“ wichtige Bestandteile im Leben junger Menschen. Aber auch Gesundheitsthemen und andere schulrelevante Bereiche werden als Lerninhalte immer wieder genannt. Genauso spielt aber auch die persönliche Entwicklung eine große Rolle. Nicht nur ältere Schüler:innen wünschen sich hier einen Fokus. Die Umfrage unter Kita-, Hort-, und Grundschulkindern hat ebenfalls ergeben, dass sie sich das Erlernen von Sprachen, musikalisches Wissen, Zeichnen, Kochen, Fahrradfahren und Schwimmen wünschen.

Digitale Medien weisen unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten auf. Junge Menschen gebrauchen sie selbstverständlich für das Lernen außerschulischer wie schulischer Inhalte ebenso wie diese zum Freizeitvergnügen genutzt werden. Während im Freizeitbereich PC- und Online-Spiele sowie Social-Media-Angebote für die Kommunikation mit Freund:innen genutzt wird, dienen Medien auch zum Lernen. Diese Tendenz bildete sich bereits in der Umfrage zur formalen Bildung ab. Für die Lernkontexte praxisnaher Kenntnisse wünschen sie sich Kooperationen von Schulen mit Vereinen und anderen Institutionen außerschulischer Bildung. Hier werden Schulsozialarbeiter:innen, Gruppenleiter:innen, aber auch Familie und Freund:innen als Vermittler:innen von Werten wie zum Beispiel Geduld,

Wertschätzung, Selbständigkeit, Regeleinhaltung und Konfliktlösung genannt. Wichtig ist hier, dass vor allem die Auseinandersetzung mit diesen Werten oder eine fundierte Meinungsbildung eine Rolle spielen. Erzieher:innen und Lehrkräfte werden dagegen mit der formalen Bildung und der Wissensvermittlung assoziiert. Von Erwachsenen erhofft man sich Lernpatenschaften, bei denen man neue Fähigkeiten lernt, aber auch Persönlichkeitsentwicklungen vollziehen kann. Dies unterstreicht die Bedeutung der Vorbildfunktion und des intergenerationellen Lernens. Charakteristisch ist, dass Regionalschüler:innen eher regelmäßig mit Freund:innen lernen, wohingegen Gymnasiast:innen überwiegend auf Familienangehörige zugehen. Dabei werden junge Menschen bei der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Informationen meist von den Eltern unterstützt (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2020: 44 f.).

Insgesamt wünschen sich junge Menschen mehr Zeit für Freizeitbeschäftigungen, um eigenen Hobbies und Interessen nachzugehen, aber auch um sich erholen zu können. Hierbei spielt auch die physische und psychische Gesundheit eine Rolle. Stress und Leistungsdruck tragen dazu bei, dass ein notwendiger Ausgleich schwieriger umsetzbar ist. Vorschläge wie ein späterer Schulbeginn, weniger Hausaufgaben oder bessere Mobilitätsangebote könnten dem entgegenwirken. Wichtig ist jungen Menschen auch, dass Freizeitangebote zur sozialen Integration beitragen. Defizite der sozialen und kulturellen Teilhabe können durch non-formale Bildungsangebote, aber auch durch die Vernetzung mit dem formalen Bildungsbereich ausgeglichen werden. Das beinhaltet auch den integrativen Zugang und passende, für alle nutzbare Angebote, wiewohl ein Großteil die Freizeit auch gern zu Hause verbringt. Grundsätzlich wünschen sich junge Menschen zudem eine Würdigung des ehrenamtlichen Engagements.

5.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

Basierend auf den Aussagen der Umfrage wurden Forderungen im Bereich der formalen und non-formalen Bildung formuliert, die geeignet sind, die Zufriedenheit zu steigern, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu fördern und jungen Menschen das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Hinsichtlich der formalen Bildung ist deutlich geworden, dass Schulfreude als Voraussetzung von Bildungsprozessen als erstrebenswerter Maßstab gelten sollte: wenn Wissen erfolgreich vermittelt werden soll, müssen Schüler:innen Bildungseinrichtungen als einen freundlichen, akzeptierenden und hilfsbereiten Raum wahrnehmen.

Der Wunsch nach mehr Alltagsnähe beinhaltet die Wissensvermittlung zu Steuern, Verträgen, Rechnungen, aber auch Umgang mit Stress und Berufseinstieg. Interessanterweise sind dies Inhalte, die zur Pflichtaufgabe schulischer Bildung gehören, da sie „essenziell für die Bewältigung schulischer Leistungsanforderungen“ (IRIS e. V. 2024: 13) sind.

Aus den oben genannten Wünschen zur Schulbildung folgt, dass Schüler:innen durchaus ein Interesse an Lerninhalten und Erfahrungsbildung haben – nur eben in einem anderen Format als Frontalunterricht. Durch das Internet ist eine ständige Informationsquelle vorhanden. Der Anspruch der Bildungsangebote sollte daher

weniger auf Wissens- und Informationsvermittlung liegen, sondern vielmehr auf kreativem Denken, Partizipation und Einordnung dieser Informationen. (vgl. Protokoll 24. Sitzung: 12).

Es kann davon ausgegangen werden, dass die inhaltlichen Wünsche für den Unterricht in unmittelbarem Zusammenhang mit Wunsch nach kürzeren Schultagen stehen. Wenn die Schule kein Ort der positiven Lernerfahrungen ist, ist nachvollziehbar, dass die dort verbrachte Zeit gern kürzer ausfallen kann. Auch geht damit die Hoffnung einher, dass Stress und Leistungsdruck reduziert werden können. Wie oben dargestellt, ist Stress einer der Hauptfaktoren, die die psychische Gesundheit von jungen Menschen belasten. Auch Leistungsdruck ist zumeist mit negativen Emotionen und Erfahrungen wie Frust, Überforderung und Versagensangst verbunden, die wiederum negative Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit haben. Leistungsdruck abzubauen, sei somit nicht nur wünschenswert, sondern erforderlich.

Neben der Mitgestaltung an Unterrichtsinhalten wünschen sich Schüler:innen auch die Modernisierung und freie Nutzung von Räumen in der Schule. Nicht nur für eine individuelle Nutzung, sondern um nach Möglichkeit Freizeitangebote mit dem Standort Schule zu verbinden. So können Zeit und Wege gespart werden, die gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern relevante Faktoren darstellen. Voraussetzung für die Wahrnehmung von informellen Bildungsangeboten sind somit die dafür notwendige, frei zur Verfügung stehende Zeit, eine gute Anbindung, die Förderung des Miteinanders und das Entgegenbringen von Wertschätzung.

Nach dem Ranking durch 296 Personen ergab sich folgende Reihenfolge der wichtigsten Forderungen aus diesem Themencluster:

1. Hausaufgaben sollen in der Schulzeit mit erledigt werden können. Schulschluss bedeutet Freizeit.
2. Schulen müssen gegen Gewalt und Mobbing konsequent vorgehen.
3. Schule soll mehr Alltagswissen und berufliche Orientierung vermitteln und dafür vielfältige Unterrichtsmethoden anwenden.
4. Schule soll fair und nach Potential bewerten. Musik, Kunst und Sport sollen nicht mehr bewertet werden.
5. Digitalisierung soll in der Schule eine Selbstverständlichkeit sein. Dafür müssen Schulen gut ausgestattet und die Lehrkräfte geschult werden.
6. Schule soll mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Beteiligung bieten.

7. Die Renovierung und Instandhaltung von Bildungsorten muss mehr gefördert werden.
8. Schule und Freizeitaktivitäten sollen besser vereinbar sein.
9. Durch kostengünstige oder sogar kostenlose Angebote soll der Zugang für Freizeitangebote für alle möglich werden.
10. Es muss mehr Freizeitangebote geben und die, die es gibt, müssen besser bekannt gemacht werden.

Es ist ersichtlich, dass sich die obersten Forderungen alle im Rahmen der formellen Bildung bzw. im Kontext Schule bewegen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Schule von den Teilnehmenden des Beteiligungsprozesses nicht als Ort der reinen Informationsvermittlung verstanden wird. Vielmehr zielen die priorisierten Forderungen darauf ab, Schule als einen Ort zu gestalten, der es vermag, verschiedene Lebensbereiche und Kompetenzen miteinander zu verzahnen. Dazu gehört auch eine angeleitete Schulung im Bereich Medienkompetenz. Aus der Umfrage zu dem Vertiefungsthema ist die Forderung nach einem umfänglichen Umgang mit Künstlicher Intelligenz ersichtlich geworden:

- KI soll als Hilfsinstrument in Bildungseinrichtungen eingebunden werden; dabei müssen aber auch die Risiken berücksichtigt und Kompetenzen dafür hergestellt werden.

Schule soll dementsprechend vielseitige Gebiete abdecken: die Medienkompetenz fördern, praktisches Alltagswissen inkludieren und auch soziale Kompetenzen und das Miteinander stärken. Dies kann durch ein abwechslungsreiches Angebot in Ganztagschulen abgedeckt werden. Daher lässt sich die folgende Forderung aus diesem Vertiefungsthema ableiten:

- Um vielfältige Angebote auszubauen und zu verbessern, müssen multiprofessionelle Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Parallel darf Schule nicht einen übergroßen Teil der Zeit von Kindern und Jugendlichen vereinnahmen. Hier müssen Mechanismen geschaffen werden, die eine Entlastung der Schüler:innen gewährleisten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, damit die Aktivität und das Engagement junger Menschen Bestandteil ihres Alltags sind. Dies sei insofern wünschenswert, als durch die informelle Bildung eine wichtige Ergänzung zur formalen Bildung geschaffen wird, die zusammen eine vielfältige, inklusive, flexible, lebensweltorientierte und individuelle Bildungslandschaft bilden. Für die Entwicklung von jungen Menschen hin zu mündigen, souveränen und gemeinschaftsorientierten Individuen ist dies unerlässlich.

6. Themencluster 3: „Gesundes und sicheres Aufwachsen“

6.1. Erfahrungen mit Sucht, Diskriminierung und schwierigen Lebenslagen

Im Bereich Gesundheit wurden in der Online-Umfrage die Themen gesunde Lebensweise, psychosoziale Belastung und Zukunftsängste sowie Wissen und Bedarfe zur Prävention vor Sucht und Drogen abgedeckt. Der Themenbereich sicheres Aufwachsen fokussierte sich auf das subjektive Sicherheitsempfinden, reale und latente Unterstützungsangebote sowie Diskriminierungs- und Benachteiligungserfahrungen. Latente Unterstützungsangebote bedeuten hier genutzte bzw. als nutzbar angesehene Angebote. Der dritte Bereich zum Thema Mediennutzung und Medienkompetenz beleuchtete die Internetnutzung sowie die Medienkompetenz und deren Erwerb.

Ein Indikator für eine gesunde Lebensweise kann die sportliche Betätigung sein. Bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen ist Sport nicht nur als Unterrichtseinheit relevant. Ein Großteil betätigt sich auch außerhalb der Schule sportlich. Nur 8 Prozent geben an, gar nicht oder fast nie Sport zu betreiben. Etwa ein Drittel gibt an, bis zu drei Stunden Sport pro Woche zu machen. 41 Prozent geben an, Sport im größeren Umfang zu betreiben (mehr als drei bzw. sechs Stunden pro Woche). Einflussfaktor des Umfangs kann die (nicht) vorhandene Infrastruktur für sportliche Betätigung sein. Dementsprechend wurden die Teilnehmenden danach gefragt, wie zufrieden sie mit den Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in ihrer Umgebung sind. Die Hälfte gab dabei an, zufrieden zu sein. 28 Prozent positionieren sich eindeutig unzufrieden. Auch andere Studien kommen zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte junger Menschen die Angebote in ihrer Wohnumgebung als eher schlecht oder sogar sehr schlecht einschätzt. Im Ländervergleich gehört dieser Wert mit zu den niedrigsten (vgl. Stegemann 2025: 5). Es konnte im Beteiligungsprozess ebenfalls festgestellt werden, dass die vorhandene Infrastruktur mehrheitlich von Jungen/Männern als positiv bewertet wird. Bei Mädchen/Frauen ist die Zufriedenheit wesentlich geringer. Noch schlechter ist sie bei nicht-binären Personen.

Neben der Infrastruktur spielen auch finanzielle und soziale Komponenten eine Rolle. 35 Prozent der Befragten gaben an, dass ein kostenloses Angebot von Sportkursen ihre Bereitschaft der Teilnahme erhöhen würde. Die Barriere der Finanzierung ist damit einschneidend für die Teilhabe junger Menschen an sportlichen Angeboten. Der soziale Aspekt wird daran deutlich, dass 27 Prozent der Jugendlichen einem Sport außerhalb der Schule nachgehen wollten, wenn sie dies mit ihren Freund:innen tun könnten. Anknüpfend an die Ergebnisse des vorherigen Themenclusters ist auch der zeitliche Aspekt ein tragender Faktor dafür, dass Jugendliche außerhalb der Schule nicht so viel Sport machen, wie sie eigentlich wollen. Der Schulalltag ist so intensiv, dass kaum Zeit für außerschulische Aktivitäten bleibt, so zum Beispiel auch für Sport.

Es ist also festzuhalten, dass Sport als gesunde Betätigung mehr wahrgenommen und ausgeübt würde, wenn Zeit, Infrastruktur und Finanzierung stärker berücksichtigt werden könnten und Unterstützungsangebote vorhanden wären. Auch der Praxisbericht hat in dieser Hinsicht unterstrichen, dass junge Menschen vielfach auf private Unterstützungsnetzwerke zurückgreifen müssen, um ihren Hobbies im Sportbereich überhaupt nachkommen zu können (vgl. Protokoll 36. Sitzung: 11).

Hinsichtlich der Ernährung lässt sich aus der Umfrage ableiten, dass die Befragten weder eine sehr gesunde noch ungesunde Ernährungsweise an den Tag legen. Ihr Wissen zu gesunder Ernährung bezieht eine Mehrheit der Befragten aus dem familiären Kontext und den sozialen Netzwerken. Als Unterstützung für eine gesunde Ernährung wurde von mehr als 30 Prozent der Teilnehmenden angegeben, gemeinsam mit Familie oder Freund:innen zu kochen, Tipps für gesundes Essen mit geringem Budget, gesundes und günstiges Kantinenessen sowie Angebote, Kochen zu lernen, zu benötigen.

Großer Einflussfaktor auf das Wohlbefinden ist die Wahrnehmung von Stress. Auf die Frage, was sie belastet, führten fast 60 Prozent den Leistungsdruck in der Schule an. Dieser ist bereits im vorherigen Themencluster als großer Einflussfaktor auf die psychische Gesundheit junger Menschen identifiziert worden. Mit deutlichem Abstand folgen darauf, aber mit immerhin auch noch 35 Prozent, ein möglicher Krieg in Deutschland, mit 28 Prozent allgemeine Zukunftsängste und mit 22 Prozent politische Radikalisierung. Darüber hinaus nehmen junge Menschen sowohl Bezug auf persönliche als auch allgemeine Veränderungen. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen, wie beispielsweise die Wahrnehmung einer zunehmenden Gewaltbereitschaft, tragen zum psychosozialen Stress junger Menschen bei.

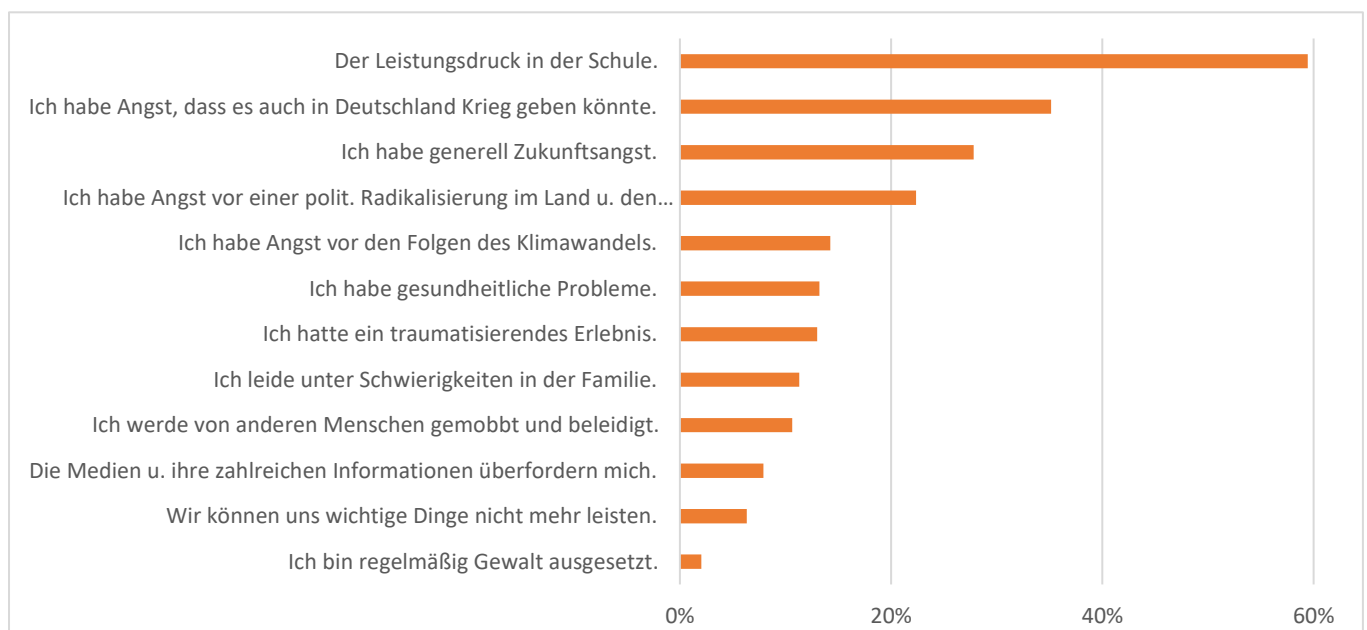


Abb. 13: Häufigkeiten für die drei stärksten Belastungen in Prozent

Auch im universitären Kontext wird der Leistungsdruck als belastend wahrgenommen. Gründe für den möglichen Stress sind vielfältig und resultieren in weiteren Belastungen. Ein Grund ist die Überforderung, die sich aus dem Gefühl speist, Karriere machen zu müssen, um finanziell unabhängig sein zu können.

Ein weiterer Aspekt sind Erfahrungen eines ungerechten Umgangs mit der eigenen Person durch andere. Diskriminierung oder unfaire Behandlung aufgrund einer Geschlechtsidentität, die nicht den traditionellen Vorstellungen entspricht, werden vor allem im schulischen Umfeld als besonders belastend wahrgenommen. Rund 25 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen äußern, dass sie keine Gründe für eine Diskriminierung wahrnehmen und somit nicht von Benachteiligung betroffen seien. Die weiteren Antwortmöglichkeiten⁹ verdeutlichten jedoch, dass es eine Reihe struktureller Herausforderungen bis hin zu Formen der Missachtung und Ausgrenzung innerhalb dynamischer Prozesse ihrer Peer-Kultur gibt. Die Ergebnisse der Befragung verdeutlichen zudem, dass Diskriminierung häufig nicht auf eine einzelne Kategorie beschränkt ist, sondern intersektional erfolgen kann. Diese Dynamik zeigt sich auch in den Antworten der Teilnehmenden: 13 Prozent von ihnen wählten fünf bis neun inhaltliche Antwortoptionen aus.

Weiterhin ist zu beachten, dass finanzielle und soziale Belastungen oft Hand in Hand gehen. Eine finanzielle Prekarität kann sich unmittelbar auf die soziale Teilhabe auswirken und so zu Ausschluss oder gar Isolation führen. Bisher gibt es keine Landesförderung kommunaler Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut (vgl. Stegemann 2025: 6). In diesem Zusammenhang sollte auch beachtet werden, dass Kinder mehr von sozialer Segregation betroffen sind als die Gesamtbevölkerung (vgl. Helbig 2023: 34). Das bedeutet, dass arme und reiche Kinder und Jugendliche innerhalb einer Stadt deutlich voneinander getrennt leben. In Ostdeutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern ist diese Trennung besonders markant (vgl. NDR 2024a). Wer einmal in prekäre Lebensverhältnisse kommt, ist somit dafür prädestiniert, langfristig in diesen zu verbleiben. Dies widerspricht dem Anspruch auf Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit.

Neben physischen, sozialen und finanziellen Aspekten bedarf es auch der Berücksichtigung psychischer Belastungen im Hinblick auf die Gesundheit junger Menschen. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es kaum ausreichend Therapieplätze. Auch im Kinderrechte-Index 2025 wird festgehalten, dass die Angebote zur Unterstützung bei psychischen Problemen im Ländervergleich mit am niedrigsten von den Betroffenen eingeschätzt werden (vgl. Stegemann 2025: 5). Nicht zuletzt durch eine Umfrage der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) im Jahr 2022 ist deutlich geworden, dass der Bedarf an Therapieplätzen insbesondere unter Kindern und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie deutlich gestiegen ist. Von den Befragten Therapeut:innen haben ca. 63 Prozent angegeben, dass die Anfrage nach Therapieplätzen deutlich gestiegen sei. Dabei ist der Bedarf

⁹ Als Auswahloptionen gab es noch mangelnde finanzielle Ressourcen, um an Freizeitangeboten teilnehmen zu können, Ausgrenzung aufgrund von Behinderung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, eines geringeren Schulabschlusses oder aufgrund der Religion oder eines Migrationshintergrundes (vgl. IRIS e. V. 2025: 21f.).

an Therapieplätzen vor allem bei Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren um mehr als 80 Prozent und bei den 10- bis 13-Jährigen um ca. 30 Prozent angewachsen: „Als Gründe für den höheren Therapiebedarf seien am häufigsten die Diagnosen Schulabsentismus, Schul- und Leistungsängste, Angst und Zwangsstörungen, stark erhöhter Internetkonsum Belastungs- und Anpassungsstörungen oder Essstörungen genannt worden. Zudem dauerten die Therapien seit der Corona-Pandemie länger und die Patientinnen und Patienten erholten sich langsamer.“ (Deutscher Bundestag 2022: 17f.)

In der Retrospektive haben in der Umfrage zum Vertiefungsthema „Bekämpfung und Auswirkungen der Corona-Pandemie“ von insgesamt 140 Rückmeldungen zu den Corona-Maßnahmen eine Mehrheit von 57 eine als negativ codierte Antwort gegeben. 24 Rückmeldungen waren positiv und 47 neutral. Das heißt, die Maßnahmen wurden eher als ausgewogen und angemessen wahrgenommen, auch wenn es durchaus Probleme gab. Bei den negativen Wahrnehmungen fällt insbesondere auf, dass die emotionale und psychische Belastung des Alleinseins dominiert. Die Zeit wird von Teilnehmenden als „dramatisch“, „einsam“ und bedrückend“ beschrieben. Daneben wurde auch die mangelhafte Umsetzung des Homeschoolings kritisiert und die daraus resultierenden Lernschwierigkeiten, die sich teilweise auch heute noch zeigen. Wenn die Maßnahmen als angemessen oder hilfreich wahrgenommen wurden, konnte die Isolation besser akzeptiert werden. Zudem zeigt sich bei den positiven Rückmeldungen, dass ein Alleinsein dort nicht als Defizit wahrgenommen wurde. Bei der anschließenden Frage nach weiter bestehenden Auswirkungen decken sich die Aussagen mit den Ergebnissen der Shell Jugendstudie 2024. 17 Prozent der Teilnehmenden der Jugendstudie gaben an, dass sie heute noch viel mehr Zeit online verbringen (vgl. Schnetzer et al. 2024: 47). In der vorliegenden Umfrage sind es gar 62,8 Prozent, die ihren Medienkonsum seit der Pandemie als deutlich verändert einschätzen. Auf die Nachfrage, ob Bildungslücken zu beklagen seien, gab es von 207 Rückmeldungen 83 bestätigende Aussagen. Familiäre Konflikte und gesundheitliche Folgen sind hingegen kaum zu beklagen. Hier ist davon auszugehen, dass die Teilnehmenden sich auf physische Folgen bezogen haben, da in der folgenden Frage von vielen angegeben wurde, dass sie sich einen größeren Fokus auf die psychische Gesundheit wünschen.

Zu dem Themenkomplex Sucht und Drogen geben junge Menschen an, dass Tabakwaren die am häufigsten konsumierte Droge sind. Dies ist bei allen Altersklassen der Befragten der Fall. In der Regel nimmt die Wahrnehmung von Suchtverhalten mit zunehmendem Alter zu. Ob dies jedoch bedeutet, dass junge Menschen mit zunehmendem Alter vermehrt mit Suchtverhalten konfrontiert werden, bleibt unklar. Im Zuge des offenen Beteiligungsprozesses brachten die Jugendlichen ihre große Sorge über den Umgang mit Rauschmitteln, Alkohol und Zigaretten in ihrem sozialen Umfeld deutlich zum Ausdruck. Besonders problematisch schien ihnen der weit verbreitete Konsum von Tabak und Alkohol.

Weiterer Indikator für ein gesundes und sicheres Aufwachsen ist das subjektive Sicherheitsempfinden. Hier konnte festgestellt werden, dass Jungen und Männer sich sicherer als Mädchen und Frauen fühlen. Bei Jungen und Männern wird ein Durchschnittswert von 7,2 bei Mädchen und Frauen ein Durchschnittswert von 6,2 von maximal zehn (sehr sicher) erreicht. Nicht-binäre Personen fühlen sich mit einem Wert von 4,4 am unsichersten (vgl. IRIS e. V. 2025: 18). Diese Einschätzungen decken sich mit den Ergebnissen einer anderen Studie, in der eine Mehrheit der Befragten Kinder und Jugendlichen ebenfalls angab, sich sicher im öffentlichen Raum zu fühlen (44 Prozent eher sicher, 13 Prozent sehr sicher) (vgl. Steenkamp/Schappacher 2025: online). Gleichzeitig haben 64 Prozent der Befragten in der Studie schon einmal eine verunsichernde Situation an öffentlichen Orten erlebt. Auch in Hinsicht auf das Geschlecht decken sich die Ergebnisse mit denen des offenen Beteiligungsprozesses: weibliche Befragte gaben demnach häufiger an, sich eher unsicher zu fühlen, genauso wie die Personen, die sich geschlechtlich als divers einsortierten (vgl. Ebd.). Es kann vermutet werden, dass es hier einen Zusammenhang zu der Sorge vor der zuvor dargestellten Diskriminierung bei der geschlechtlichen Identität geben könnte.

Bei negativen Erfahrungen wie Ausgrenzungserfahrungen, Problemen in Schule und Alltag o. ä. sind Familienmitglieder und Freund:innen die bevorzugten Ansprechpartner:innen. Mit großem Abstand erst folgt die Polizei als staatliche Institution. In ähnlicher Häufigkeit werden Schulsozialarbeit oder Lehrkräfte als potenzielle Ansprechpartner:innen genannt, ebenso aber auch die Option, sich an niemanden zu wenden. Sicherheit geht für junge Menschen über die körperliche Unversehrtheit hinaus. Sie ist stark mit gesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft. Hier wird der Wunsch nach einer deutlichen Positionierung gegen Rechtsextremismus geäußert sowie das Bedürfnis nach mehr Empathie, Toleranz und Solidarität. Zudem äußerten die Befragten Besorgnis über politische Instabilität und Umweltprobleme, die sie ebenfalls als potentiell bedrohlich für ihr persönliches Leben empfinden.

Im Vertiefungsthema zu Auswirkungen von Migration und Flucht auf den Alltag von Kindern und Jugendlichen ist die Stärkung des Miteinanders in den Mittelpunkt gestellt worden. In ihrer Wahrnehmung von sozialen, ökonomischen und kulturellen Einflüssen sind den Befragten sprachliche Hürden und Diskriminierung gegenüber Geflüchteten aufgefallen. Es wurden mehrheitlich Angaben gemacht, die auf eine nachteilige Behandlung von Menschen anderer Nationalitäten hinweisen. In ihrem eigenen Umgang betonen die Kinder und Jugendlichen hingegen, dass sie Menschen mit Migrationshintergrund mit Toleranz und Respekt entgegentreten. Auftretende Sprachbarrieren werden dabei kreativ gelöst und zeugen von einer Anpassungsfähigkeit gesellschaftlicher Veränderungen unter jungen Menschen. Das Angebot von Sprachkursen und gemeinsamen Freizeitaktivitäten gilt als wichtiger Aspekt zum Gelingen einer Überwindung von vermeintlichen Unterschieden. Für eine gelingende Integration sind daher Begegnungsräume unerlässlich. 65 Prozent der Teilnehmenden der Umfrage zu den Vertiefungsthemen

stimmten der Forderung nach einer verbesserten Sprachförderung zu (vgl. KDRs. 8/229: 7). Die Kinder und Jugendlichen nehmen gesellschaftlichen Veränderungen durch Zuwanderung wahr, bewerten jedoch eher die Strukturen der mangelnden Integrationsförderung kritisch als die Tatsache der Zuwanderung an sich. Ebenso wurde beim Generationendialog zum Thema Veränderungsbereitschaft wiederholt betont, dass Toleranz und Akzeptanz wichtigste Grundsteine einer solidarischen Gemeinschaft seien. Gegenseitiges Interesse und Rücksicht tragen zum Abbau von Vorurteilen bei und stärken die Gemeinschaft, um sich Herausforderungen in anderen Bereichen zu stellen.

In Bezug auf die Mediennutzung und Medienkompetenz zeigt sich, dass digitale und onlinebasierte Medien ein wichtiger Teil der Lebensrealität junger Menschen sind. Ein großer Teil ihres Lebens findet in virtuellen Räumen statt. „Online zu sein“, ist für sie quasi der Normalzustand. In der Befragung wurden die drei Hauptzwecke bzw. -tätigkeiten ermittelt, die Kinder und Jugendliche online ausführen: Musikhören, die Kommunikation mit Freund:innen (jeweils 73 Prozent) sowie das Spielen von Online-Games und das Anschauen von Filmen (jeweils 51 Prozent). Zusammenfassend zeigt die Auswertung der Ergebnisse, dass das Internet von Kindern und Jugendlichen überwiegend zur Unterhaltung, sozialen Interaktion und dann erst für Bildungs- und Informationszwecke genutzt wird.

6.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

Hinsichtlich der sportlichen Betätigung gibt es einige Aspekte, die den Zugang für Kinder und Jugendliche erleichtern können. Wie auch schon bei Beteiligungsformaten können Zeit und Wege eingespart werden, wenn vorhandene Infrastruktur effizient genutzt wird. Konkret kann dies bedeuten, dass zu Schulen gehörende Sportstätten auch nach der Schulzeit für junge Menschen zur Verfügung stehen. Ebenfalls die Schule betreffend wünschen sich Schüler:innen, dass das Angebot des Schulessens eine größere Variation aufweist, gesünder und kostengünstiger ist. Auch ein Ausbau des vegetarischen und veganen Angebots ist gewünscht. Für einige Schüler:innen ist dies die einzige warme Mahlzeit, die sie am Tag zu sich nehmen. Daher sollten gewisse Standards erfüllt sein. Der Wunsch nach einer Integration von Kochkursen in der Schule spiegelt den Wunsch nach mehr Alltagsnähe im Unterricht wider, der bereits in Themencluster 2 deutlich wurde.

Ebenfalls den Schulkontext betreffend positionieren sich junge Menschen deutlich zum Thema Mobbing und Diskriminierung. Lehrkräfte sollten regelmäßig Fortbildungen besuchen und für das Thema sensibilisiert werden. Auch allgemein soll es mehr Inklusion und Barrierefreiheit für Menschen mit einer Behinderung geben. Hier sollen Mechanismen des Nachteilsausgleiches effektiver wirken, um eine Chancengleichheit zu gewährleisten. Ergänzend schlagen sie Maßnahmen zur sozialen Integration vor. Für eine gerechtere Gesellschaft sollen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung oder anderen Eigenschaften respektiert und akzeptiert werden. Ein respektvoller Umgang und die Wertschätzung von Vielfalt seien dafür wesentliche Schritte. Vorurteile,

Empathie und Toleranz sollen abgebaut werden. Insbesondere in Hinblick auf materielle Statussymbole soll der soziale Druck gemindert werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einer umfassenderen Bildung und Aufklärung über Diskriminierung, Sexismus, Rassismus und Extremismus. Kinder und Jugendliche wünschen sich als Hilfe mehr Akzeptanz, Respekt und Chancengleichheit. Sie fordern gleiche Rechte und eine faire Behandlung für alle Menschen. Eine ausgeglichene Verteilung von Rechten und Pflichten ist für sie notwendig, um Benachteiligungen zu vermeiden. Sie sprechen sich auch für finanzielle Hilfen für benachteiligte Gruppen aus.

Schließlich wird die Wichtigkeit leicht zugänglicher Hilfsangebote betont. Viele Kinder und Jugendliche verspüren Unsicherheit, wenn sie nicht wissen, an wen sie sich in prekären Situationen wenden können. Daher fordern sie eine bessere Bekanntmachung von Schutz- und Unterstützungsangeboten. Jugendämter sollen mehr Kapazitäten haben, um Betroffene schneller und effektiver zu unterstützen.

Im offenen Beteiligungsprozess von #mitmischenMV wurden mehr sichere Radwege und eine bessere Straßen- und Wegbeleuchtung, insbesondere abends, von den Kindern und Jugendlichen gewünscht. Auch die Sicherheit im öffentlichen Raum ist für sie ein bedeutendes Thema. Ein sichereres Umfeld soll besonders gefährdeten Gruppen durch zusätzliche Schutzmaßnahmen geboten werden. Neben der Sicherheit auf Straßen und Plätzen betrachten sie auch den Schutz im Wasser als wichtigen Aspekt. Sie haben den Vorschlag gemacht, Rettungsschwimmer:innen einzusetzen, die Schwimmkurse anbieten und Kindern beibringen, sich sicher im Wasser zu bewegen.

Im Rahmen des offenen Mitwirkungsprozesses äußerten Kinder und Jugendliche in Bezug auf die allgegenwärtige Nutzung digitaler Medien erhebliche Bedenken. Sie fordern daher einen bewussteren Umgang und haben diesbezüglich konkrete Wünsche, so zum Beispiel eine verbesserte Regulierung digitaler Inhalte, verbesserte technische Lösungen zum Schutz der Privatsphäre und verstärkte Aufklärungsmaßnahmen. Um digitale Schutzmaßnahmen umzusetzen, schlagen Kinder und Jugendliche technische Innovationen vor. Dazu gehören etwa Apps, die ein akustisches Signal abgeben, sobald zum Beispiel ein Foto von ihnen erstellt wird. Insgesamt sollen die Technologien ein stärkeres Bewusstsein für den Umgang mit digitalen Inhalten schaffen und ihre Privatsphäre effektiver schützen. Auch der Schutz minderjähriger Nutzer:innen wird von ihnen als dringend notwendig erachtet. Sie fordern daher Maßnahmen, die ihre Profile besser schützen, sei es beispielsweise durch verbesserte Sicherheitseinstellungen oder Optionen wie die Begrenzung der Bildschirmzeit oder die Sperrung bestimmter Webseiten. Mehr Aufklärung über exzessiven Medienkonsum ist unerlässlich, um einem möglichen Missbrauch entgegenzuwirken.

Ein weiteres Thema im Kontext Suchverhalten ist der Zugang und die Allgegenwärtigkeit von legalen und illegalen Drogen. Um diese Probleme zu lösen, fordern junge Menschen ein striktes Werbeverbot für Suchtmittel und strengere

Kontrollen, um den Konsum und die Verbreitung dieser Stoffe zu stoppen. Sie brachten außerdem den Vorschlag ein, das gesetzliche Mindestalter für den Konsum alkoholischer Getränke auf 18 Jahre zu erhöhen. Die Diskussion umfasste auch die Idee, anonyme Hilfsangebote zu schaffen. Diese sollen den Betroffenen gezielte Unterstützung zukommen lassen.

Aus den geschilderten Perspektiven und daraus resultierenden Vorschlägen ließen sich folgende Forderungen zusammenfassen:

1. Politik soll sich klarer für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Werte einsetzen.
2. Schule soll kein Ort von Leistungsdruck sein und Schulanfangszeiten sollen flexibler sein.
3. Schulessen soll gesünder, leckerer und kostengünstiger sein und eine größere Auswahl bereithalten.
4. Es soll eine umfassende Bildung über Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Extremismus geben.
5. Schul-Sportstätten sollen auch außerhalb der Schulzeiten frei zur Verfügung stehen.
6. Es soll mehr Prävention, Bildung und Aufklärung zum Thema Abhängigkeit und Umgang mit Suchtmitteln geben.
7. Es soll mehr Schulsozialarbeiter:innen geben und eine bessere Aufklärung zu mentaler Gesundheit.
8. Alkoholkonsum soll erst ab 18 Jahren erlaubt sein.
9. Es soll eine verstärkte Polizeipräsenz an zentralen Orten und in öffentlichen Verkehrsmitteln geben.
10. Es soll eine bessere Regulierung digitaler Inhalte geben, vor allem auf Social-Media-Plattformen.

Nach dem Ranking hat sich ein besonderer Fokus auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Vorbildfunktion im politischen Raum, sich deutlich gegen Bedrohungen für den Rechtsstaat auszusprechen, herauskristallisiert. Es ist zu erkennen, dass im Rahmen des komplexen Themenclusters „Sicheres und gesundes Aufwachsen“ der Schwerpunkt nicht ausschließlich auf individuelle

Bedürfnisse gelegt, sondern von den jungen Menschen ein größerer Zusammenhang erkannt worden ist. Daran lässt sich auch die Forderung aus dem Vertiefungsthema zu Migration und Flucht anschließen, die sich für eine politisch geförderte Integration ausspricht.

- Um Integration zu stärken, sollen mehr Sprachangebote gefördert und Begegnungsräume geschaffen werden.

In Bezug auf das Vertiefungsthema der Corona-Folgen wird zudem Wert darauf gelegt, das zukünftige Risiko einer Pandemie einzukalkulieren. Neben einer größeren Berücksichtigung von psychischen Problemen bei möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung einer Pandemie wird auch ein Ausbau der digitalen Lern- und Arbeitsformate gefordert. Insgesamt wird eine bessere Krisenvorbereitung erwartet. Laut der von IRIS e. V. erstellten Übersicht wünschen sich fast zwei Drittel der Befragten in Hinblick auf Unterstützungsbedarfe bei mentalen Problemen vor allem eine Verringerung des Leistungsdrucks. In diesem Zusammenhang wünschen sich auch etwas mehr als die Hälfte eine Verringerung des Prüfungsstresses in Schule und Studium sowie mehr Pausen, um ihren Alltag zu erleichtern. An dritter Stelle steht mit 43 Prozent der Wunsch nach einem stärkeren gesellschaftlichen Verständnis für individuelle Herausforderungen und psychische Erkrankungen. Viele junge Menschen wünschen sich auch einen verbesserten Umgang mit den psychischen und physischen Folgen der Corona-Pandemie. Hier ist zu erwähnen, dass sich die Teilnehmenden auch eine flexiblere Arbeitsgestaltung der Eltern wünschen.

- Um besser auf Einschränkungen bei einer neuen Pandemie vorbereitet zu sein, sollen digitale Lern- und Arbeitsformate sowie Angebote der psychischen Versorgung ausgebaut werden.

Gleichzeitig wird, wie auch im vorherigen Themencluster, ersichtlich, dass Schule als Institution klare Verbesserungen hinsichtlich des Leistungsdrucks angehen sollte.

7. Themencluster 4: „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume“

7.1. Der öffentliche Raum – kinderfreundlich? Von wegen!

Ein Bestandteil des Themenclusters Infrastruktur betrifft den Wohnraum der Kinder und Jugendlichen. Die Zufriedenheit mit der Wohngegend liegt auf einem mittelhohen Niveau. Für die Zukunft strebt ein relevanter Teil der Befragten eine Kontinuität der Siedlungsform innerhalb von M-V an. Das bedeutet, dass die Lage (dörflich bis urban), die derzeit von den Teilnehmenden bewohnt wird, auch zukünftig als wünschenswert gilt. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass sich insbesondere junge Menschen, die derzeit in mittleren und größeren Städten wohnen, zukünftig vorstellen können, außerhalb von M-V zu leben. Dies ist insofern interessant, als größere Städte wie Rostock grundsätzlich eine geringere Abwanderung prognostiziert bekommen als ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern (NDR 2024b: online).

Bei der Wohnungssuche begegnen jungen Menschen insbesondere bei der Finanzierung, der passenden Größe sowie bei dem Aufwand einer Suche Hindernisse. Hinsichtlich der Finanzierung ist mehrfach darauf eingegangen worden, dass BAföG und Ausbildungsgehälter unzureichend für eine eigene Wohnung seien. Dies deckt sich mit bundesweiten Auswertungen, dass Mieten einen hohen prozentuellen Anteil des Einkommens junger Menschen einnehmen. Ein Großteil der Studierenden- und Auszubildendenhaushalte gilt als überbelastet durch Wohnkosten (Statistisches Bundesamt 2025: online). In Bezug auf den Wohnraum wird zudem von jungen Menschen betont, dass Tourismus keinen Vorrang bei der Nutzung und Bebauung von Orten haben sollte. Die Zweckentfremdung von Wohnraum für touristische Zwecke wird oft kritisch gesehen.

Ein weiterer Aspekt der Infrastruktur ist die Ortsgestaltung, die Kinder und Jugendliche nutzen. Hier werden sich mehrheitlich Sitzgelegenheiten mit Überdachung (62 Prozent), Sauberkeit (61 Prozent), Toiletten (59 Prozent), gute Erreichbarkeit (52 Prozent) und gute Beleuchtung (48 Prozent) gewünscht. In Dörfern und mittleren Städten wird sich zudem häufiger kostenfreies WLAN gewünscht. Dies sind alles sehr grundlegende Bedürfnisse. Die Anforderungen sind somit eher wenige, aber dafür sehr essentielle. Die Aufenthaltsqualität ist dabei stets priorisiert und lässt darauf schließen, dass die derzeitigen öffentlichen Räume oft nicht den Anforderungen der Kinder und Jugendlichen entsprechen. Zudem profitieren von so einer Art der Gestaltung des öffentlichen Raumes nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle. Junge Menschen erklären sich auch bereit, Eigenverantwortung für von ihnen genutzte Orte zu übernehmen. Dies deckt sich mit Ergebnissen aus dem ersten Themencluster zu Beteiligung. Junge Menschen suchen gern Orte auf, die sie mitgestalten können und die frei von Konsumzwang sind. Wichtig ist dabei auch die Erreichbarkeit der Orte, womit ein weiterer Bestandteil der Infrastruktur angeschnitten wird.

Als Fortbewegungsmittel im Alltag belegen „zu Fuß gehen“ (53 Prozent) und „Rad fahren“ (28 Prozent) die obersten Plätze. Auch in der Trendstudie wird das Zufußgehen als die am häufigsten genutzte Fortbewegungsmethode genannt (vgl. Schnetzer et al. 2024: 34). Sowohl zu Fuß zu gehen als auch mit dem Rad fahren, ist niedrigschwellig und häufig unabhängig von technischer Infrastruktur und finanziellen Ressourcen. 45 Prozent nutzen häufig das Auto, wobei hier davon ausgegangen werden kann, dass dies in den seltensten Fällen eigenständig genutzt, sondern vielmehr von Erziehungsberechtigten gefahren wird. Zudem ist die relative Häufigkeit der Autonutzung von Teilnehmenden, die in ländlichen Regionen wohnen, deutlich ausgeprägter als bei Stadtbewohner:innen. Dies deckt sich mit bundesweiten Erhebungen: „Junge Menschen, die in einem Dorf oder im ländlichen Raum leben, fahren fast dreimal häufiger Auto (57 Prozent) als Menschen in Großstädten (21 Prozent). Während auf dem Land nur 9 Prozent bereit wären, dauerhaft auf das eigene Auto zu verzichten, sind dies in den Großstädten 26 Prozent.“ (Schnetzer et al. 2024: 36) Dies lässt sich mit dem weitaus besser ausgebauten ÖPNV begründen. Auch im Beteiligungsprozess hat sich gezeigt, dass in größeren Städten der ÖPNV eine wichtigere Rolle spielt als in ländlichen Gegenden.

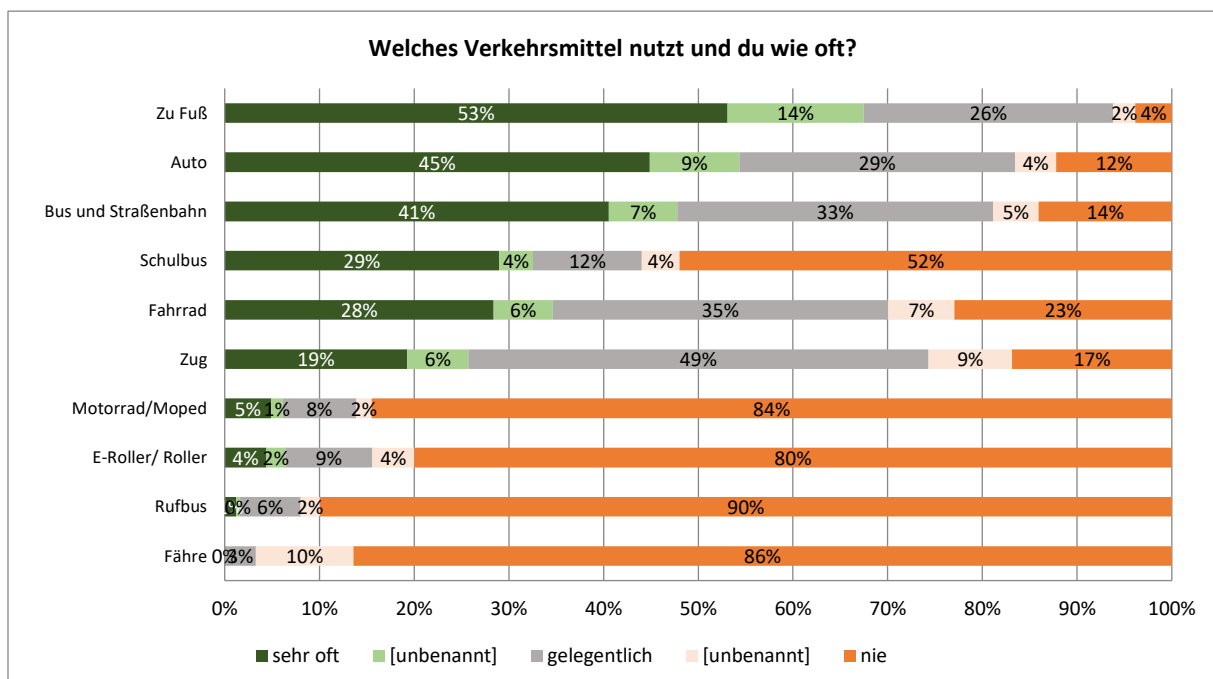


Abb. 14: Welches Verkehrsmittel nutzt du wie oft?

Innerhalb von 20 Minuten sollte laut über 75 Prozent der Befragten die Möglichkeit zum Shoppen und Einkaufen erreichbar sein (ohne spezifizierte Angabe der Fortbewegungsmethode). Darauf folgen Freund:innen, Schule, Parks und Grünflächen sowie Freizeitangebote wie Kino, Restaurant und ähnliches. Hier wird ersichtlich, dass junge Menschen unter Nahraumqualität vor allem konsumbezogene, soziale und kulturelle Angebote verstehen. Auf den ersten Blick, mag dies ein Widerspruch zu dem vorherigen Absatz stehen. Doch ist es vielmehr als Ergänzung zu begreifen. Junge Menschen möchten selbst organisierte,

konsumfreie Aufenthaltsorte und die Möglichkeit zum Einkaufen und Wahrnehmen kultureller Angebote. Gerade bei kulturellen Angeboten sieht sich Mecklenburg-Vorpommern mit Defiziten konfrontiert. 46 Prozent der jungen Menschen bewerteten das Angebot in ihrem Wohnort als eher schlecht oder sogar sehr schlecht. Im Ländervergleich ist dies der drittniedrigste Wert (vgl. Stegemann 2025: 10). Jugendclubs spielen bei der Beurteilung des Wohnortes eine eher untergeordnete Rolle.

Auf die Nachfrage, welche Problematiken den Teilnehmenden bei dem Thema Mobilität begegnen, fällt zuvorderst der zeitliche und finanzielle Aspekt auf. Busse und Bahnen fahren entweder unzuverlässig oder gar nicht, sind nicht ausreichend auf Schulzeiten oder die Freizeitgestaltung abgestimmt. Zudem sind Tickets und Fahrerlaubnis zu teuer. Im offenen Beteiligungsprozess wurde die kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle, mindestens aber für Personen unter 18 Jahren, Auszubildende und Studierende gefordert. Im Generationendialog wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass der ÖPNV für junge Menschen oft zu teuer und Zugänge zu etwaigen Vergünstigungen durch bürokratische Hürden erschwert sind.¹⁰ Über die Hälfte der Befragten geben den Kostenfaktor der Fahrerlaubnis als belastend an, wobei gleichzeitig 86 Prozent der Befragten davon ausgehen, eine Fahrerlaubnis später zu brauchen, u. a. für das Erreichen eines zukünftigen Arbeitsplatzes. Nicht zuletzt die aktuell eingesetzte Arbeitsgruppe der Länder zur Verhandlung einer Reform des PKW-Führerscheins weisen auf ein länderübergreifendes, drängendes Problem hin (vgl. BMV 2026: online).

Die Kritik der Unzuverlässigkeit des ÖPNV zieht sich durch alle Regionen des Landes, was darauf hindeutet, dass der ÖPNV zwar flächendeckend weitgehend vorhanden, aber nicht als passend und praktikabel eingestuft wird. Die Taktungen von Bussen und Bahnen scheinen oft nicht zufriedenstellend aufeinander abgestimmt zu sein, und Rufbusse sollten flexibler und leichter zugänglich sein, etwa mit Hilfe digitaler Buchungssysteme. Neben der Unpünktlichkeit wird auch mehrfach auf eine Überfüllung der vorhandenen Verkehrsmittel hingewiesen. Auf die mangelnde Pünktlichkeit und Sauberkeit wurde ebenfalls beim Generationendialog aufmerksam gemacht.

Neben der mobilen Infrastruktur wurden die Kinder und Jugendlichen auch zur digitalen Infrastruktur befragt. Während das WLAN zu Hause gut bis sehr gut bewertet wird, sieht es beim Mobilfunk etwas differenzierter aus. Größere Städte erzielen hier eine leicht bessere Beurteilung als ländliche Räume. Somit scheint vor allem außerhalb urbaner Zentren eine Einschränkung im Mobilfunknetz aufzutreten. In verschiedenen Beteiligungsveranstaltungen wurde zudem von einer schlechten Internetverbindung in ländlichen Regionen berichtet. Es gibt somit eine Diskrepanz zwischen der Verfügbarkeit des Mobilfunknetzes und der Nutzungshäufigkeit desselben.

¹⁰ Der Generationendialog fand am 13.10.2025 im Schloss Schwerin im Rahmen des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV statt.

Als mobiles Endgerät zur Nutzung des Internets im schulischen Kontext wird von 74 Prozent der Befragten das Handy angegeben. Darauf folgen mit 60 Prozent und 58 Prozent Smartboards und PCs. Hierbei ist auffällig, dass ein privates, das am häufigsten verwendete Gerät ist. Es scheint demnach nicht nur eine informelle Funktion zu haben, sondern dient gleichzeitig als Hilfsmittel in der formalen Bildung. Gleichzeitig wird aber auch bemängelt, dass die digitale Ausstattung der Schulen als unzureichend wahrgenommen wird. Darüber hinaus können sich aufgrund hoher Kosten teilweise keine eigenen mobilen Endgeräte geleistet werden. Dies ist Indikator für eine Ungleichheit im Bildungssektor. Wenn Zugänge nicht von Bildungseinrichtungen aufgefangen werden können, ist das ein Defizit in der beanspruchten Chancengerechtigkeit.

Auf der zeitlichen Ebene wird erneut ersichtlich, was für einen essentiellen Teil digitale Medien im Leben junger Menschen einnehmen. Sie beschreiben ihr Nutzungsverhalten als „ständig“, „oft“ und „täglich“ (vgl. IRIS e. V. 2025: 19).

Abschließend wurde das Themenfeld des Klimawandels aufgemacht. Junge Menschen sind sich der Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen, bewusst. Ihre Ängste spiegeln sich in ihrer Sorge über Waldbrände, Überflutungen und das Aussterben der Biodiversität wider. Aber auch Hitzewellen, mehr Krankheiten und Ernteaufschläge sind Folgen, die ihnen Sorgen bereiten. Die genannten Folgen sind teilweise medial schon sehr präsent und daher im Bewusstsein der jungen Menschen angekommen. Abstrakte Ängste finden sich in realen Zuständen, wenn auch vielleicht noch nicht unmittelbar vor der Haustür. Die Befragten betrachten den Klimawandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Während sie bereits als Individuen bestimmte Maßnahmen umsetzen, so zum Beispiel Mülltrennung, wünschen sie sich politische Rahmenbedingungen, etwa strengere Gesetze fossile Brennstoffe oder den Flugverkehr betreffend. Gleichzeitig herrscht ein Bewusstsein darüber, dass Deutschland allein auch nur begrenzt Einfluss auf den Klimawandel ausüben kann. Daher sind globale Kooperationen und Vereinbarungen umso wichtiger.

Auch eine umfassende Aufklärung zum Thema Klimawandel ist ihnen wichtig. Hier sehen sie bei den Schulen einen nur unzureichend erfüllten Bildungsauftrag. Beim Generationendialog, der im Oktober 2025 im Landtag stattfand, wurde daher überlegt, inwiefern die Thematik des Klimawandel noch intensiver in der Schule behandelt werden könnte. Zudem wurde bei der Veranstaltung von Jugendlichen darauf hingewiesen, dass sie sich in mit ihren Forderungen zum Klimawandel nicht ausreichend ernst genommen fühlen. Obwohl es junge Menschen am meisten betrifft, gibt es kaum bis keine Verbindlichkeiten zu gesetzgebenden Organen.

7.2. Wünsche, Ideen und Forderungen der Kinder und Jugendlichen

Einige der in diesem Themencluster bearbeiteten Bereiche zeichnen eine Bestätigung oder Vertiefung bisheriger Erkenntnisse ab. So ist wiederholt betont worden, dass junge Menschen gerne an der Gestaltung ihrer Aufenthaltsorte beteiligt sein möchten. Auch die Forderung nach einem besser ausgebauten

Nahverkehr und der Preissenkung von Fahrkarten ist bereits diskutiert worden. Neu ist hingegen die Betrachtung weiterer finanzieller Hürden im Bereich der ersten eigenen Wohnung und der Fahrerlaubnis. Beides sind wichtige Bestandteile, um jungen Menschen ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Auch die Verzahnung unterschiedlicher Bereiche wird in den aufgelisteten Forderungen deutlich; so etwa, wenn ein Zusammenhang zwischen Sicherheit und der Verringerung von Benachteiligung hergestellt wird. Mehr Beleuchtung im öffentlichen Raum ist eine simple Maßnahme, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen und gleichzeitig Gefahren (teilweise) zu unterbinden. Auch hier wird, wie bereits bei der Gestaltung öffentlicher Plätze, deutlich, dass solche Anpassungen für alle Generationen von Nutzen sind.

Die Gefahren des Klimawandels resultieren in einer umfangreichen Betrachtung unterschiedlicher Gebiete. Im Generationendialog wurden die Themen Konsumverhalten, Infrastruktur, Bildung und Internationale Bedingungen ausgiebig diskutiert. Das Bedürfnis eines besseren Verständnisses für die Ursachen und Folgen des Klimawandels finden in der Forderung Ausdruck, dass es ggf. ein eigenständiges Schulfach dazu geben sollte. Zudem sollte eine neue Definition von Wohlstand Eingang in die Debatten finden, welche den globalen Kontext und den Zugang zu Wohlstand mitdenkt. Konkret wurde ein Verbot von Müllexporten, Inlandsflügen und die Wiedereinführung des Lieferkettengesetzes gefordert.

Aus den oben geschilderten Erkenntnissen wurden die folgenden Forderungen formuliert und von jungen Menschen in folgender Reihenfolge priorisiert:

1. Es soll eine finanzielle Förderung für die erste eigene Wohnung geben.
2. Um das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, sollen öffentliche Orte besser beleuchtet, Schutzmaßnahmen verstärkt und Benachteiligungen verringert werden.
3. Es soll mehr saubere, selbstbestimmte und vor allem konsumfreie Plätze für junge Menschen geben.
4. Stabiles Internet soll überall verfügbar sein.
5. Orte für junge Menschen sollen gemeinsam mit ihnen geplant und gestaltet werden.
6. Es soll in der näheren Umgebung mehr Einkaufsmöglichkeiten geben.
7. Überall und zu jeder Zeit soll die Mobilität junger Menschen unabhängig von den Eltern gesichert sein.

8. Klimaschutz soll politisch und gesellschaftlich einen höheren Stellenwert einnehmen.
9. Die Bedürfnisse junger Menschen sollen wichtiger als touristische Interessen sein.
10. Durch mehr Barrierefreiheit und gesellschaftliche Offenheit soll die Teilhabe aller gestärkt werden.

Es ist ersichtlich, dass Infrastruktur ein facettenreiches Thema ist, das verschiedene Anhaltspunkte beinhaltet. Mobilität und Wohnen sind genauso Bestandteile wie Digitalisierung, Klimawandel und gesellschaftliches Miteinander. Infrastruktur kann daher als ein Oberbegriff verstanden werden, unter dem sich viele Bereiche wiederfinden, die nicht unabhängig voneinander zu betrachten sind. Selbstständigkeit junger Menschen fängt mit der Gestaltung eigener Räume an, betrifft die Mitgestaltung von Inhalten in der Schule und geht schließlich einher mit einer von Erziehungsberechtigten unabhängigen und finanzierbaren Mobilität. Hierbei spielt auch die sinnvolle Taktung des ÖPNV eine Rolle. Beim Generationendialog gab es dazu den Vorschlag zur Einsetzung einer parteiübergreifenden, bedarfsorientierten und unabhängig vom zeitlichen Rahmen einer Legislaturperiode arbeitenden Infrastrukturplanung (Expert:innenkommission o. ä.). Ebenso bedeutet eine gute Internetanbindung – sowohl im WLAN als auch insbesondere im Mobilfunknetz – den Anschluss an eine digitalisierte Welt, die den Alltag und die Lebensrealität junger Menschen bestimmt. Digitale Teilhabe ist Ausdruck sozialer Teilhabe. Mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter erfolgt dann auch eine räumliche Neuorientierung, bei der junge Menschen vor allem auf finanzielle Hürden stoßen, um sich einen eigenen Wohnraum leisten zu können. Ebenso ist es wichtig, dass Interessen junger Menschen nicht auf Kosten von wirtschaftlichen Gewinnen im touristischen Sektor übergangen werden.

Junge Menschen sehen durchaus das Potential und die Lebensqualität des Bundeslandes. Eine Berücksichtigung ihrer Forderungen kann Bedingungen schaffen, in denen die Abwanderung nicht zu einer gleichsam zwangsläufigen biografischen Option avanciert.

8. Reflexion des Beteiligungsprozesses

Die wissenschaftliche Begleitung des Beteiligungsprozesses IRIS e. V. ist gebeten worden, aus Perspektive der Teilnehmenden eine Reflexion des Beteiligungsprozesses vorzunehmen. Diese liegt auf Kommissionsdrucksache 8/227 vor. Sie steht als eigenständiges Dokument zur Verfügung. Für diesen Abschnitt des Kinder- und Jugendgutachtens wird sie erläuternd genutzt. Einige Aussagen daraus werden ergänzend in einen Kontext gesetzt. Ziel dieser Reflexion ist es, abzubilden, welche Möglichkeiten und Grenzen des Beteiligungsprozesses die vorliegenden Ergebnisse beeinflusst haben und darüber hinaus Hinweise geben, was bei einer nochmaligen Durchführung ggf. beachtet werden könnte.

Das Sekretariat der Enquete-Kommission hat den eher verwaltungsuntypischen Auftrag erhalten, einen Kinder- und Jugendbeteiligungsprozess durchzuführen. Von der ursprünglichen Vorgabe durch den Einsetzungsbeschluss, ein Parallelforum zur Kommission durchzuführen, hat sich die Kommission mit dem Beschluss einer Rahmensetzung für die Beteiligung (vgl. K Drs. 8/2-1) und dem Beteiligungskonzept (vgl. K Drs. 8/6-n) abgewandt.

Das Sekretariat wurde durch die Kommission beauftragt

- den Beteiligungsprozess durchzuführen und an den Qualitätskriterien für Beteiligung zu orientieren,
- Kooperationspartner:innen zu gewinnen (insbesondere das Beteiligungsnetzwerk MV) und zu erfahren, welche Ressourcen nutzbar sind,
- den Beteiligungsprozess in der Öffentlichkeit und bei der Zielgruppe bekannt zu machen und
- ein Kinder- und Jugendgutachten aus den Ergebnissen des Beteiligungsprozess zu generieren.

Ziel dieses umfangreichen Auftrags sollte es sein, Fragen und Anliegen junger Menschen zu den Themen der Kommission zu sammeln, Material für das zu bildende Kooperationsnetzwerk zu entwickeln und gemeinsam mit den Kooperationspartner:innen geeignete zielgruppenorientierte Beteiligungsformate durchzuführen.

Im Kapitel 5 der Reflektion durch IRIS e. V. werden die Organisation und Abläufe bei der Umsetzung des Beteiligungsprozesses durch das Sekretariat der Enquete-Kommission beschrieben. Dabei wird deutlich, dass es eine anfängliche Steuerung und Auftragserstellung durch die Kommission gab, das Sekretariat dann die Ausgestaltung jedoch eigenständig durchführte. IRIS e. V. schlussfolgert: „Die Rolle des EK-S kann somit als ‚ausführende Verantwortung ohne strategische Gestaltungshoheit‘ in einem dauerhaften Spannungsfeld zwischen Auftrag und realen Handlungsspielräumen beschrieben werden.“ (IRIS e. V. 2026: 8)

Hinzu kam, dass die Umsetzung an der Schnittstelle zwischen der grundsätzlich sehr unterschiedlichen Verwaltungs- und Beteiligungslogiken zu geschehen hatte. (vgl. Ebd.: 7)

Zielgruppenerreichung

Ein Ziel des Beteiligungsprozesses war es, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre aus allen Regionen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenssituationen sowie aus verschiedenen Interessensgruppen anzusprechen. Bei ersten didaktischen und methodischen Überlegungen wurde schnell deutlich, dass eine so heterogene Zielgruppe nicht mit einem Aufschlag gleichmäßig zu erreichen sein würde. Ausgenommen wurden sofort die unter 3-Jährigen, da sie sich nur vermittelt über Erwachsene beteiligen können und eine Einschätzung der Außenwelt im Sinne der Themen der Enquete-Kommission in diesem Alter noch sehr begrenzt geäußert werden kann. Unterschieden wurde konzeptionell zwischen Kindern im nicht-lesefähigen Alter, Schüler:innen, sowie Berufsschüler:innen und Studierenden als dritte Gruppe. Für alle drei Zielgruppen wurden spezifische Ansprachemöglichkeiten entwickelt, wobei der Fokus auf älteren Kindern und Jugendlichen im Beschulungsalter lag. Für diese wurde auch die Hauptkampagne mit eigenen Motiven und Farbgebung entwickelt, die auch zwecks Wiedererkennung für den gesamten Prozess Anwendung fand. Bei den unter 6-Jährigen lief die Ansprache ausschließlich über Mittelspersonen wie Kita-Mitarbeiter:innen. Die über 18-Jährigen sollten über eigene Öffentlichkeitsmaßnahmen erreicht werden, was aber nur zu wenig Resonanz führte. Außerhalb von wenigen beteiligten Berufsschulen konnte junge Menschen dieses Alters nur selten angesprochen werden. Der Herausforderung des übergroßen Auftrags sollte damit begegnet werden.

Grundgedanke hinter der Öffentlichkeitskampagne war im Sinne der oben genannten Zielstellung, dass möglichst jede Person in der Zielgruppe Kenntnis vom Beteiligungsprozess und ihren Mitwirkungsmöglichkeiten daran haben sollte. Im vorhandenen Zeitraum konnten, auch aufgrund bestehender Regelungen für die Verwaltung, nicht alle denkbaren Potentiale dafür genutzt werden. Zudem gab es bislang keine Erfahrungswerte, wie ein begleitender Beteiligungsprozess aus der Landtagsverwaltung heraus organisiert werden kann. Dies berücksichtigend kann insgesamt die oben im Bericht dargestellte Zielgruppenerreichung durchaus als erfolgreich gewertet werden – auch mit Blick auf das wesentliche Qualitätsmerkmal des Prinzips der freiwilligen Teilnahme.

Unterstützung hierbei kam insbesondere aus dem entstandenen Netzwerk heraus. Als temporär begrenzter Akteur war das Sekretariat auf langfristig bestehende Strukturen angewiesen, um junge Menschen zu erreichen. Hier zeigt sich, dass eine Kooperation speziell mit Akteur:innen in der Jugendarbeit essentieller Bestandteil der Kommission war (vgl. Ebd.: 9). Durch diese Kooperationen konnten Doppelstrukturen vermieden und junge Menschen in ihrem Lebensumfeld erreicht werden. Unterstützend erfüllte das Sekretariat die Anforderung, niedrigschwelliges Material für das Netzwerk und externe Akteur:innen zu entwickeln, das den Aufwand für die Umsetzung von eigenen Formaten möglichst gering hielt. Angefangen bei methodischen Leitfäden, über Symbolkarten bis hin zur Aktionsbox, die zahlreich

abgerufen wurde, wurde vielfältiges Material zur Verfügung gestellt. Rückläufe zu den Aktionsboxen blieben leider nur im einstelligen Prozentbereich; diese Rückmeldungen waren jedoch allesamt hoch engagiert, umfangreich und positiv. Welche Gründe es für die geringe Anzahl der Rücksendungen gab, konnte nicht eruiert werden.

Umsetzung und Qualitätskriterien

Vom Sekretariat wurde das Konzept des mit der Arbeit der Kommission verschränkten Beteiligungsprozess entwickelt, wie es weiter oben dargestellt wurde. Nach methodischer Beratung durch IRIS e. V. kam ein Strang der durchgehenden Beteiligung hinzu, in dem es jederzeit zu allen Themen möglich sein sollte, sich mittels des Ideenhafens an der Erkenntnissammlung zu beteiligen.

Die Entwicklung des Beteiligungsprozess geschah immer in Hinblick auf die Qualitätskriterien für Beteiligung, die auch für IRIS e. V. Grundlage ihrer Reflexion war. Das Sekretariat war dabei durchgehend um Transparenz gegenüber den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bemüht, um keine falschen Erwartungen hinsichtlich der Umsetzung ihrer eingebrachten Ideen, Forderungen und Lösungsvorschläge zu wecken. Im gesamten Prozess sollte klar sein, dass bei diesem Beteiligungsprozess keine adhoc-Veränderungen im realen Umfeld der jungen Teilnehmenden zu erwarten sind, sondern die Rückmeldungen zusammengefasst in die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für zukünftige Landespolitik einfließen. Es bestand vielmehr die Schwierigkeit, die Abstraktionsebene zwischen lokaler Lebenswelt zur politischen Ebene des Bundeslandes, an den der Beteiligungsprozess andockt, zu überwinden. Dieses Problem wurde auch deutlich in der Verzahnung der Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess, die sukzessive im etwa halbjährlichen Turnus veröffentlicht werden konnten, mit der Arbeit der Enquete-Kommission, wie es auch IRIS e. V. in ihrer Reflektion darstellt (vgl. Ebd.: 8 f.). Da die Kommission mit Ausnahme des Zwischenberichts selber keine Zwischenergebnisse veröffentlicht, war für die Teilnehmenden zwischenzeitlich nicht ersichtlich, wie ihre Mitwirkung als „Mitwirkung an der Entwicklung von Handlungsempfehlungen“ in den Gesamtprozess aufgenommen wird. Hier liegt auch ein Hauptkritikpunkt der Reflektion durch IRIS e. V. (vgl. Ebd.: 16ff). Da die Arbeitsweise der Enquete-Kommission jedoch mit dem Beteiligungsprozess verschränkt sein sollte, war dies ein unlösbares Dilemma. Trotzdem dürfen die Qualitätskriterien Transparenz, Zielgruppenorientierung, Gleichberechtigung im Prozess und das Ernstnehmen der Teilnehmenden nach besten Möglichkeiten des Sekretariats als durchaus erfüllt betrachtet werden. Dies bestätigt auch IRIS im Gesamtfazit (vgl. Ebd.: 19 f.) und mit dem Zwischenfazit: „Die Analyse der vorliegenden Materialien zeigt, dass der Mitwirkungsprozess organisatorisch gut strukturiert war und fachlich engagiert begleitet wurde. Gleichzeitig wurden strukturelle Grenzen sichtbar, die die politische Anschlussfähigkeit von Beteiligung begrenzten und später für die Jugendlichen schwer nachvollziehbar waren.“ (Ebd.: S.10)

Herausforderungen und Erfahrungen

Die Aufgabe, einen Beteiligungsprozess durchzuführen, war verwaltungsuntypisch und in diesem Umfang und Zusammenhang mit einer Enquete-Kommission in dieser Form ein Novum. Der Prozess hätte vielfältiger gestaltet werden können, wenn eine Herausnahme aus der Verwaltungslogik und eine Durchführung als ein eigenständiges Projekt, zum Beispiel in Form eines innovativen Pilotprojektes, möglich gewesen wäre. So wurde beispielsweise im Beratungsprozess durch IRIS e. V. eine aufsuchende Beteiligung als notwendig ausgemacht, konnte aber nicht umgesetzt werden.

Für ein solches Projekt sind klare Rollen und Erwartungsformulierungen im Vorfeld grundlegend. IRIS e. V. hat in ihrer Reflektion darauf hingewiesen, dass die politische Steuerung ein stetiger Prozess sein sollte. Auch müsse den politischen Akteur:innen verständlich sein, dass die Relevanz und Gestaltungsmacht bei ihnen liegt (vgl. Ebd.: 8).

Dennoch wurden über 4.500 Jugendliche angesprochen, die sich in den meisten Fällen ernsthaft und engagiert eingebracht haben. Dabei haben sich insbesondere die Teilnehmenden der Jugendkonferenzen mit dem Beteiligungsprozess identifiziert. Darunter waren auch solche, die vorher mit ähnlichen Prozessen keine Berührung hatten. Der Beteiligungsprozess des Landtages hat – trotz unterschiedlicher Umsetzungs Herausforderungen – eine Lücke in der Partizipation junger Menschen in M-V auf Landesebene geschlossen. Diese Erfahrungswerte können für zukünftige öffentliche Beteiligungsprojekte und -prozesse und damit für die Demokratieförderung im Land Mecklenburg-Vorpommern wichtige Anhaltspunkte liefern.

Platz für Notizen:

9. Literatur- und Abbildungsverzeichnis

Andresen, S./Möller, R. (2019): Children's Worlds+ - Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_WB_Children_s_Worlds_2019.pdf

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Wüstenrot Stiftung; Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.) (2025): Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche. Wie sich ihre Lebensverhältnisse in Deutschland unterscheiden und was ihnen wichtig ist.

Bertelsmann-Stiftung (2024): Mehr Engagement junger Menschen ist möglich – wenn sie sich ernst genommen fühlen, verfügbar unter: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/dezember/mehr-engagement-junger-menschen-ist-moeglich-wenn-sie-sich-ernst-genommen-fuehlen> [07.08.2025].

Bildungsministerium für Bildung und Kindertagesförderung (undatiert): Neues Schulgesetz, verfügbar unter: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/bm/Schule/Schulorganisation/Schulrecht/Neues-Schulgesetz> [01.08.2025].

Bildungsmonitor (2025): Wo stehen die Bundesländer beim Bildungscheck?, verfügbar unter: <https://www.insm.de/bildungsmonitor-2025> [16.02.2026]

Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 17. Kinder- und Jugendbericht – <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>

Bundesministerium für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Nationaler Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung des BMBFSJ: <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/264704/2bba27bda1609e19e12bb1ab965b6e13/nationaler-aktionsplan-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-data.pdf> [24.02.2026]

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (undatiert): Altersstruktur der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, verfügbar unter: <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerung-altersstruktur-mecklenburg-vorpommern.html> [12.08.2025].

Bundesministerium für Verkehr (2026): Reform des PKW-Führerscheins, (BMV) verfügbar unter: <https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/reform-ausbildung-pkw-fuehrerschein.html> [17.02.2026]

Deutscher Bundesjugendring (2023): Mentale Gesundheit junger Menschen in Krisenzeiten stärken. Beschluss der 96. Vollversammlung des Deutschen

Bundesjugendrings, verfügbar unter:

<https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2023/Mentale-Gesundheit-junger-Menschen-in-Krisenzeiten-staerken.pdf> [07.08.2025].

Deutscher Bundestag (2022): Dokumentation – Wartezeiten auf eine Psychotherapie.

Studien und Umfragen, verfügbar unter:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/916578/53724d526490deea69f736b1fda83e76/W-D-9-059-22-pdf-data.pdf> [12.02.2026]

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Gutachten zum 1. Themencluster des DJI "Engagement und politische Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern" [KDrs 8/68].

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Finale Fassung: Wissenschaftliches Grundlagenpapier des Rostocker Instituts für Sozialforschung zur Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern [KDrs 8/51-n).

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2022): Beteiligung junger Menschen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission [KDrs 8/2-1).

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2022): Änderung zum Entwurf des Beteiligungskonzeptes zum Beteiligungsprozess #mitmischenMV [KDrs (/6-1]

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Beauftragung der wissenschaftlichen Begleitung des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ [KDrs 8/45].

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Bericht der Landesregierung an die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zum zweiten Themencluster „formale und non-formale Bildung“ [KDrs. 8/52]

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): „Dokumentation der Erkenntnisse der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zur Beteiligung junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern“ [KDrs. 8/67]

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Eingang der Ergebnisse der Beteiligung junger Menschen und der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission in die parlamentarische Beratung des Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes. [KDrs 8/69].

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2023): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster politische und gesellschaftliche Beteiligung durch IRIS e. V. [KDrs 8/74].

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2024): Praxisbericht von jungen Menschen zum non-formalen bzw. außerschulischen Bildungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern. [KDrs. 8/116]

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2024): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster „Formale und non-formale Bildung“ durch das Sekretariat der Enquete-Kommission [KDrs. 8/117].

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2026): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess #mitmischenMV Themencluster 5: Vertiefungsthemen. [KDrs 8/229].

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: 22. Bildungsmonitor 2025
https://files.insm.de/uploads/2025/09/20250909_INSM_Pressemitteilung_Bildungsmonitor_MVP.pdf

Feierabend, Sabine; Rathgeb, Thomas; Gerigk, Yvonne; Glöckler, Stephan (2025): JIM-Studie 2025 Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (mpfs) (Hg.).

Helbig, Marcel (2023): Hinter den Fassaden. Zur Ungleichverteilung von Armut, Reichtum, Bildung und Ethnie in den deutschen Städten. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hg.).

Institut für Demoskopie Allensbach (2020): „Wie lernen Kinder und Jugendliche – Ergebnisse einer Befragung von Schülern und Eltern von Kindern der Klassenstufe 5 bis 10“, verfügbar unter: <https://www.telekom-stiftung.de/sites/default/files/files/media/publications/Wie-lernen-Kinder-und-Jugendliche-Bericht.pdf>

IRIS e. V. (Hrsg.) (2023): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster politische und gesellschaftliche Beteiligung durch IRIS e. V. [KDrs. 8/74].

IRIS e. V. (Hrsg.) (2024): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster „Formale und non-formale Bildung“ durch IRIS e. V. [KDrs. 8/116].

IRIS e. V. (Hrsg.) (2025): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV. Themencluster 3: Gesundes und sicheres Aufwachsen [KDrs. 8/157].

IRIS e. V. (Hrsg.) (2025): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur“ durch IRIS e. V. [KDrs. 8/198].

IRIS e. V. (2026): Reflexion des Mitwirkungsprozesses #mitmischenMV [KDrs. 8/227]

Landesregierung M-V (2023): Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen in M-V [KDrs. 8/47].

Landesregierung M-V (2023): Bericht der Landesregierung an die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zum zweiten Themencluster „Formale und non-formale Bildung“ [KDrs. 8/52].

Landesregierung M-V (2024): Bericht der Landesregierung an die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zum dritten Themencluster „Gesundes und sicheres Aufwachsen“ [KDrs. 8/89].

Landesregierung M-V (2024): Bericht der Landesregierung an die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ zum vierten Themencluster „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume“ [KDrs. 8/128].

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2022): Einsetzung einer Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ [Drs 8/256]

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2023): Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze (Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz – JVG M-V). [Drs 8/2714]

NDR (Hrsg.) (2024): Fachkräftemangel und strukturelle Schwächen belasten den Schutz von Kindern, verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Fachkraefftemangel-und-strukturelle-Schwaechen-belasten-Schutz-von-Kindern,jugendschutz150.html> [11.08.2025].

NDR (2024a): Trennung zwischen Arm und Reich in MV besonders groß, verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Trennung-zwischen-Arm-und-Reich-in-MV-besonders-gross,segregation104.html> [13.02.2026]

NDR (2024b): Bevölkerung im Norden wächst bis 2040 minimal – Rückgang in MV, verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Bevoelkerung-im-Norden-waechst-bis-2040-minimal-Rueckgang-in-MV,bevoelkerung176.html#:~:text=So%20verliert%20Schwerin%20demnach%201,wird%20im%20Landkreis%20Nordwestmecklenburg%20erwartet> [18.02.2026]

NDR (Hrsg.) (2025): „Letzte Verteidigungswelle“: Braucht das Jugendstrafrecht eine Verschärfung?, verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Letzte-Verteidigungswelle-Braucht-das-Jugendstrafrecht-eine-Verschaerfung,festnahmen110.html> [06.08.2025].

NDR (2025b): Immer mehr Schulabgänger in Mecklenburg-Vorpommern ohne Abschluss, verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/immer-mehr-schulabgaenger-in-mecklenburg-vorpommern-ohne-abschluss,schulabgaengermv-100.html> [12.02.2026]

Protokoll 19. Sitzung (19.01.2024): Kurzprotokoll der 19. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Protokoll 24. Sitzung (07.06.2024): Kurzprotokoll der 24. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Protokoll 26. Sitzung (05.07.2024): Kurzprotokoll der 26. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Protokoll 36. Sitzung (07.03.2025): Kurzprotokoll der 36. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Protokoll 42. Sitzung (11.07.2025): Kurzprotokoll der 42. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Protokoll 43. Sitzung (11.07.2025): Kurzprotokoll der 43. öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“.

Rohr, Pia (2020): Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern – Einblicke in Alltagsthemen und Gestaltungsmöglichkeiten“, Institut für regionale Innovation und Sozialforschung e. V. (IRIS e. V.) (Hrsg.).

Roscher, Tobias; Böller, Karin; Pothmann, Jens; Holthusen, Bernd; Seckinger, Mike (2026): „Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume in Mecklenburg-Vorpommern.“, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Schnetzer, Simon; Hurrelmann, Klaus (2022): Jugend in Deutschland – Trendstudie Winter 2022/23. Die Wohlstandsjahre sind vorbei: Psyche, Finanzen, Verzicht.

Schnetzer, Simon; Hurrelmann, Klaus (2023): Jugend in Deutschland – Trendstudie 2023 mit Generationenvergleich.

Schnetzer, Simon; Hampel, Kilian; Hurrelmann, Klaus (2024): Jugend in Deutschland – Trendstudie 2024. Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber.

Statistisches Bundesamt (2025): Studierendenhaushalte geben im Schnitt 53% des Einkommens für Wohnkosten aus, online verfügbar:
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_N045_63.html?nn=2110 [16.02.2026]

Statistisches Bundesamt (2025b): Absolventen und Abgänger: Deutschland, Schuljahr, Geschlecht, Schulart, Schulabschlüsse.

Steenkamp, Daniela; Schappacher, Malena (2025): Subjektives Sicherheitsempfinden von Kindern und Jugendlichen im Sozialraum. Einblick in ein Forschungsprojekt, verfügbar unter: <https://www.socialnet.de/materialien/30829.php> [12.02.2026]

SINUS-Institut (2024): Wie ticken Jugendliche 2024? 5. SINUS-Jugendstudie, verfügbar unter: https://www.jugendgerecht.de/downloads/SINUS_Studie_2024.pdf

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2024): Statistisches Taschenbuch 2024 Mecklenburg-Vorpommern, verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/table/21111-0004/> [12.02.2026]

Stegemann, Tim (2025): Deutsches Kinderhilfswerk: Kinderrechte-Index 2025. Ländersteckbrief Mecklenburg-Vorpommern, verfügbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderrechte-Index/2025/Laendersteckbriefe/Kinderrechte-Index_2025-Laendersteckbrief_MV-Deutsches_Kinderhilfswerk.pdf

Stegemann, Tim; Keltek, Defne (2025): Deutsches Kinderhilfswerk: Teilindex „Recht auf Beteiligung“, verfügbar unter: https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderrechte-Index/2025/Analysepapiere/Recht_auf_Beteiligung-Kinderrechte-Index_2025-Deutsches_Kinderhilfswerk.pdf

Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2025): Expertin für Rechtsextremismus in MV: Jugend früher radikal, verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechte-terrorzelle-expertin-fuer-rechtsextremismus-in-mv-jugend-frueher-radikal-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250522-930-575345> [06.08.2025].

Universitätsklinikum Eppendorf (2024): Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch globale Krisen belastet, verfügbar unter: https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_160448.html [11.08.2025].

Vodafone Stiftung (2024): Pioniere des Wandels: Wie Schüler:innen KI im Unterricht nutzen möchten. <https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/03/Pioniere-des-Wandels-wie-Schueler-innen-KI-im-Unterricht-nutzen-wollen-Jugendstudie-der-VS-2024.pdf>

Wins, Maren; Rühmling, Melanie; Knabe, André; Waschkewitsch, Lisa; Schiemann, Sara (2023): Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Wissenschaftliches Grundlagenpapier, Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V. (Hrsg.).

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ (2022)
„Themen der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
[KDrS 8/9].
- Abbildung 2: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2023) „Ablauf eines Themenclusters “ [Eigene Darstellung].
- Abbildung 3: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2023) „Zeitliche Planung eines Themenclusters “ [Eigene
Darstellung].
- Abbildung 4: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2026) „Anzahl der Teilnehmenden der Umfrage“ [Eigene
Darstellung].
- Abbildung 5: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2026) „Altersverteilung“ [Eigene Darstellung].
- Abbildung 6: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2026) „Verteilung Bildungs(weg)“ [Eigene Darstellung].
- Abbildung 7: Logo, © Landtag MV
- Abbildung 8: Plakate Andrea Köster
- Abbildung 9: StatA M-V – Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2022b):
Wanderungen in Mecklenburg-Vorpommern 2021. Statistische Berichte.
Wanderungen in Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftlicher
Praxis e. V. (2023): Lebenssituation junger Menschen in Mecklenburg-
Vorpommern [KDrS 8/51].
- Abbildung 10: IRIS e. V. (Hrsg.) (2023): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem
Prozess #mitmischenMV zum Themencluster politische und
gesellschaftliche Beteiligung durch IRIS e. V. [KDrS. 8/74].
- Abbildung 11: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2026) „Verteilung der Zustimmung „Gerne zur Schule zu
gehen““ [Eigene Darstellung].
- Abbildung 12: Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-
Vorpommern“ (2026) „Häufigkeitsverteilung des wöchentlichen Umfangs der
Schulstunden“ [Eigene Darstellung].

Abbildung 13: IRIS e. V. (Hrsg.) (2024): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster Gesundes und sicheres Aufwachsen durch IRIS e. V. [KDrs. 8/157].

Abbildung 14: IRIS e. V. (Hrsg.) (2024): Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Prozess #mitmischenMV zum Themencluster Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur durch IRIS e. V. [KDrs. 8/198].

Anhang: Veranstaltungen mit Beteiligung von #mitmischenMV

Datum	Veranstaltung	Veranstalter
-------	---------------	--------------

2022

25.10.2022	Jugend im Landtag	Landesjugendring MV e. V.
09.11.2022	Europäisches Jahr der Jugend	Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

2023

20.01.2023	Jugendpolitischer Jahresauftakt	Landesjugendring MV e. V.
25.02.2023	WIR-Aktionstag	WIR. Erfolg braucht Vielfalt
06.- 07.03.2023	Infomobil des Bundestages zu Besuch in Parchim	Bundestag
22.03.2023	Sozialkundetag	Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
24.03.2023	Tag der Schulleiter:innen und Schulleiter	Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
27.03.2023	Fachtag "Bürgerräte als neues Instrument der Demokratie in MV?!"	Initiative "Zukunftshandeln MV"
29.03.2023	Aktionstag Inseelseeschule Güstrow	Inseelseeschule Güstrow
14.-15.04.2023	Vollversammlung LJRMV	Landesjugendring MV e. V.
22.04.2023	Workshop #mitmischenMV	Kinder- und Jugendrat Schwerin

25.04.2023	Fortbildung Beteiligungsmethoden	Schabernack e. V.
28.-30.04.2023	KiJuPaRaBe	Landesjugendring MV e. V.
03.05.2023	Plenum LAG Kinder- und Jugendarbeit	LAG Kinder- und Jugendarbeit
04.-05.05.2023	Jugendpfleger:innen-Tagung Ueckermünde	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport
11.05.2023	Seniorentagung	Landesring MV des Deutschen Seniorenringes e. V.
09.06.2023	Aktionstag "Reclaim your streets"	Rostocker Stadtjugendring e. V.
25.06.2023	Tag der offenen Tür des Landtages MV	Landtag MV
30.06.- 02.07.2023	MV - Tag	Staatskanzlei des Landes MV
25.-26.08.2023	BSPC Baltic Sea Parliamentary Youth Forum	Parlamente aus der Ostseeregion, Landtag MV
30.08.2023	Jugendaktionstag "It's a match"	Kreisjugendring LUP e. V.
09.09.2023	Jugendkonferenz Teterow	Jugendring LK Rostock e. V.
11.-13.09.2023	Jugend fragt nach	Landesjugendring MV e. V.
19.09.2023	Online Fachtag "Hört uns zu!"	Evangelische Akademie der Nordkirche
30.09.2023	Mediensaktionstag Schwerin	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
04.10.2023	Aktionstag im Hort	Hort Heine Kids Schwerin
06.10.2023	Jugend im Rathaus	Rostocker Stadtjugendring e. V.

01.12.2023	Jugendgipfel	Kreisiakonisches Werk e. V.
06.12.2023	Delegiertenvollversammlung Landesschülerrat MV	Landesschülerrat MV

2024

10.01.2024	Vollversammlung Stadtschülerrat Schwerin	Stadtschülerrat Schwerin
10.01.2024	MAT Mitarbeitendentagung	Evang. Kinder- und Jugendwerk MV
19.01.2024	Jugendpolitischer Jahresauftakt	Landesjugendring MV e. V.
23.01.2024	Workshopreihe DRK Freiwilligendienst	DRK Soziale Freiwilligendienste MV gGmbH
25.01.2024	Kreisschülerratstreffen Neubrandenburg	Kreisschülerrat Mecklenburgische Seenplatte
14.02.2024	Workshop "Akzeptanz, Toleranz und Demokratie"	Internationaler Bund - Freiwilligendienste
01.03.2024	Tag der Schulleiter und Schulleiterinnen 2024	Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
19.03.2024	Sozialkundelehrer:innentag	Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung
19.03.2024	Jugendforum Rostock "Cook and talk"	Jugendforum Rostock
13.04.2024	Vollversammlung Landesjugendring MV	Landesjugendring MV e. V.
16.- 19.04.2024	Jugend im Landtag	Landtag MV Landesjugendring M-V e. V.
20.04.2024	Fachtag "Ganztag"	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft MV
23.04.2024	Workshoptag	Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern e. V.

15.05.2024	Kick-off Event "Strategie der Landesregierung für die Zusammenarbeit im Ostseeraum"	Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten
22.05.2024	Digital draußen	Evangelische Akademie der Nordkirche
23.05.2024	Fest zum Geburtstag des Grundgesetzes	Landtagsverwaltung „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“
28. - 30.06.2024	Fette Weide	Evangelische Jugend Mecklenburg
28. - 30.06.2024	KiJuPaRaBe	Landesjugendring MV e. V.
30.06.2024	Tag der offenen Tür Landtag	Landtag MV
03.07.2024	Daten für Taten - Kinder und Jugendliche im Fokus	Landkreis Vorpommern-Greifswald
16.07.2024	Workshop Astrid Lindgren Schule Schwerin	Astrid Lindgren Schule Sozial-Diakonische Arbeit - Evangelische Jugend gGmbH
07.08.2024	Grillduell	Stadtjugendring der Hansestadt Wismar e. V.
30. - 31.08.2024	Jamel rockt den Förster	Horst und Birgit Lohmeyer GFS – Gemeinsam für Frieden und Solidarität e. V
16. - 18.09.2024	4. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit	TU Dortmund, Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V, Stadt Potsdam, u.v.m.
27. - 29.09.2024	Take V - Jugendkonferenz	Landesjugendring MV e. V.
02.10.2024	Jahrestreffen Schule ohne Rassismus	Schule ohne Rassismus
02.10.2024	Zukunftsforum TdDE - Workshop	Tag der Deutschen Einheit
22.11.2024	Generationendialog	Landesjugendring MV e. V. Landtag MV Landesseniorenbeirat MV e. V.

03.12.2024	Fachtag "Perspektiven für unsere Zukunft"	Evangelische Akademie der Nordkirche
------------	---	--------------------------------------

2025

05.02.2025	Workshop IB Freiwilligendienst	Internationaler Bund - Freiwilligendienste
12.02.2025	Workshop IB Freiwilligendienst	Internationaler Bund - Freiwilligendienste
19.02.2025	Workshop IB Freiwilligendienst	Internationaler Bund - Freiwilligendienste
21. - 23.03.2025	Medienscouts - Wochenende	Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
31.03.2025	Projekt Kinderrechtomobil	Der Kinderschutzbund Landesverband MV e. V.
02.04.2025	Open Space zum 1. Geburtstag vom Kinder- und Jugendschutzgesetz	Landesjugendring MV e. V.
24.04.2025	BOIZE.Job	Stadt Boizenburg
24.05.2025	KiJuPaRaBe	Landesjugenring MV e. V.
01.06.2025	UNESCO - Welterbe- & Kindertag	Landtag MV
15.06.2025	Tag des offenen Landtages	Landtag MV
19.06.2025	12. Plenum der LAG Kinder- und Jugendarbeit	LAG Kinder- und Jugendarbeit
21.06.2025	Fette Weide	Evangelische Jugend Mecklenburg
20. - 22.06.2025	MV - Tag	Staatskanzlei des Landes MV
28.06.2025	ILL-workshopcampus	JiLLernen & Leben e. V.

28.06.2025	ILL- workshop-campus	JiLLernen & Leben e. V.
03.07.2025	Demokratieskepsis überwinden - Gesellschaftliche Teilhabe stärken	Landeszentrale für politische Bildung
08.07.2025	Demokratie erleben	Politisches Bildungsforum Mecklenburg-Vorpommern
12.07.2025	Tag für Vielfalt und Demokratie	Kirchengemeinde Bad Doberan
17.07.2025	Landestreffen Schule mit Courage	RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.
26.07.2025	Kinder- und Jugendfestival	Kreisjugendring Vorpommern- Greifswald e. V.
29. -31.08.2025	Teterock	Katholische Jugend Mecklenburg
26.09.2025	Zukunftsfestival	Über Morgen Zukunftsmacher M-V e. V.
27.09.2025	Jugendkonferenz	Jugendring Landkreis Rostock e. V.
01. - 03. 10.2025	Jugend im Landtag	Landesjugendring MV e. V.
13.10.2025	Generationendialog	Beteiligungsnetzwerk MV Landessenorenbeirat MV e. V. Landtag MV

Impressum

Herausgeber

Landtag Mecklenburg-Vorpommern //
Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ //
Lennéstr. 1 // 19053 Schwerin
Tel: 0385 525-1601 //
Mail: enquete@landtag-mv.de

Verantwortlich

Frederic Werner, Leiter des Sekretariats

Autor:innen, Redaktion und Mitwirkende:

- Sekretariat der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
- Dr. Daniela Richter
- Pia Rohr und Philipp Blank, IRIS e. V.
- Prof. Dr. Thomas Markert, Hochschule Neubrandenburg
- Yvonne Griep

Umschlaggestaltung

Andrea Köster, laquesti.com
Bilder auf den Innenseiten zeigen Situationen aus dem Beteiligungsprozess von 2022 bis 2026. © Landtag M-V

© März 2026

1. Auflage: 200 Stück

Alle Rechte vorbehalten.

Diese Broschüre wurde klimaneutral hergestellt und auf Recyclingpapier gedruckt.
Sie steht digital zur Verfügung auf der Website www.mitmischen-mv.de

Danksagung

Dank gilt:

- allen Teilnehmenden des Beteiligungsprozesses #mitmischenMV für das entgegengebrachte Vertrauen, ihre Perspektiven, Meinungen und Ideen mitzuteilen. Dabei ganz besonders den Teilnehmenden der fünf Jugendkonferenzen.
- allen beteiligten Multiplikator:innen der Jugendarbeit, (Schul-)Sozialarbeiter:innen und Lehrkräften für Ihre Unterstützung und wertvolle Hinweise während des Prozesses und dafür, bei der Zielgruppenerreichung geholfen zu haben.
- im besonderen Maße dem Beteiligungsnetzwerk MV und dem Landessenorenbeirat MV für die tatkräftige Mithilfe bei konkreten Veranstaltungen, den motivierenden Zuspruch und die fortwährende Unterstützung des Vorhabens.
- den Firmen Ströer, Danilo Wiehler Textilfabrik, Bütic und Gespänsterwald für Ihre Unterstützung, das Marketing des Beteiligungsprozesses mit kreativen Produkten und professionellen Außenauftritt durchzuführen.
- Sandra International für die Ausgangsideen zur Kampagne.
- Andrea Köster für viele Grafiken und damit ein durchgehend sympathisches Auftreten und Wiedererkennung.
- der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung während des Beteiligungsprozesses und die Ausarbeitung der Grundlage für dieses Gutachten in vier Zwischenberichten durch Pia Rohr, Phillip Blank (IRIS e. V.) und Prof. Dr. Thomas Markert (Hochschule Neubrandenburg).
- allen, die den Beteiligungsprozess darüber hinaus unterstützt haben.



Die 15 wichtigsten Forderungen

Themencluster 1 – Jugendbeteiligung

1. Überall, wo sich junge Menschen beteiligen wollen, soll dies auch möglich sein.
2. Politiker:innen und Verwaltung müssen Jugendliche ernster nehmen und bei der Beteiligung und Umsetzung von Projekten helfen.
3. Vereinbarungen, die aus Beteiligungen entstehen, müssen eingehalten werden und Politiker:innen müssen zu ihrem Wort stehen.

Themencluster 2 – Formale und Non-Formale Bildung

1. Hausaufgaben sollen in der Schulzeit mit erledigt werden können. Schulschluss bedeutet Freizeit.
2. Schulen müssen gegen Gewalt und Mobbing konsequent vorgehen.
3. Schule soll mehr Alltagswissen und berufliche Orientierung vermitteln und dafür vielfältige Unterrichtsmethoden anwenden.

Themencluster 3 – Gesundes und sicheres Aufwachsen

1. Politik soll sich klarer für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Werte einsetzen.
2. Schule soll kein Ort von Leistungsdruck sein und Schulanfangszeiten sollen flexibler sein.
3. Schulessen soll gesünder, leckerer und kostengünstiger sein und eine größere Auswahl bereithalten.

Themencluster 4 – Infrastruktur und Lebensräume

1. Es soll eine finanzielle Förderung für die erste eigene Wohnung geben.
2. Um das eigene Sicherheitsgefühl zu erhöhen, sollen öffentliche Orte besser beleuchtet, Schutzmaßnahmen verstärkt und Benachteiligungen verringert werden.
3. Es soll mehr saubere, selbstbestimmte und vor allem konsumfreie Plätze für junge Menschen geben.

Themencluster 5 – Vertiefungsthemen

1. KI soll als Hilfsmittel in Bildungseinrichtungen eingebunden werden, dabei müssen aber auch die Risiken berücksichtigt und Kompetenzen dafür hergestellt werden.
2. Um Integration zu stärken, sollen mehr Sprachangebote gefördert und Begegnungsräume geschaffen werden.
3. Um besser auf Einschränkungen bei einer neuen Pandemie vorbereitet zu sein, sollen digitale Lern- und Arbeitsformate sowie Angebote der psychischen Versorgung ausgebaut werden.

